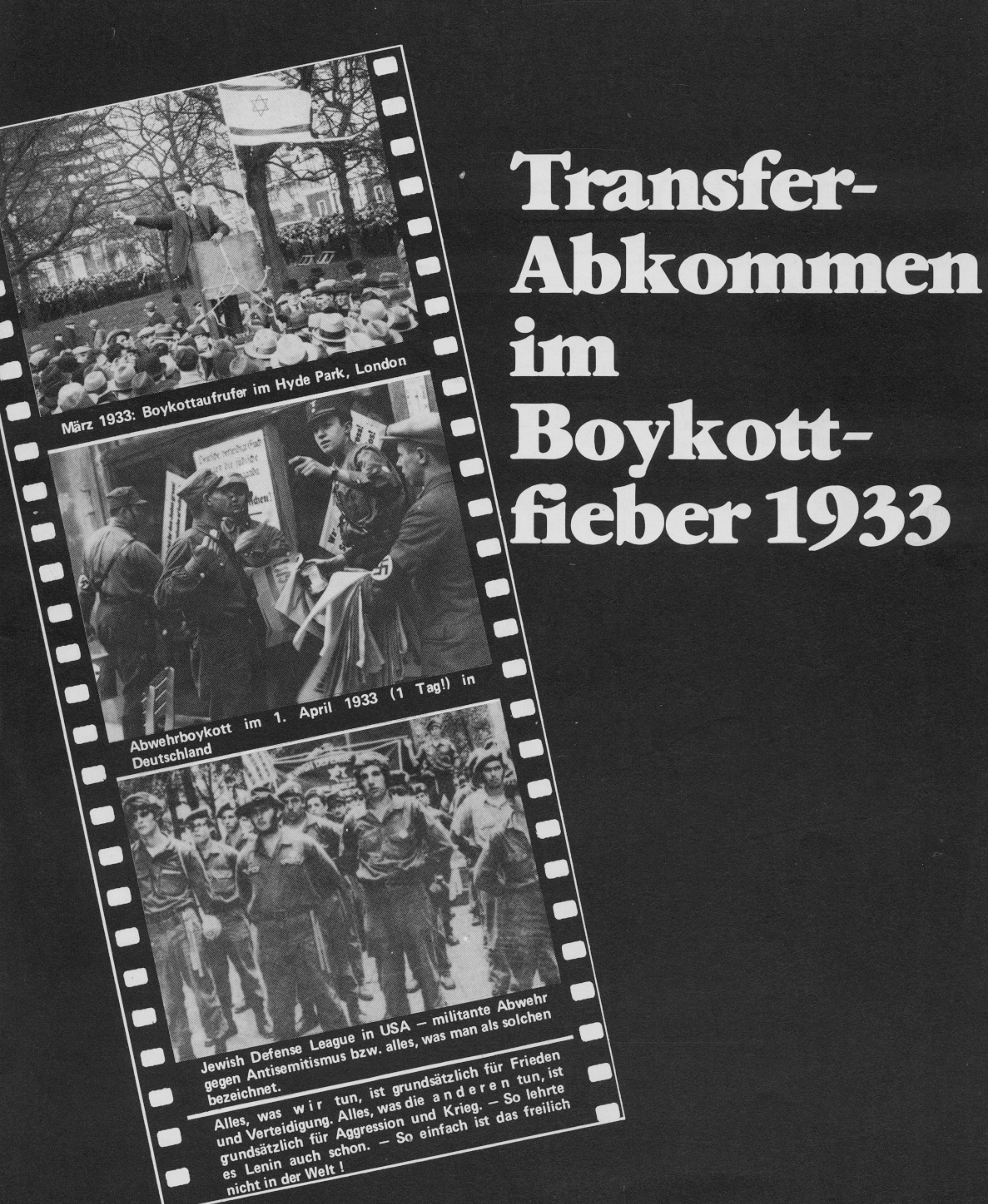
Historische Tatsachen Nr. 26

Dipl. Pol. Udo Walendy

Transfer-Abkommen im Boykott-fieber 1933



März 1933: Boykottaufrufer im Hyde Park, London

Abwehrboykott im 1. April 1933 (1 Tag!) in Deutschland

Jewish Defense League in USA — militante Abwehr gegen Antisemitismus bzw. alles, was man als solchen bezeichnet.

Alles, was w i r tun, ist grundsätzlich für Frieden und Verteidigung. Alles, was die a n d e r e n tun, ist grundsätzlich für Aggression und Krieg. — So lehrte es Lenin auch schon. — So einfach ist das freilich nicht in der Welt !

Historische Tatsachen Nr. 26

— Wissenschaftliche Zeitschrift —

Transfer-Abkommen im Boykottfieber 1933

> "Einsichtige Juden gaben schon vor 1933 beunruhigt zu, daß sie bei ihren großen Chancen in der Weimarer Republik ihr Konto überzogen hatten."
>
> Ernst v. Weizsäcker "Erinnerungen", München, Leipzig, Freiburg 1950 S. 105.

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

> "Der Herr Bundespräsident hat mich gebeten, Ihnen gegenüber zu sagen, was die Wahrheit ist. ...
>
> Für den Zweiten Weltkrieg gibt es nur einen einzigen Verantwortlichen: Hitler. ....
>
> Auch ob andere Momente Hitler die Arbeit erleichtert haben, spielt keine Rolle. ...
>
> Die Akten, die darüber publiziert wurden und die Aussagen von Beteiligten, sind so klar, daß kein ernstzunehmender Historiker daran zweifeln kann."
>
> Dr. Heinrich Seemann Bonn 16. Juni 1981
>
> Bundespräsidialamt AZ: II/1-6630-1596/80

> **"Beschämt und gedemütigt ..."**
> **Stourbridge, 16.3.1984 (ap)**
> **"Der britische Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, sagte am Freitagabend in einer Rede:**
>
> 'Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster und tödlich sind.
>
> Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror.
>
> Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt! Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die "Amerikaner" um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt, um es zu vernichten.
>
> Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. Anstelle eines kooperativen Deutschland, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und daß dieselbe Taktik hemmungslos Anwendung findet.' "

Die einzige Macht, die zählt

«The Jewish Daily Bulletin« vermerkte am 27.7.1935:

"Es gibt nur eine Macht, die zählt, das ist die Macht des politischen Druckes. Wir Juden sind die mächstigste Nation der Welt, weil wir die Macht besitzen und sie richtig anzuwenden verstehen."

Die Perspektive

[redacted]

und in den Parlamenten von morgens bis abends geklopft werden! Man prüfe doch selbst, ob dieses Niveau der kritiklosen Übernahme aller Zungenschläge der Machtinteressenten angesichts der gegenwärtigen Welt-Gefahrenlage noch verantwortet werden kann! Wie will man bei solcher Haltung auch nur das geringste aus der Geschichte lernen? Es ist doch für einen Sachkenner geradezu erschreckend zu sehen, mit welcher Gewissenlosigkeit, Rücksichtslosigkeit und Unverantwortlichkeit dieses Niveau seit Jahrzehnten nicht nur Eingang gefunden hat in die Politik — selbst der Großmächte unter einander! — sondern auch in die Geschichtsschreibung, wo es mit desinformativem Wirrwarr die Wertordnungen, Begriffe und Grundlagen für zwischenmenschliches und völkerverbindendes Verhalten zunichte macht.

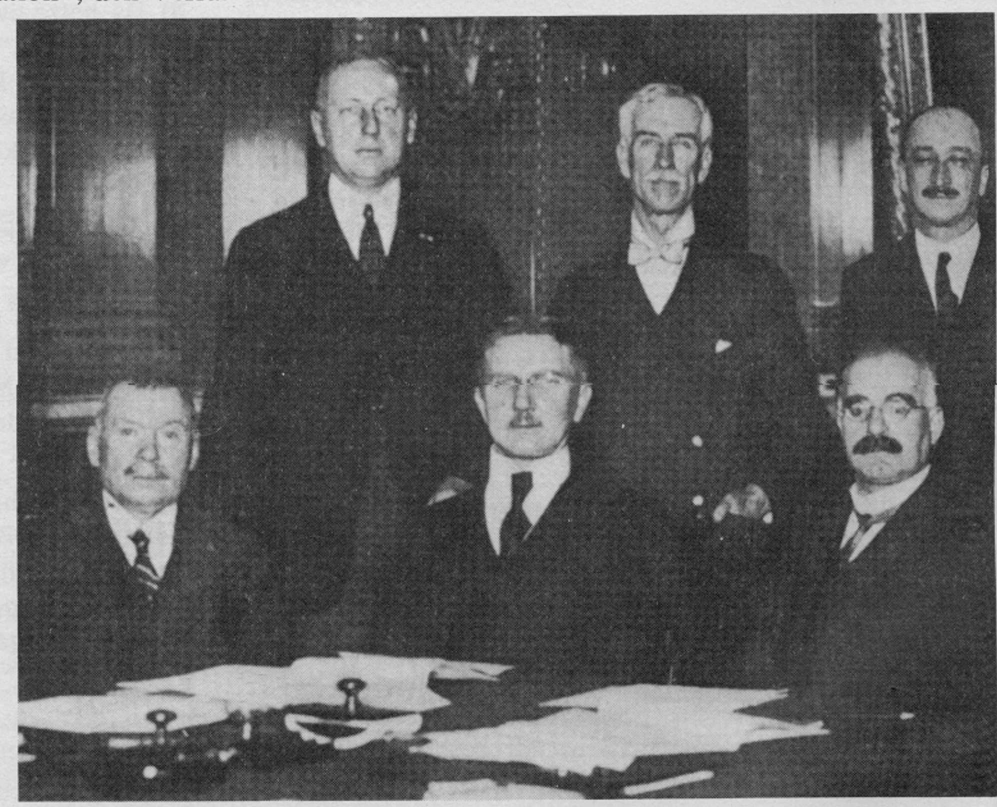
Wer hier nicht mehr durchfindet, bereits verängstigt ist oder auf Grund wirtschaftlicher Abhängigkeit meint, keine Meinung mehr haben oder äußern zu dürfen, bleibt Opfer der Propaganda, der vorherrschenden Machtmethoden und hat sich in guten wie in schlechten Zeiten mit allem abzufinden, was ihm auf diesem Sektor geboten wird. D.h. er hat die Verunglimpfung, Deklassierung, Zerstückelung, Vertreibung, die Schuldbelastung seines Volkes "bis zur letzten Generation", den Verrat an seinen gefallenen Kameraden ebenso applaudierend als Attribute der "Befreiung" hinzunehmen, wie die ihm eingeredete Erkenntnis, daß seit 1945 "mit dem Sieg der friedliebenden, demokratischen, humanitären Kräfte" der endlich von der Menschheit ersehnte paradiesähnliche Friedens- und Rechtszustand der Welt durchgesetzt und der allerorten zur Geltung kommende "Volkswille" verwirklicht sei.

Allein wer sich nur oberflächlich mit der Lageentwicklung in der Welt seit 1945 befaßt hat, weiß, wieviel Konfliktstoffe, wieviel Kriege, wieviel Massenmorde, wieviel Ungerechtigkeit und Verlogenheit, wieviel unverantwortliche Hetzpropaganda und Agitation die Annalen der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart kennzeichnen — und weder Deutschland noch der Nationalsozialismus damit das geringste zu tun haben. Hierfür müssen doch wohl ganz andere Ursachen vorliegen! Angesichts dieser Sachverhalte ist es doch wohl angebracht, Zweifel darüber zu äußern, ob die weltpolitische Führungselite überhaupt noch in der Lage ist, klar, sachlich, emotionsfrei zu

existenzbedrohend für jeden einzelnen in der Welt geworden, würde in den Metropolen der Supermächte Sachlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber jedermann Leitmotiv des Handelns sein!

Der Fachmann, der jedoch auch etwas vorauszuschauen und Lageentwicklungen zu analysieren gelernt und begriffen hat, daß gerade einseitige Wertmaßstäbe und dialektische Akrobatik völkische Gegensätze eskalieren, weiß, daß keine Anstrengung zur Klärung politisch-historischer Sachverhalte und damit zu sachlicher Gesprächsführung unterlassen werden darf. Ganz gleich, ob dies zur Zeit diesen oder jenen Leuten behagt oder nicht.

Sachlich geklärt werden müssen naturgemäß gerade jene zentralen Entwicklungszusammenhänge zwischen den Völkern, die wesentlich auf die Entscheidungsprozesse des Weltgeschehens eingewirkt haben. Die vorliegende Analyse ist ein Beitrag hierzu. Weder rechtfertigt, verharmlost, bezweifelt, leugnet sie etwas auf der einen Seite, noch verurteilt, verunglimpft sie etwas auf der anderen Seite, noch "rechnet sie auf", — sie stellt lediglich Sachverhalte fest.



"Die erste Tagung des Generalrats der neuen Reichsbank am 31. Oktober 1924 in Berlin. In der Mitte (sitzend) der am 16. September ernannte Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht. Bei der Durchführung der Dawes-Gesetze, die die deutschen Reparationszahlungen gewährleisten sollten, wurde auch die Reichsbank neu konstituiert. Ein Generalrat aus sieben Deutschen und je einem Engländer, Franzosen, Italiener, Belgier, Amerikaner, Niederländer und Schweizer bestimmte die Währungspolitik der Reichsbank." "Unser Jahrhundert im Bild" — Bertelsmann Lesering, Gütersloh 1964, S. 312.

Daß Reichsbank sowie Reichsbahn nach 1933 wieder unter alleinige deutsche Hoheit

Eine bisher weitgehend verschwiegene Geschichte

Einen sehr wertvollen Beitrag zur Klärung der deutsch-jüdischen Beziehungen von 1933 - 1941 hat kürzlich (1984) ein junger jüdischer Autor — Edwin Black — mit seinem Buch "The Transfer Agreement" [4]) der Öffentlichkeit unterbreitet.

Erfreulich ist seine Fähigkeit zur sachlichen Analyse und seine emotionsfreie Art der Darstellung, wenngleich er sich — wie es immer wieder durchscheint — des Druckes und der Abhängigkeit bewußt ist, denen er als junger Autor seitens seiner Umwelt-Oberen in den USA ausgesetzt ist. So gehören die Glaubensdogmen halt dazu, wonach Hitler angeblich schon 1933 Europa, wenn nicht gar die Welt erobern wollte, sein Vierjahresplan dafür der Beleg sei, "Hitler versprochen habe, nicht nur Deutschland von den Juden zu befreien, sondern die Welt gleichermaßen zu säubern" (S. 6), schließlich sich "die Wolken über der Welt durch den Rauch der eingeäscherten Menschen in den Vernichtungslagern wie Auschwitz und Treblinka verdunkelten" (S.V + 378). Auch ist es nicht wissenschaftlich zu nennen, wenn E. Black jüdisch-amerikanische Zeitungsberichte aus den Jahren 1933 und danach über angebliche Geschehnisse in Deutschland, ohne sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen, als Fakten präsentiert [5]) oder Stefen Wise's wiederholte Floskel, Hitler habe 1933 dem Weltjudentum den Vernichtungskrieg erklärt (S. 349, 359, 361) unwidersprochen läßt. Und dies, obgleich ihm als Sachkenner klar war — der Inhalt seines Buches beweist es —, daß Hitler viel zu viele Probleme im eigenen Land hatte, als sich mit "weltweiten Vernichtungsstrategien" überhaupt befassen zu können. So lautet z.B. ein ganzes Kapitel von ihm: "Die Waffe, die Hitler fürchtete" und verwies im Text auf die "historische Macht der von Juden geführten weltweiten Boykottmaßnahmen" (S. 21).

Zu diesem Verhalten von Edwin Black gehört auch, daß er z.B. die jüdische Kriegserklärung an Hitler im *Daily Express* vom 24. März 1933 ("Judea declares War on Germany") [6]) n i c h t erwähnt hat, obgleich sie ihm in seinen umfangreichen Studien bekannt geworden sein und von ihm entsprechend ihrer Bedeutung hätte eingeordnet werden müssen. Gleichermaßen hätte der Ausspruch von Henry Morgenthau 1933 — einer unter vielen ähnlichen! — erwähnt sein müssen:

"Deutschland müsse in eine Wüste wie nach dem 30-jährigen Krieg verwandelt werden." [7])

Edwin **Black** is the son of Jewish survivors of the Holocaust. He was a founder of *Chicago Monthly* and frequently contributes to the *Chicago Tribune* and other publications. He lectures and writes extensively on Jewish and Israeli subjects.

□■□■□■□■□■□■□■□■□■□■□■□■

Auch die vielfachen und dringenden Appelle von Vertretern des deutschen Judentums an die internationale Öffentlichkeit ließ Edwin Black leider unerwähnt:

"An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin.

Wir erhielten Kenntnis von der Propaganda, die in Ihrem Lande über die angeblichen Greueltaten gegen die Juden in Deutschland gemacht wird. Wir halten es für unsere Pflicht, nicht nur im vaterländischen Interesse, sondern auch im Interesse der Wahrheit, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Es sind Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen, die zu beschönigen gerade uns bestimmt fernliegen. Aber derartige Exzesse sind bei keiner Umwälzung vermeidbar. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß die Behörden in allen uns bekanntgewordenen Fällen energisch gegen Ausschreitungen vorgegangen sind, wo immer die Möglichkeit des Eingreifens vorlag. Die Ausschreitungen wurden in allen Fällen von unverantwortlichen Elementen unternommen, die sich im Verborgenen hielten. Wir wissen, daß die Regierung und alle führenden Stellen die vorgefallenen Gewalthandlungen auf das schärfste mißbilligen.

Es ist aber auch unseres Ermessens an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken, die von sogenannten jüdischen Intellektuellen im Ausland gegen Deutschland unternommen wird. Diese Männer, die sich zum überwiegenden Teil nie als Deutsche bekannten, ihre Glaubensgenossen im eigenen Lande, für die sie Vorkämpfer zu sein vorgaben, im kritischen Augenblick im Stich ließen und ins Ausland flüchteten, haben das Recht verwirkt, in deutsch-jüdischen Angelegenheiten mitzureden. Ihre aus sicherem Versteck abgeschossenen Pfeile schaden wohl Deutschland und den deutschen Juden, aber sie dienen den Schützen selbst gewiß nicht zur Ehre. Ihre Berichte strotzen von Übertreibungen.

Wir wären der Botschaft der Vereinigten Staaten sehr dankbar, wenn sie dieses unser Schreiben, das wir im vollen Verantwortungsgefühl für das, was wir damit aussprechen, der Botschaft überreichen, unverzüglich nach Amerika kabeln würde. Der unterzeichnete Bund ist bereit, die entstehenden Kosten zu über-

4) Edwin Black, "The Transfer Agreement — The Untold Story of the Secret Pact Between the Third Reich & Jewish Palestine", New York - London 1984,

5) Es handelt sich hierbei nicht um einen Pauschalbegriff für die Presse im Ausland, sondern bezieht sich konkret auf die von E. Black jeweils zitierten Zeitungen.

6) Vergl. *Historische Tatsachen* Heft Nr. 10, S. 18.

7) Hermann Schild "Das Morgenthau-Tagebuch — Dokumente des Anti-Germanismus", Auswahl und zeitgeschichtliche Hinweise, Leoni 1970, S. 11.

8) Ingrid Weckert, "Feuerzeichen", Tübingen 1981, S. 52 - 54, mit Hinweis auf *Nation Europa*, 10/1962, S. 7 f.

nehmen.

Da wir wissen, daß am Montag eine großaufgezogene Propaganda gegen Deutschland unter dem oben gestreiften Thema stattfinden soll, würden wir es begrüßen, wenn unser Schreiben schon möglichst Montag in der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt wäre.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e.V." 8)

In einer Botschaft an die Frontkämpfer der Welt vom gleichen Tag hieß es:

"Die Greuelpropaganda lügt. Die Drahtzieher sind politische und wirtschaftliche Interessenten. Die jüdischen Literaten, die sich dazu brauchen lassen, haben früher in Deutschland uns jüdische Frontsoldaten verhöhnt.

Ihr Kameraden werdet am wirksamsten der Beruhigung Deutschlands nützen, wenn Ihr als ehrenhafte Soldaten Eure Stimme erhebt gegen die unritterliche und ehrenkränkende Behandlung Deutschlands seit vierzehn Jahren." 8)

Am 26. März 1933 schickte die "Zionistische Vereinigung für Deutschland" folgendes Telegramm an führende Juden in Amerika:

"Wir haben uns bereits am 17. März in einer durch die jüdische Telegraphen-Union an die gesamte jüdische Presse der Welt weitergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlose Sensationsnachrichten Einspruch erhoben und wiederholen heute unseren Protest in aller Öffentlichkeit. Wir protestieren gegen jeden Versuch, die jüdische Sache der Interessenpolitik anderer Staaten oder Gruppen dienstbar zu machen. Die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden und die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Position kann und darf nicht verknüpft werden mit politischen Aktionen, die sich gegen Deutschland und die außenpolitische Geltung des Deutschen Reiches richten." 9) 10)

Für den Historiker ist das freilich nicht zufriedenstellend. Denn politisches Geschehen setzt sich schließlich dadurch zusammen, daß "auch die Anderen" — im vorliegenden Fall "auch die Deutschen" — gleichwertige Rechte zur Existenzsicherung haben. Es geht also nicht an, will man sachlich bleiben, immer nur von seit 1933 vergewaltigten Rechten der Juden in Deutschland zu sprechen, ohne den Zusammenhang zu erwähnen, daß seit 1919 das ganze deutsche Volk entrechtet, weitgehend enteignet bzw. wirtschaftlich ruiniert, in grundsätzliche Existenznot und Bürgerkriegschaos ohne Aussicht auf einen Überlebenserfolg gebracht worden war. Und diese Zustände waren doch außerordentlich stark beeinflußt worden von machtvollen (siegreich gebliebenen) politischen und wirtschaftlichen Kräften des Auslandes, insbesondere jenen, die sich grenzüberschreitender Staatsbürgerschaften und internationaler Führungskontakte bedienten. Diese haben entweder in Ausnutzung der Kapitulation Deutschlands im Jahre 1918/1919, der anschließend weitergeführten Blockade, der Ruhrbesetzung, der Reparationsfolgen, der Inflation und Arbeitslosigkeit, der kommunistischen Aufstände usw. von außen solche chaotischen Bedingungen herbeigeführt, oder von innen mit Hilfe von Einwanderung, Einbürgerung, Finanzierung mittels devisenbeständiger Währungen (vornehmlich Dollars). Hiermit verbunden war eine auf diese Weise ermöglichte und geförderte Personalpolitik für wesentliche politische, juristische, wirtschaftliche, publizistische Führungspositionen in erster Linie im Sinne nicht deutscher, sondern international verflochtener Interessen ganz bestimmter (keineswegs natürlich stets jüdischer!) Machtgruppen. Und es kann einfach hierbei nicht verschwiegen werden, daß zumindest eine dieser starken Machtgruppen sich selbst als eine eng zusammenhaltende Rasse, international verstreute Nation, als Glaubensgemeinschaft oder Stammesverwandte definieren, jedenfalls als eine Gruppe, die weltweit gemeinsame Verpflichtungen anerkannte und Zielsetzungen vertrat, von denen abzuweichen als Verrat galt (S. 277).



Bürgerschaft (ohne SPD-Abgeordnete) und Senat marschieren am 10. Mai 1933 vom Rathaus zum Festgottesdienst in die Jakobi-Kirche. — Hamburg

Man nimmt es ihm als Leser nicht übel, wenn er in eigener — jüdischer — Sache schreibt und seine Wertungen entsprechend ausfallen und auch die Auswahl der Fakten, die er untersucht und schildert, dem Schema dieser Wertungen anpaßt.

9) Heinrich Härtle, "Deutsche und Juden — Studien zu einem Weltproblem", Leoni 1977, S. 278.

10) Vgl. analoge Appelle in *Historische Tatsachen* Nr. 10, S. 19 f.

U.a. schildert Dr. Nahum Goldmann — der langjährige Verwaltungs- bzw. Regierungschef des Jüdischen Weltkongresses und spätere Präsident der Zionistischen Weltorganisation:

"Als Präsident der größten jüdischen Organisationen verfügte ich über riesige Budgets, über Hunderte von Millionen Dollar und leitete tausende von Angestellten. Dies alles, ich betone es erneut, im Rahmen des internationalen Judentums und nicht in dem eines Staates." 11)

Den "phänomenalen Aufstieg des deutschen Judentums" schildert Dr. Nahum Goldmann in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" so:

"Das deutsche Judentum, das in der Nazizeit sein jedenfalls vorläufiges Ende fand, war eines der interessantesten und für die moderne jüdische Geschichte einflußreichsten Zentren der europäischen Judenheit. Es hatte im Zeitalter der Emanzipation, d.h. in der zweiten Hälfte des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts, einen meteorhaften Aufstieg genommen.... Es hatte an dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg des kaiserlichen Deutschland vollen Anteil genommen, viel zu demselben beigetragen und sich eine angesehene Stellung in der deutschen Wirtschaft erobert. Von der wirtschaftlichen Position her gesehen, konnte sich keine jüdische Minderheit in anderen Ländern, ja nicht einmal die amerikanische, mit den deutschen Juden messen. Sie waren mitführend in den Großbanken, wofür es nirgends eine Parallele gab, und durch die Hochfinanz waren sie auch in die Industrie eingedrungen. Ein erheblicher Teil des Großhandels lag in ihren Händen und selbst in Wirtschaftszweigen, die sich sonst kaum in jüdischem Besitz finden, wie Schiffahrt und Elektroindustrie, waren sie in Deutschland führend; Namen wie Ballin oder Rathenau bezeugen das. Ich kenne kaum ein emanzipiertes Judentum, weder in Europa noch auf dem amerikanischen Kontinent, das so tief in der allgemeinen Ökonomie des Landes verwurzelt gewesen wäre wie das deutsche. Die heutigen amerikanischen Juden sind zwar sowohl absolut wie relativ reicher als die deutschen Juden waren, aber selbst in Amerika mit seinen unbegrenzten Möglichkeiten ist es ihnen nicht gelungen, in dem gleichen Maße in die zentralen Sphären der Wirtschaft (Stahl, Eisen, Schwerindustrie, Hochfinanz, Schiffahrt) einzudringen, wie dies in Deutschland der Fall gewesen war.

Auch ihre Stellung im Geistesleben des Landes war beinahe einzigartig. In der Literatur waren sie durch glänzende Namen vertreten. Das Theater lag zu einem erheblichen Teil in ihren Händen. Die Tagespresse, vor allem ihr international einflußreicher Sektor, war weitgehend in jüdischem Besitz oder wurde journalistisch von Juden geleitet. Ich zögere nicht zu behaupten, so paradox dies heute, nach der Hitlerzeit, klingen mag, daß kaum ein Teil des jüdischen Volkes von den Möglichkeiten, welche die Emanzipation des 19. Jahrhunderts eröffnet hatte, einen solchen Gebrauch machte wie der deutsche. Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1870 bis 1930 — das ist wohl der glänzendste Aufstieg, der einem Zweig des jüdischen Volkes geglückt ist." (S. 116)

"Die Mehrheit der Juden Deutschlands war nie restlos assimiliert und viel jüdischer als in anderen westeuropäischen Ländern." (S. 120)

"Meine Tätigkeit in jenen Jahren war im wesentlichen propagandistisch. Ich war zu jung und unbekannt, um in dem führenden Kreis des deutschen oder gar des Welt-Zionismus, der zum Teil von Berlin aus gelenkt wurde, eine Rolle zu spielen." (S. 121)

Den Einfluß der Juden in Politik und Verwaltung im Deutschland der Weimarer Zeit hat Nahum Goldmann leider nicht erwähnt. — Mit seinen 40 - 70 Dollar pro Monat, die ihm sein Onkel in Amerika für das Schreiben einiger Artikel vermittelte, betrachtete sich Nahum Goldmann während der Inflation als "einen der bestverdienenden Menschen Deutschlands". 12) Und ihm ist es nicht allein so ergangen.

Diese Ausgangslage muß man sich vor Augen halten, will man die Situation in Deutschland, die sich politisch und wirtschaftlich für das deutsche Volk — freilich auch für die deutschen Juden — Anfang der dreißiger Jahre als Scherbenhaufen darstellte, verstehen. Der Staat Israel hat nach seiner Gründung im Jahre 1948 keinem Ausländer, ganz zu schweigen von Deutschen, Mitbestimmungsrechte, noch nicht einmal gleiche Staatsbürgerschaftsrechte gewährt. Auch das 70-Millionen



Bischof Francis T. McConnell (links) und Stephen Wise führen den christlichen und jüdischen Protest auf der Versammlung im Madison Square Garden in New York am 27. März 1933 an:

— "... Anti-Nazi-Versammlungen und Protestaktionen müssen anhalten, auch wenn Verfolgungen in Deutschland zeitweilig beendet seien, bis die Nazis von der Macht verdrängt sind." (vergl. S. 10)
Vom Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk war keine Rede.

11) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 150.

12) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München, Wien 1980, S. 140.

Volk der Deutschen, das — wie im Jahre 1933 — um seine nackte Existenz, sein Überleben, sein Selbstbe- [redacted]

Wie will man so Weltkrisen lösen? — Für einen Historiker ist es Pflicht, auf diese durch einseitige Wert- [redacted]

Welt. Eines ihrer in Versailles angestrebten und "von Erfolg gekrönten Maßnahmen" war, "keine absolute staatliche Souveränität zuzulassen". Gemeint war hier offensichtlich jene Deutschlands, ein Land, das ja in erster Linie Gegenstand zur Beuteverteilung auf dieser Friedenskonferenz gewesen war und in solche, seine Souveränität einschränkenden Bedingungen gezwungen wurde. [15] — Wer also hat begonnen, sich zuerst in fremde Angelegenheiten einzumischen? Im deutschen Kaiserreich waren die Juden gut behandelt worden! Es gab nicht einmal Beschwerden, sondern — man lese es bei Nahum Goldmann nach — einen "phänomenalen Aufstieg des deutschen Judentums". [16] 1919 war Deutschland wehrlos.

Die Konzeption, den souveränen Staat ungeachtet des in Versailles 1919 verkündeten neuen Völkerrechtsgrundsatzes vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker", dem zahlreiche neue Staaten ihre Existenz verdanken, abzuschaffen, blieb auch weiterhin das Ziel des im August 1936 gegründeten World Jewish Congress (WJC). Freilich blieb die hierfür doch wesentliche Kernfrage unerörtert, wer bei dieser Konzeption weiterhin souverän bleiben durfte und wer nicht. [17]

Edwin Black beginnt 14 Jahre später, im Jahre 1933. Er untersucht dabei aber auch leider nicht die Bedingungen, unter denen Hitler die schwere Last der politischen Verantwortung übernahm oder was konkret in diesem Jahr der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland mit den Juden geschehen ist. Behauptungen hierüber übernimmt er gelegentlich ungeprüft der jüdischen Auslandspresse. [5] Dagegen zeigt er vornehmlich die Vorgänge, Aktivitäten, Reaktionen, Zielvorstellungen maßgebender Männer und Organisationen des in Amerika, England, Frankreich, Polen und anderen Ländern lebenden Judentums bzw. der Zionisten auf.

Aus dieser Analyse ergibt sich, daß es 1933 zwar zahlreiche mächtige nationalbezogene jüdische Organisationen gab, jedoch die weltweite zentrale Konzentration ihres politischen Willens noch nicht erreicht war. Ungeachtet dessen gab es bereits einen "weltweiten Boykott gegen Nazi-Deutschland", eine "World Jewish Economic Conference", "The Second World Conference", "Preparatory World Jewish Conferences", also vorbereitende Konferenzen zur Schaffung des Jüdischen Weltkongresses, ein "Central Jewish Committee", ja sogar — wie bereits erwähnt — eine "Kriegserklärung des Weltjudentums an Hitler" (*Daily Express* vom 24.3.1933), ohne daß sich irgendeine ausländische nationale Gruppierung des Judentums von jener Veröffentlichung jemals distanziert hätte.

Boykott-Aktivität in London 1933 — nicht nur an einem Tag, sondern das ganze Jahr hindurch.

Alle diese Aktivitäten und grenzüberschreitenden Organisationen statteten den Anspruch auf politischen Einsatz einer solchen weltweit wirksamen Macht mit realem Hintergrund aus, — zu einer Zeit, da Hitler noch nicht einmal richtig Herr im eigenen Haus war und sein erstes Kabinett mehrheitlich nicht aus NSDAP-Mitgliedern zusammengesetzt war. Lediglich personenbezogene Richtungskämpfe in der obersten internationalen Führungsriege haben 1933 einen zentralen Einsatz dieser Macht gegen Deutschland nicht ganz wirksam werden lassen.

Immerhin: Edwin Black hat sich außerordentliche Mühe gegeben, ein sehr schwieriges und umfangreiches Kapitel, das für das Verständnis der europäischen Entwicklung in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts mit schicksalsbestimmend war, aufzuhellen. Der Historiker weiß es zu würdigen, daß Edwin Black 5 Jahre in drei Kontinenten geforscht hat und sich eines Stabes von Übersetzern und Helfern bedienen mußte, um die weit verstreuten und vielfach unzugänglichen Dokumente zusammenzusuchen und zu verarbeiten. Umfang und Bedeutung dieser seiner Forschungsergebnisse machen daher eine ausführliche Würdigung dieses Buches und der in ihm behandelten historischen Zusammenhänge notwendig.

15) World Jewish Congress, "Unity in dispersion — a history of the world jewish congress", New York 1948, S. 25 - 26.
16) N. Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude" aaO. S. 117.
17) World Jewish Congress aaO. S. 49.

Kampfparole Wirtschaftsboykott

Die von Edwin Black nachgewiesenen — vor allem jüdisch-amerikanischen, aber auch anderweitigen — Boykottmaßnahmen, Kampfparolen, Lageeinschätzungen, langfristigen Zielsetzungen machen zunächst eines deutlich: Adolf Hitler war während des ganzen Jahres 1933 sowohl auf Grund der chaotischen innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland als auch auf Grund der nahezu totalen außenpolitischen Isolierung durch die siegreichen Versailler Welt-mächte gar nicht in der Lage, expansive Zielsetzungen zu vertreten — er hatte bis zum Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg noch nicht einmal den militärischen Oberbefehl inne —; er konnte an einer Beunruhigung der Auslandspresse gegenüber der deutschen Politik oder an einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen gar nicht inter- [redacted]

nahme Hitlers. Einen Auftrag hierfür seitens der deutschen Juden hatte er nicht. Stefen Wise, Gründer und Präsident des American Jewish Congress, tat zwar auch vieles, um diesen Boykott durchzuführen, wollte ihn jedoch koordiniert sehen mit Regierungsmaßnahmen und Bevollmächtigung durch ein weltweit repräsentatives Gremium des internationalen Judentums. Als Agitationsbasen dienten ihm vorwiegend die vorbereitenden World Jewish Conferences in Genf, auf denen er "alle, die sich dem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit für alle Rassen, Religionen und Völker angeschlossen haben", aufrief, den "Boykott mit aller ihrer Energie durchzuführen". [18]

Zitieren wir zunächst Etappen dieser Bemühungen:

"Am 12. März (1933) versammelte sich die Führerschaft des [redacted]

Hunderte Tausend Pfund beeinträchtigt.

Der Umfang der deutschen, im Ausland verkauften Güter war schon gefährlich gering. Deutschland konnte einen weiteren Rückgang seiner Exporte nicht durchstehen." (S. 34)

"55.000 Menschen waren (am 27.3.1933) in und um den Madison Square Garden versammelt. Unterstützende Versammlungen fanden gleichzeitig in Chicago, Washington, San Francisco, Houston und in rund 70 anderen amerikanischen Städten statt. Bei jeder dieser Versammlungen lauschten Tausende an den Lautsprechern der Übertragung aus New York. Das ganze wurde direkt über Rundfunk an weitere 200 Städte im Lande übertragen. So nahmen wenigstens 1 Million Juden an dem Ereignis teil. Vielleicht stand eine weitere Million nicht-jüdischer Amerikaner an ihrer Seite.

Hunderttausende warteten zudem in Europa. ..." (S. 42)

"Stefen Wise wandte sich an die jüdischen Führer in Deutschland und ihre Fürsprecher in Amerika, indem er ihre Appelle, 'die Proteste als Panik und Terror zu beenden', ablehnte, zumal sie von Leuten kämen, die versagt hätten, den Nazismus zu bekämpfen, bevor er zur Macht gelangt sei. Er plädierte für eine Eskalierung der anti-Hitler Proteste. Auch dann, wenn Lebens- und Menschenrechte gesichert seien, dürfe es keine Unterordnung unter einen Status von Knechtschaft für Gewalt geben. Eine solche Unterordnung wird uns nicht zufriedenstellen. ... Jede Form der wirtschaftlichen Diskriminierung ist eine Form der Gewalt. Jeder Ausschluß von Rassen ist Gewalt. Zu sagen, es gebe keine Pogrome, ist nicht genug. Ein trockener und unblutiger wirtschaftlicher Pogrom bleibt Gewalt und Macht." (S. 45)

"Bischof McConnell fügte hinzu, daß anti-Nazi-Versammlungen und Protestaktionen anhalten müssen, auch wenn Verfolgungen in Deutschland zeitweilig beendet seien, bis die Nazis von der Macht verdrängt seien." (S. 43)

"Der Führer und die NSDAP wurden als Kriminelle und Barbaren bezeichnet, Deutschland wurde zahlreicher zügelloser Folterungen und Greueltaten bezichtigt. ...

Massenversammlungen in ganz Polen — koordiniert mit den New Yorker Maßnahmen — ....

und die drei wichtigsten jüdischen Handelsorganisationen in Warschau ... beschlossen bindende Resolutionen, 'radikalste Verteidigungsmaßnahmen zum Boykott deu'scher Waren zu ergreifen'." (S. 46)

"In London verteilten fast alle jüdischen Geschäftsinhaber im Whitechapel Distrikt Handzettel, die deutschen Geschäftsleuten Eintritt verwehrten und den anti-Nazi Boykott bestätigten. Teenagers patroullierten die Straßen und verteilten Flugblätter, in denen sie zum Boykott deutscher Waren aufforderten." (S. 46 - 47)

"Pfähle wurden in die Geschäfte der Ostküste geworfen, die deutsche Waren enthielten." (S. 47)

Um diesen sich ausweitenden und mit Greuelpropagandaberichten intensivierten weltweiten Boykottmaßnahmen zu begegnen, bestand Hitler auf einem von der NSDAP organisierten, kurzfristig auf einen Tag — 1. April 1933 — begrenzten Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland, da er glaubte, einen sonst ausbrechenden Volkszorn nicht zügeln zu können. Doch dieser eine Tag war lediglich Munition für weitere verstärkte und andauernde Boykottmaßnahmen gegen Deutschland sowie dauerhaft anklagende und einseitige Kommentierungen gegen den "deutschen Terror".

Beunruhigend für die deutsche Führung waren nicht nur die wirtschaftlichen Rückschläge, sondern auch die weltweit angeheizte Stimmung zum militärischen Eingreifen gegen Deutschland, was vor allem in Polen und sogar in der Tschechoslowakei zu ernsthaften Bemühungen dieser Art "demokratischer Operationen" anregte. (S. 112)

Als Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht Anfang Mai 1933 zu einer good-will Reise in den USA eintraf, um die deutsch-amerikanischen Beziehungen aufzubessern, wurde er von Amerikas anti-Hitler-Tumulten umfangen. Am 10. Mai hatten sich Hunderttausende versammelt, um das Reich anzuprangern. H. Schacht erkannte, daß die Zeitungen fortfahren würden, antideutsche Nachrichten zu verbreiten, die den Boykott deutscher Waren ohne Möglichkeit einer diplomatischen

ההסתדרות הציונית [redacted]רמניה

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLIN W 15 / Meinekestraße 10

Bank-Konten: Dresdner Bank, Depositen-Kasse 54, Berlin W 15, Kurfürstendamm 181
Ivria-Bank, EGmbH, Berlin, Dircksenstr. 26
Postscheck-Konto: Berlin NW 7, Nr. 8091
Fern[redacted]cher: Sammel-Nummer 91 90 31
Tele[redacted]m-Adresse: Orghia Berlin

den 29.April 1937.

Sehr geehrter Gesinnungsgenosse,
sehr verehrte Gesinnungsgenossin,

seit unserer ersten Zionistensteuer-Aufforderung sind über sieben Wochen vergangen. Fast alle Mitglieder der BZV haben inzwischen ihrer Zionistensteuer-Pflicht genügt. Zu den wenigen Gesinnungsgenossen, die das noch nicht getan haben, gehören leider auch Sie.

Da die Zionistensteuer für das laufende Quartal im nächsten Monat fällig wird, bitten wir Sie nochmals um die Freundlichkeit, uns umgehend Ihre Zeichnung abzugeben, deren Notwendigkeit Ihnen der Geschäftsführende Ausschuss der ZVfD in seinem Schreiben vom 9.März 1937 überzeugend dargelegt hat. Wir hoffen daher, dass Sie dieser - bereits dritten - Aufforderung nunmehr entsprechen werden.

Nach den Satzungen müssten wir Sie in eine der Zionistensteuer-Stufen einschätzen, falls wir in den nächsten 10 Tagen nicht in den Besitz Ihrer Zeichnung gelangt sind.

Wir würden dies äusserst ungern tun, da erfahrungsgemäss mit jeder Einschätzung Ungerechtigkeiten verbunden sein können, die wir gerne vermeiden möchten. Erleichtern Sie uns bitte unsere Arbeit, indem Sie die nochmals beigefügte Zeichnungskarte - evtl.unfrankiert - umgehend ausgefüllt einsenden.

Schalom

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FUER DEUTSCHLAND

Segay Friedmann

JUDEA DECLARES WAR ON GERMANY

Jüdisches Boykottplakat in New York

1933



Chaim Arlosoroff

Als Zionist setzte er sich nachhaltig für eine Verständigung mit dem Nationalsozialismus ein, gewiß in erster Linie, um seinem Volk zu helfen. Seinen Einsatz bezahlte er mit dem Leben. Bereits im Juni 1933 wurde er von "Revisionisten" nördlich Haifa ermordet.



Sam Cohen

Maßgeblicher Verhandlungsführer zur Umsiedlung deutscher Juden nach Palästina ab 1933.



Stephen Wise addressing a protest rally at Battery Park, May 10, 1933.

Stephen Wise während einer Ansprache auf einer Protestversammlung im Battery Park am 10. Mai 1933.

— Stellt es einen Mißbrauch der Staatsfahne der USA dar, den von einer Bevölkerungsminderheit geforderten Wirtschaftsboykott Deutschlands und die verweigerte Koexistenz mit dem Dritten Reich unter dem Sternenbanner aufzuziehen?

Wie diese Fahne und die sie repräsentierenden Menschen zur gleichen Zeit in Deutschland begrüßt wurden, zeigt das untere historische Foto aus dem Jahre 1934 in Berlin vor dem Brandenburger Tor. — Eine amerikanische Frontkämpferkapelle wird willkommen geheißen.



Einwirkung ausweiten würden. Ja, es wurde Klartext gesprochen: Die deutsche Wirtschaft soll zerstört werden. (S. 119) Schacht fuhr unverrichteter Dinge nach Hause zurück. Die Exporte des Reiches waren von Januar bis April 1933 um 10% gefallen.

"Inzwischen wuchs Deutschlands Grenzkrise von Stunde zu Stunde. Polens militärische Falken zugunsten einer Invasion fanden in der Bevölkerung, die von jüdischen Boykottkomitees angefeuert wurde, weitgehende Unterstützung. ...

Die Ereignisse überschlugen sich. Die Vernichtung des dürftigen Hitler-Regimes von außen und innen zeichnete sich als Krise über Berlin ab. Offizielle Führer und Organisationsvertreter wurden in die Städte Europas und Amerikas entsandt, um die Attacken abzuwehren. Ihre Bemühungen waren erfolglos. Regierungsamtliche Erklärungen, gegebene Schutzverfügungen und Drohungen gegenüber unerlaubten Vergeltungsmaßnahmen an deutschen Juden waren ebenfalls erfolglos." (S. 130)

Angefeuert von unentwegten Presseberichten über deutsche Greueltaten (mitten im Frieden!) griffen die Boykottproteste auf die großen Städte fast aller Länder bis nach Argentinien und Australien über, wobei vornehmlich in England und Holland Gewerkschaften und Parteien in diesen Kampf unterstützend eingriffen. Der deutsche Pelz-, Textil- und Diamanthandel wurde besonders stark betroffen. Der deutsche Exportüberschuß war im 1. Quartal 1933 gegenüber 1932 auf die Hälfte zurückgegangen. (S. 182) In den USA wurden bereits Stimmen laut (John Foster Dulles), deutsches Auslandsvermögen zwecks Schuldenausgleich zu beschlagnahmen und damit die deutschen internationalen Handelswerte zu liquidieren. (S. 182 - 183)

"Wenn das Reich seine Verpflichtungen nicht weiter bezahlen kann, ist Deutschland bankrott. Dieser Augenblick wurde seit Jahren technisch durch Beschränkung des Devisenhandels auf die wichtigsten Transaktionen hinausgeschoben. Aber dadurch, daß die Reichsbankreserven durch Boykott und Depression bis aufs äußerste beschnitten waren, gab es nichts mehr zu beschränken." (S. 185)

****

VORSTAND DER JÜDISCHEN GEMEINDE
– Der Vorsitzende –

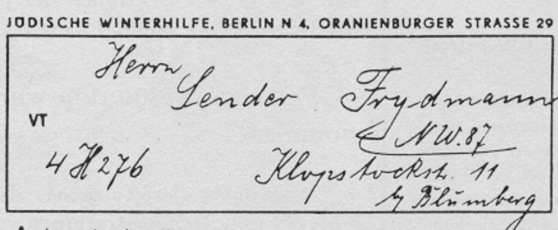
BERLIN N 4, Datum des Poststempels
Oranienburger Str. 29



Postscheckkonto: Berlin 934 46
Jüdische Winterhilfe der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Rosenstr. 2–4

Bankkonten: Gebr. Arnhold, W 8, J. Dreyfus & Co., W 8, Hagen & Co., W 8, Jaquier & Securius, C 2, Kreditverein für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H., C 2, Mendelssohn & Co., W 8, B. J. Meyer, W 9, Mosler, Süßkind & Co., W 8, A. E. Wassermann, W 8, Abraham Schlesinger, W 8

Fernruf: 42 59 21 (Apparat 86)



Bei Antwortschreiben bitten wir anzugeben Abteilung St.

Sehr geehrtes Gemeindemitglied!

Auf Grund der uns vorliegenden Steuermeldung für das Jahr 1936 erlauben wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß der nach den Richtlinien des Herrn Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes errechnete Mindestbeitrag monatlich

RM. 9.40

für die Zeit vom 1. Oktober 1937 bis 31. März 1938 beträgt.

Die Verarmung weiter Kreise der jüdischen Bevölkerung Berlins und die Verringerung der Zahl der Spender, die durch die Verhältnisse, insbesondere die Auswanderung, bedingt ist, zwingen uns, mit dem Eingang der vollen Beträge zu rechnen, wenn wir den an uns gestellten Anforderungen zur Linderung der Not der von uns Betreuten auch nur einigermassen gerecht werden sollen.

Da Ihre bisher geleisteten Zahlungen den monatlichen Mindestsatz noch nicht erreichen, richten wir an Sie die dringende Bitte, uns die noch fehlenden Differenzbeträge umgehend zur Verfügung zu stellen, damit auch Sie sich an unserem großen sozialen Hilfswerk in voller Höhe beteiligen.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre freundliche Ueberweisung und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Vorstand der Jüdischen Gemeinde

Der Vorsitzende

H e i n r i c h S t a h l

"Wenn die Exporte weiter fielen, würde in Deutschland erneut Hungersnot drohen. Es geschah gerade 14 Jahre zuvor. Es war noch bei allen in frischer Erinnerung. Im Winter 1919 wurde ein besiegtes Deutschland in die Unterwerfung 'blockaded', in die Niederlage gehungert. Für die Nazis glich der anti-Deutschen Boykott von 1933 in vieler Hinsicht der bekannten Taktik. Da gab es keine feindlichen Schiffe auf den Seewegen, keine feindlichen Divisionen an den Brückenköpfen. Aber gleichermaßen wirksam wie viele Blockadefregatten oder Infanteristen war dieser Boykott, der hinderte, deutsche Waren zu verkaufen, ausländische Währungen zu verdienen, lebenswichtige Handelsgüter nach Deutschland einzuführen.

Wie viele Monate konnte Deutschland überleben, nachdem der Boykott global durchgeführt würde? Die boycotter machten sich den Slogan zu eigen: 'Deutschland wird in diesem Winter zusammenbrechen.' " (S. 187 - 188)

"Am 3. Juni ergriffen Lord Melchett (jüdisch-britischer Industrieller) und führende Organisatoren sowie der britische Gewerkschaftskongreß die Initiative und verschickten formelle Einladungen an die unabhängigen Boykott-Komitees der Welt für eine Versammlung am 25. Juni, um einen internationalen Boykott-Rat zu schaffen.

Melchett betitelte die Boykott-Zusammenkunft als 'World Jewish Economic Conference'. " (S. 188)

Zur annähernd gleichen Zeit fand in London die vom US-Präsidenten F.D. Roosevelt einberufene Weltwirtschaftskonferenz statt, die jedoch das Gegenteil von dem erreichte, was sie vorgegebenermaßen bezwecken sollte: eine wirtschafts-politische Zusammenarbeit der Welthandelsländer zur Behebung der Weltwirtschaftskrise. Im Reichskabinett wurde am 23. Juni 1933 festgestellt:



Jüdische Winterhilfe

der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Postscheckkonto: Berlin 93446

Bankkonten: Gebr. Arnhold, W 8, J. Dreyfus & Co., W 8, Hagen & Co., W 8, Gebr. Heymann, W 8, Jaquier & Securius, C 2, Kreditverein für Handel u. Gewerbe e. G. m. b. H., C 2, Mendelssohn & Co. W 8, E. J. Meyer, W 9, Mosler, Süßkind & Co., W 8, A. E. Wassermann, W 8

Fernruf: 41 67 11

Rückfragen über die Höhe des Monatsopfers unter 42 50 21 App. 50

JÜDISCHE WINTERHILFE BERLIN C 2, ROSENSTRASSE 2-4

Herrn Merkel
Friedmann
R 4H253. ..
Bln.-Dahlem
Reichensteiner Weg 32

Berlin, Datum des Poststempels
Rosenstraße 2

Sehr geehrtes Gemeindemitglied!

Der Herr Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes hat angeordnet, daß die Sammlungen und die Betreuung für die Winterhilfe unter den Juden durch uns selbst, wie in den Vorjahren, durchgeführt werden. Der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ist die Jüdische Winterhilfe 1937/38 zu Berlin übertragen.

Die Zahl der jüdischen Hilfsbedürftigen ist gewaltig angewachsen. Die Not in unseren Kreisen steigt täglich. Die Zahl der Spender ist durch Verarmung und Auswanderung kleiner geworden. Doppelte Anstrengungen sind notwendig, um das Werk der Jüdischen Winterhilfe sicherzustellen. Wir aber wollen die Aufgaben, die uns das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes stellt, erfüllen, indem wir alle dazu beitragen, der Not der jüdischen Bedürftigen zu steuern.

Der Herr Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk hat Richtlinien festgesetzt, die die monatliche Abgabe als Pflichtaufgabe darstellen. Danach beträgt neben den regelmäßigen Sammlungen im Hause (Eintopfspende, Haussammlung, Pfundspende) das **monatliche Pflichtopfer:**

a) **Lohn- und Gehaltsempfänger** zahlen während der sechsmonatigen Dauer des WHW 1937/38 (1. Oktober 1937 bis 31. März 1938) monatlich mindestens 10 % der abgeführten Lohnsteuer.

b) **Lohn- und Gehaltsempfänger,** die wegen ihres geringen Einkommens nicht herangezogen werden, entrichten ein Opfer von monatlich 25 Pfennigen.

c) **Festbesoldete,** die neben ihrer Lohnsteuerleistung noch zur Einkommensteuer veranlagt werden, entrichten neben ihrer monatlichen Spende in Höhe von mindestens 10 % ihrer Lohnsteuer ein monatliches Opfer in Höhe von 1 % ihres für das Jahr 1936 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die Jüdische Winterhilfe, soweit die Steuerschuld nicht durch Lohnabzug getilgt wird. Diese 1 % werden also lediglich von der Einkommensteuerschuld errechnet, die durch Vorauszahlung und die Abschlußzahlung getilgt worden ist.

d) **Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe** sowie sonstige Einkommenbezieher, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, entrichten monatlich ein Opfer in Höhe von 1 % des für das Jahr 1936 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die Jüdische Winterhilfe.

e) **Inhaber von offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften** entrichten monatlich 1 % des für das Jahr 1936 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die Jüdische Winterhilfe.

f) **Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe,** sowie sonstige Einkommenbezieher, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden, opfern einen Mindestbetrag von monatlich RM 1.— während der Dauer der Winterhilfe.

Von **Inhabern von Vermögen,** die weder Einkommen- noch Lohnsteuer zu zahlen haben, wird ein mindestens 1 % der Vermögenssteuer betragender Beitrag zur Jüdischen Winterhilfe erwartet. Der monatliche Beitrag ist nach obigen Richtsätzen selbst zu errechnen.

Auf Wunsch ist unsere Abt. „St." (Oranienburger Straße 29, Telefon-Nr. 425921, App. 59), die unter Steuergeheimnis steht, bereit, Ihnen über die Höhe Ihres Pflichtbeitrages Auskunft zu geben.

Im Interesse eines raschen Aufbaus des Werkes ist Vorauszahlung für 6 Monate auf einmal dringend erwünscht.

Diese Richtsätze sind als Pflicht-Mindestsätze anzusehen. Wir bitten unsere Gemeindemitglieder, darüber hinaus durch freiwillige Spenden und Opfer dazu beizutragen, daß das Werk der Jüdischen Winterhilfe ein Werk

Jüdischen Gemeinschaftsgeistes

werde. Jedes Gemeindemitglied muß eine Pflicht in seinem Beitrag zur Jüdischen Winterhilfe erkennen, wir müssen alle danach streben, daß die Hoffnungen, die die Hungernden und Frierenden in die Jüdische Winterhilfe setzen, voll erfüllt werden.

Vorstand
der Jüdischen Gemeinde
Heinrich Stahl, Moritz Rosenthal, Dr. Alfred Klee, Carl Fuchs, Dr. Paul Sulzberger, Adolf Schoyer

Repräsentanten-Versammlung
der Jüdischen Gemeinde
Dr. Abraham Löb, Dr. Sally London, Conrad Kaiser

"Waren auch die Erwartungen, mit denen die deutsche Delegation nach London ging, pessimistisch, so wurden sie doch bei weitem übertroffen. Deutschland fand bei allen Staaten eine Haltung, die kaum schlimmer sein konnte." (S. 188)

Auf Anregung von Samuel Untermayer wurde die World Jewish Economic Conference zunächst auf den 15., schließlich auf den 20. Juli verschoben und nach Amsterdam verlegt. Boykottgruppen aus 35 Ländern nahmen teil, tauschten Erfahrungen aus, sprachen vereinheitlichende Maßnahmen ab, legten Hersteller- und Händlerlisten an, boten Alternativen für deutsche Waren, besprachen Kampfmaßnahmen gegen Boykottbrecher und begründeten ein Boykott-Mitteilungsblatt. (S. 189) Das Schlagwort 'Deutschland wird in diesem Winter zusammenbrechen' wurde übernommen. (S. 199)

Samuel Untermayers Lageeinschätzung:

"Der populäre internationale Boykott existiert de facto bereits: in Polen unglaublich gut, in der Tschechoslowakei fantastisch gut, in Frankreich gut, in England fair, in Amerika sehr gut." (S. 205)

"Feurige Reden und feste Entschlossenheit, Deutschlands wirtschaftliche Macht zu zerschlagen, schuf eindrucksvolles Aufsehen, das die Welt darauf aufmerksam machte, daß sich etliche Sektionen der Juden im Krieg (war) gegen das Dritte Reich geeinigt haben." (S. 206)

Folgende Resolution wurde in Amsterdam angenommen:

"Angesichts der Tatsache, daß einheitliche Empörung, Proteste und Demonstrationen von Juden und Nicht-Juden überall in der zivilisierten Welt gegenüber der unglaublich unmenschlichen Judenpolitik in Deutschland vergeblich waren,

angesichts der von der Hitler-Regierung wiederholt zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, die Juden wirtschaftlich auszulöschen, sie ihrer Staatsbürgerschaft zu berauben und sie wahrscheinlich zu vernichten,

wird daher beschlossen, daß der Boykott deutscher Güter, Produkte und Frachten das einzig wirksame Mittel des Weltjudentums und der Menschheit ist, um jüdische Rechte, Eigentum und Würde in Deutschland zu verteidigen und zu schützen.

Wir fordern mit Nachdruck alle Männer und Frauen der zivilisierten Welt, unabhängig von Rasse und Glauben, auf, diese Bewegung zu unterstützen und sich ihr anzuschließen gegen brutalen Fanatismus und Blindgläubigkeit und sie zu einem siegreichen Ergebnis zu führen bis die letzten Spuren barbarischer Verfolgungen eliminiert sind." (S. 206)

"Nachdem die Kriegserklärung offiziell proklamiert war, brachen die Soldaten Israels auf und bildeten drei geschäftsmäßige Kommissionen. Die Franzosen, Polen und Tschechen verfaßten politische Resolutionen. Die Holländer, Ägypter und Amerikaner behandelten organisatorische Fragen. Die Engländer, Belgier und Litauer besprachen finanzielle Probleme." (S. 206)

"Die Konferenzteilnehmer arbeiteten mit großer Schnelligkeit und begründeten die neue Weltorganisation, die sie versprochen hatten: Die World Jewish Economic Federation

soll ihr Hauptquartier in London haben mit Lord Melchett als Ehrenvorsitzenden und Untermayer als Präsidenten." (S. 207)

Doch diese Eigeninitiative von Lord Melchett und Samuel Untermayer wurde von den gewachsenen jüdischen Organisationen, z.B. der Anglo Jewish Association, dem American Jewish Congress, dem Dutch Jewish Committee als "Palastrevolution" empfunden und als nicht repräsentativ angesehen. Stefen Wise sowie Nahum Goldmann, die mit der Organisation des Jüdischen Weltkongresses befaßt waren, hatten offensichtlich auch persönliche Gründe, den koordinierten globalen Boykott in die eigenen Hände zu nehmen und Untermayer zu desavouieren. Ihre Forderungen waren im Prinzip die gleichen, wie sich aus der Sprachregelung des späteren Jüdischen Weltkongresses ergibt. Dort hieß es 1936:



Nicht zuletzt auf Grund der ungewöhnlichen Verhandlungspartner, die dem jahrzehntelangen Vorsitzenden des Jüdischen und Zionistischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland gegenüberstanden, belaufen sich die deutschen Wiedergutmachungsleistungen auf schätzungsweise bereits über 140 Milliarden DM. – Dr. Goldmann (stehend) auf einem Jüdischen Weltkongreß in Jerusalem, umgeben vom seinerzeitigen israelischen Ministerpräsidenten Rabin (links) und Minister Sapir. Dr. Goldmann äußerte sich zur außen- wie innenpolitischen Entwicklung Israels außerordentlich kritisch.

– Deutsche Nationalzeitung, 24.6.1983 –

"Die Boykottorganisationen waren in jedem Land die ersten, die Aufmerksamkeit auf Deutschlands Pläne zur wirtschaftlichen Eroberung und militärischen Aggression zu lenken. Sie warnten die öffentliche Meinung gegenüber Deutschlands gewaltiger Wiederaufrüstungspolitik. Sie machten sie wachsam gegenüber Deutschlands wirtschaftlicher Beherrschung der schwachen südosteuropäischen Gebiete und gewissen südamerikanischen Ländern, was zu ihrer politischen Beherrschung durch das Dritte Reich führen mochte. Sie legten die unehrenhaften Handelsmethoden offen, derer sich Deutschland bedient.

Zur gleichen Zeit führten sie eine nicht nachlassende Kampagne, die Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Medien auf die deutschen Greueltaten, auf die Verfolgung der Kirche, die Zerstörung der Arbeitsorganisationen, die Degradierung der Frauen und die Reglementierung der Erziehung aufmerksam zu machen." [19]

Wenn man an anderer Stelle erfährt, daß die führenden Männer des Jüdischen Weltkongresses die politische Lage in Europa in der Zeit von 1919 - 1939 nicht als Frieden, sondern als "Waffenstillstand" auffaßten,[20] wird die mit so viel unwahren Behauptungen durchsetzte Sprache dieser Kampfhaltung in etwa erklärlich. Hierbei bliebe dennoch beachtlich, daß die Zeit der Weimarer Republik ohne Unterschied zu den Jahren von 1933 bis 1939 gleichermaßen in die "Waffenstillstands"-Terminilogie eingefaßt ist. Diese Terminilogie fand später in einem Schreiben Winston Churchills an Stalin vom 27.2.1944 ihre noch präzisere Bestätigung, indem er den Zweiten Weltkrieg als einen "30-jährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend von 1914 an" bezeichnete.[21]

Wie nachhaltig auch immer die persönlichen Querelen zwischen Stefen Wise, Nahum Goldmann, Chaim Weizmann als Spitzenvertreter ihrer Organisationen einerseits und Samuel Untermayer als — vor allem in den USA hochstilisierter — ad hoc Boykott-Organisator gewesen sein mögen: Der Boykott war ein Tatbestand geworden und hatte zu einer erheblichen Isolierung Deutschlands und zu außerordentlichen Einbußen der deutschen Exportwirtschaft zu einer Zeit geführt, da die Weltwirtschaftskrise mit ihren mehr als 6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland und den langjährigen zusätzlichen Zahlungsverpflichtungen auf dem Reparationskonto von

19) World Jewish Congress aaO. S. 106 + 107.
20) World Jewish Congress aaO. S. 136, 140.
21) Dokumente — Schriftwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der CCCR mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Premierminister Großbritanniens zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges 1941 - 1945, Moskau 1957, Bd. I. S. 204.

1919 noch nicht einmal in den Ansätzen als aufgefangen, geschweige denn überwunden gelten konnte. Ohne hier auf Zahlen einzugehen, sei ein Schriftwechsel zwischen der Dresdner Bank und der französischen Bank Société Générale vom Juli 1933 zitiert, der die allgemeine Lage kennzeichnet und den Edwin Black wie folgt einleitet:

"Verzweifelte Direktoren der angesehenen Dresdner Bank erhofften sich von einem Appell an die internationale Banken-Zusammenarbeit Hilfe. In ihrem Schreiben an die Société Générale hieß es:

'Die Greuelpropaganda ...., die den deutschen Handel schädigt, ... beruht auf Lügen und Tatsachenentstellungen. In Deutschland herrscht absolute Ruhe, und jeder nicht parteigebundene Beobachter kann sich vor Ort selbst davon überzeugen, daß niemand gehindert wird, seinen privaten und beruflichen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze nachzugehen. Wir wären erfreut, wenn Sie im Interesse der internationalen Handelsbeziehungen die Wahrheit verbreiten und Ihr Äußerstes tun würden, den Boykott deutscher Waren zu einem baldigen Ende zu bringen.'

Die Antwort der Société Générale gelangte unverzüglich in die Weltpresse:

'Beim Öffnen unserer Post finden wir ein erstaunliches Schreiben Ihrer geschätzten Bank. Wir bitten Ihre Aufmerksamkeit auf den Tatbestand zu lenken, daß ein französisches Geschäft niemals auf den Gedanken käme, Propagandamaterial in der Geschäftskorrespondenz zu versenden. So sind wir gezwungen anzunehmen, daß die Taktlosigkeit Ihres Briefes von angeborener Geschmacklosigkeit herrührt.

Was die systematische Verfolgung von Juden durch Ihre Regierung anbetrifft, so wissen wir, was wir davon zu halten haben. Wir wissen ... Mediziner sind von Krankenhäusern entfernt, Richter entlassen, Geschäfte geschlossen worden. Jede Nation ist Herr in ihrem Haus, und daher ist es nicht unser Geschäft, uns da einzumischen.

Ungeachtet dessen sind wir ungebunden, unsere Geschäftssympathien unseren Freunden zuzuwenden und nicht einer Nation, welche auf die Zerstörung der individuellen Freiheit hinzielt. Wir versichern Ihnen, gentlemen, daß wir fortfahren, Ihre Bank zu schätzen, aber wir können nicht unsere Sympathie auf Deutschland allgemein ausdehnen, denn wir können unseren Glauben nicht verbergen, daß die nationalsozialistische Partei ihre Machtgelüste bei der ersten Gelegenheit auf andere Länder ausdehnen wird. Sie baten uns, Ihr Schreiben zu verbreiten. Seien Sie versichert, wir werden es tun, und unsere Antwort mit.

Yours truly, Société Générale, Paris." (S. 266)

Ende Juli 1933 ersuchten Vertreter der Reichsbank in London um einen Kredit in Höhe von 40 Millionen RM (3 Millionen britische Pfund) — "erstaunlich wenig" — nach. Der Fall erregte in der Londoner Finanzwelt spöttisches Gelächter. *Investor's Review* berichtete am 5.8.1933:

"Wir haben den Brief eines Berliner Finanzmaklers gesehen ..., der ein bezeichnendes Licht auf die traurige Situation wirft, in die der Hitlerismus Deutschland hineinmanövriert hat. ... Der Schreiber gibt an, er sei von der Reichsbank gebeten worden, um einen Kredit von 40 bis 50 Millionen Mark nachzusuchen. Daß die Reichsbank, früher vielleicht die größte Finanzinstitution auf dem Kontinent, London um eine erbärmliche Summe bittet, ist alarmierend. So ist es nicht überraschend, wenn man als offizielle Meinung hört, daß der Hitlerismus noch vor dem Neuen Jahre zu einem blutigen Ende kommen wird." (S. 266 - 267)

London hatte abgelehnt, die USA ebenfalls. Deutschland konnte auf keine ausländische finanzielle Hilfe rechnen.

Am 6. August 1933 kehrte Samuel Untermayer von Amsterdam nach New York zurück und begrüßte in einer sofort für ihn arrangierten landesweiten — besser gesagt: kontinentweiten! — Rundfunkübertragung seine Landsleute (u.a.) mit den Worten:

"Ich bin tief gerührt von dem begeisterten Empfang anläßlich meiner heutigen Ankunft, den ich dahingehend verstehe, daß er nicht mir persönlich gilt, sondern dem heiligen Krieg für das Anliegen der Menschheit, in den wir eingetreten sind. ...

Jeder von Euch, Jude oder Nicht-Jude gleichermaßen, der sich noch nicht dem heiligen Krieg verschrieben hat, sollte es jetzt tun. ... Es ist nicht genug, daß Ihr keine Waren kauft, die in Deutschland hergestellt worden sind. Ihr müßt Euch weigern, mit jedwedem Händler und Geschäftsinhaber zusammenzuarbeiten, der irgendwelche deutschen Güter verkauft oder der sich deutscher Schiffe bedient. Zu unserer Schande ... gibt es einige Juden unter uns, allerdings glücklicherweise nur wenige ..., die auf deutschen Schiffen fahren. ... Ihre Namen sollten fern und nah bekanntgemacht werden. Sie sind Verräter ihrer Rasse." (S. 277)

Zur annähernd gleichen Zeit tagte in Prag der 18. Zionistische Kongreß (vom 21. 8. - 4.9.1933). Über 10.000 Delegierte und Besucher waren erschienen. Die Zionistische Organisation stellte eine Regierung ohne Land dar, gegliedert in territoriale Föderationen von jedem Land, religiöse und sonstige Verbände, politische Parteien und Splittergruppen. Der Völkerbund hat ihr einen quasi-Regierungsstatus gewährt. Jeder Jude, der einen dem biblischen Shekel entsprechenden Geldwert (ca 25 Cent) zahlte, war stimmberechtigt. (S. 287, 288, 298, 299) Als stärkste Fraktion erwies sich in Prag die Mapai (Arbeiterpartei) unter Führung von David Ben-Gurion, die rund 44% der Delegierten vertrat und zu den Gemäßigten zählte. Sie hatte dennoch gegen die von Vladimir Jabotinsky (Polen) angeführten, unversöhnlich radikalen "Revisionisten", die auch vor politischen Morden an ihren eigenen Leuten nicht zurückschreckten, harte Auseinandersetzungen zu bestehen. Der kürzlich zuvor — am 16. Juni 1933 — nördlich von Haifa verübte Mord an Chaim Arlosoroff, einem Mitglied des Jewish Agency Executive Committee und einem der am meisten respektierten Zionisten, durch Angehörige jener radikalen "Revisionisten", hatte gerade auf diesem Kongreß in Prag die Gegensätze besonders verstärkt. Arlosoroff hatte sich für Verhandlungen mit Deutschland zwecks Auswanderung deutscher Juden und Verbringung jüdischer Vermögenswerte nach Palästina eingesetzt.

"Jabotinsky bestand darauf, alle Energien darauf zu ver-

wenden, den Kongreß zu zwingen, sich der Boykott-Bewegung anzuschließen. Nichts weniger als ein 'erbarmungsloser Kampf' sei akzeptierbar, schrie Jabotinsky. Der gegenwärtige Kongreß ist verpflichtet, das jüdische Problem in Deutschland vor der ganzen Welt aufzurollen. ... Wir führen einen Krieg mit Mördern. ... Wir müssen sie vernichten, vernichten, vernichten — nicht nur mit Boykott, sondern politisch, indem wir alle existierenden Kräfte gegen sie unterstützen, um Deutschland von der zivilisierten Welt zu isolieren." (S. 301)

Während Jabotinsky seine Anhänger aufforderte, persönliche Differenzen zugunsten des Krieges gegen den Nazismus zurückzustellen, forderte David Ben-Gurion die "Revisionisten" auf, sich entweder der Mapai-beherrschten Organisation und ihren gemäßigten politischen Zielvorstellungen unterzuordnen oder den Kongreß zu verlassen. Ein Mapai-kontrolliertes Präsidium konnte sich durchsetzen. Sein Sprecher, Nahum Sokolow, hatte es dennoch sichtlich schwer, die Stimmung der Anwesenden richtig zu formulieren. So erklärte er zwar:

"Es ist nicht unsere Aufgabe, die internationalen Entwicklungen des deutschen Volkes zu beeinflussen oder zu kritisieren, die stark durch den Krieg und seine Konsequenzen gelitten haben. Wir sind hier nicht versammelt, eine Nation oder einen Staat zu kritisieren. Es ist nicht Teil des Programms der Zionistischen Organisation, den Hirtenstab über diese oder jene staatliche Organisation, dieses oder jenes Wirtschaftssystem zu brechen. Unsere Pflicht ist, die Wahrheit zu sprechen."

Doch auf der anderen Seite vergaß er nicht, die Worte des obersten Richters der USA, Louis Brandeis, in das rechte Licht zu rücken, indem er wiederholte:

"Die Juden werden Deutschlands Beleidigung niemals vergessen und niemals vergeben." (S. 305)

Was Jabotinsky im Versammlungssaal nicht mehr sagen durfte, verkündete er auf einer Pressekonferenz vor der Halle: Die Hunderttausend Mitglieder der "Revisionisten" würden alle ihre Möglichkeiten in der ganzen Welt ausnutzen, um den internationalen Boykott Deutschlands durchzuführen.

"Der Hitlerismus ist eine Gefahr für die 16 Millionen Juden in der ganzen Welt, und die deutschen Juden können uns nicht beeinflussen, unseren Feind zu bekämpfen. Unser Gegner muß vernichtet werden!" (S. 313)

War er auch vom Zionistischen Kongreß ausgeschaltet worden, so wurden doch seine Worte von der Weltpresse weitergetragen, was gewiß nicht zur Befriedung beitragen konnte. War auch auf dem 18. Zionisten-Kongreß in Prag das Wort "Boykott" vermieden, ja verboten worden (S. 348), so füllte die Spalten der Weltpresse jedoch ein neues Thema: Die Zweite World Jewish Conference in Genf, die gleich anschließend, am 5. September 1933 begann. Und hier zeigte sich erneut eine verdrehte Welt:

"Jeder, der wagte, den Handel mit dem Gegner zu rationalisieren, war ein Verräter, und alle Boykott-Verräter wurden bloßgestellt." (S. 348)

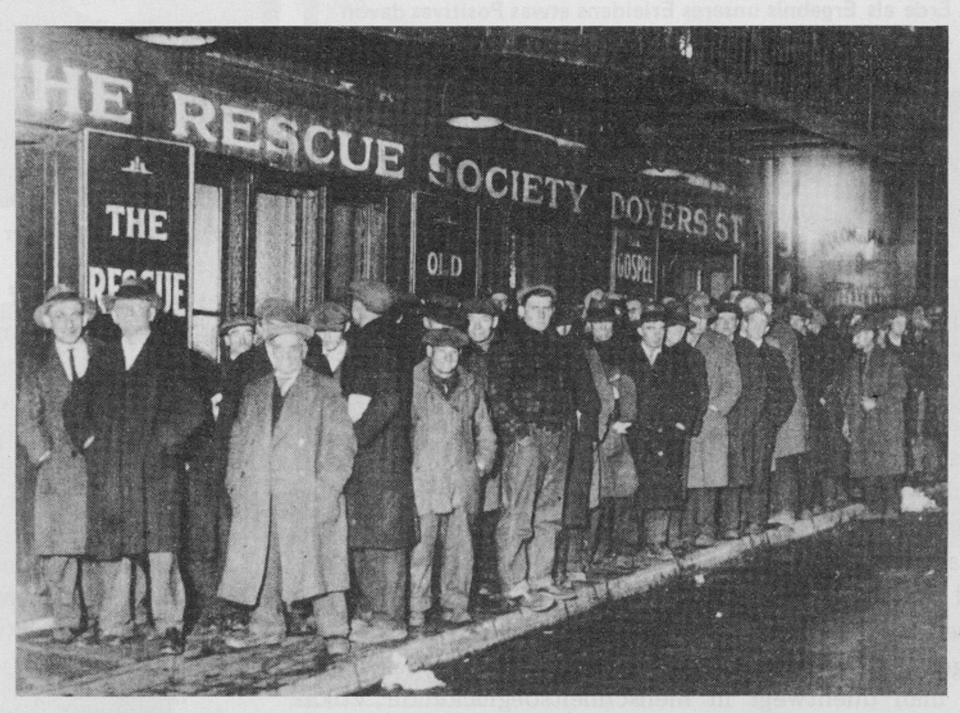
Die 100 Delegierten in Genf aus 24 Ländern unter Führung von Stefen Wise, dem Vorsitzenden des American Jewish Congress, waren entschlossen, eine weltweite Boykott-Organisation zu schaffen, womit der Gegensatz zur Zionistischen Bewegung offenkundig wurde. (S. 357) Welche neuen Verhärtungen der Kampf auf der 2. World Jewish Conference brachte, kommt wohl am eindrucksvollsten in den Worten zweier führender Männer zum Ausdruck:

1.) Nahum Goldmann:

"Daher ist es die erste Aufgabe der Konferenz, die Organisation zu schaffen, die notwendig ist, um einen bitteren, gut geplanten Krieg (war) gegen Nazi-Deutschland zu führen." (S. 352)

2.) Stefen Wise, der zur Boykott-Resolution ausführte:

"Wann der jüdische Boykott deutscher Güter und Waren beendet wird, hängt nicht vom jüdischen Volk ab, sondern von der Nazi-Regierung. Dieses Instrumentarium des moralischen und wirtschaftlichen Druckes widerstrebend anzuwenden und zu ge-



1933: "Arbeitslose in New York: 'In den Wurzeln ungesund'

— *Der Spiegel*, Nr. 43, 22. Okt. 1979, S. 179

brauchen, wurden die Juden gezwungen. Aber sie werden es nicht mehr aus der Hand legen, bis das große Unrecht, das den deutschen Juden zugefügt worden ist, wiedergutgemacht ist und die deutschen Juden erneut in den Status und die Positionen eingesetzt worden sind, die vor der Machtübernahme der Hitler-Regierung rechtlich die ihren waren." (S. 358)

Dies bedeutete nicht weniger, als daß die Anhänger von Stefen Wise, ohne auch nur von irgendeinem Gremium der deutschen Juden dazu legitimiert worden zu sein, den Anspruch erhoben, daß das deutsche Volk grundsätzlich auf sein Selbstbestimmungsrecht zugunsten der ein Weltjudentum repräsentierenden ausländischen Sprecher zu verzichten habe und somit der Kapitulationszustand von 1919 mit seinem 1932 erreichten Bürgerkriegs- und Wirtschaftschaos zum richtungweisenden "Rechtszustand" für die deutsche Zukunft erklärt werde. — Eine doch unmögliche und unverantwortliche weltpolitische Haltung!

Stefen Wise betrachtete die Lage als **Kriegszustand**, indem er die Juden in der Welt als "in der ersten Reihe der Gräben der Frontlinie" befindlich bezeichnete. Wörtlich erklärte er auf jener 2. Vorbereitenden Konferenz Anfang September 1933 in Genf:

"Wieder einmal ist das jüdische Volk aufgerufen, zu leiden, denn wir sind die leidenden Diener der Menschheit. Wir sind aufgerufen zu leiden, damit die Menschheit und Zivilisation überleben und erhalten bleiben. Wir haben zuvor gelitten. Wir sind die ewigen leidenden Diener Gottes in dieser Weltgeschichte, welche Weltgericht ist. Wir rebellieren nicht gegen die tragische Rolle, die wir spielen müssen, wenn nur die Nationen auf der Erde als Ergebnis unseres Erleidens etwas Positives davon gewinnen mögen, wenn sie nur zeitig das Ausmaß der Gefahr erkennen, der sie angesichts des gemeinsamen Feindes der Menschheit gegenüberstehen, der kein anderes Ziel kennt als zu erobern und zu vernichten. Wir sind bereit, wenn nur die wertvollen und schönen Dinge des Lebens überdauern mögen. Dies ist wieder einmal die Mission der Juden. Wir stehen in der Frontlinie, in den ersten Reihen der Gräben." 22)

Konkrete Einzelheiten über Vorwürfe gegen die deutsche Regierung hat er nicht vorgetragen, jedenfalls ist davon nichts veröffentlicht worden. Es verhält sich hier genauso wie mit der Behandlung der Kriegsschuldfrage: Man erklärt einfach weltweit mit Hilfe seiner technischen und wirtschaftlichen Machtmittel die Schuld der anderen, geht gar nicht auf Einzelheiten ein, tut so, als sei alles längst erwiesen, reflektiert auf die Unwissenheit und Abhängigkeit der weitab vom Geschehen befindlichen "Massen" und überschlägt sich mit Pauschalanklagen — je wortgewaltiger und gröber desto besser! —, die man unentwegt in menschheitsbeglückende Vokabeln sowie Kampfaufrufe zur Vernichtung des bösen Gebrandmarkten einkleidet. So erspart man sich Diskussionen, Kritik und Zurückweisung.

22) World Jewish Congress aaO. S. 36.

Die Konferenz in Genf beschloß u.a. folgende Resolution:

"Die Konferenz nimmt mit tiefer Zufriedenheit davon Kenntnis, daß das jüdische Volk spontan beschlossen hat, die zugängliche Waffe der Selbstverteidigung gegen das neue deutsche Regime anzuwenden: den moralischen und wirtschaftlichen Boykott. Sie bestätigte, daß die Juden keine wirtschaftlichen oder anderen Beziehungen mit dem Dritten Reich haben können, und drückte die Hoffnung aus, daß der Boykott von Millionen von Nicht-Juden in allen Ländern unterstützt wird." 22)

Auf der 3. Vorbereitenden World Jewish Conference in Genf, die am 20. August 1934 zusammentrat, erklärte Stefen Wise:

"Unser Platz ist unzweifelhaft und unabänderlich in den Reihen jener Kräfte der Zivilisation und Freiheit, welche nicht mit dem Nazismus koexistieren können. ... Wir werden den Nazismus überleben, wenn wir nicht die unsühnbare Sünde des Handelns oder Verkehrens mit ihm begehen. ... Wenn wir überleben könnten, sagen wir, indem wir unseren anti-nazi Boykott aufheben würden, würden wir moralisch umgekommen sein." 23)

Bereits vorher hatten sich wiederholt und nachhaltig Vertreter des deutschen Judentums gegen die Agitation von Stefen Wise und anderen Scharfmachern in den USA gewendet. So sandten ihm z.B. die Herausgeber einer prominenten jüdischen Zeitung in Hamburg bereits im März 1933 folgendes Telegramm:

"Deutsche Juden klagen Sie und Mitstreiter an, Werkzeuge auswärtiger politischer Einflüsse zu sein. Ihre sinnlose Überschätzung der eigenen internationalen Bedeutung und das Fehlen von Beurteilungsgabe schädigen in erster Linie jene, die Sie vorgeben, schützen zu wollen. ...
Am besten, Sie drücken Ihr eigenes Bühnenlicht aus und beenden nutzlose Versammlungen als sicherste Maßnahmen gegen Antisemitismus. ... Dieses ist Ihre wichtigste Pflicht, Ihre Verbrechen uns gegenüber wiedergutzumachen." (S. 63)

! !

Während Adolf Hitler in Deutschland von seinem Regierungsantritt am 30. Januar 1933 an bereits von den 6 Millionen Dauerarbeitslosen 2,2 Millionen in Arbeitsverhältnisse — nachweislich o h n e Aufrüstung! — eingegliedert und die jahrelangen, vielfach nachhaltig vom Ausland gesteuerten bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse beendet hatte, während er nunmehr Anfang September 1933 das Winterhilfswerk auf die Beine stellte und den Schutz der katholischen Kirche entsprechend den Wünschen Roms im Reichskonkordat gewährleisten ließ (10.9.), erklärte Samuel Untermayer am 10. September 1933 in New York vor Boykott-Aktivisten:

"Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!" 24)

!

23) World Jewish Congress, aaO. S. 37.
24) E. Black, "The Transfer Agreement", aaO. S. 370.

Persönlich hatte er durch den Machtwechsel in Deutschland Vermögenswerte nicht verloren. Auch hatte er von keinem Gremium deutscher Juden die geringste Legitimation erhalten, sich zum Sprachrohr ihres vermeintlichen Willens zu machen.

Radio "talk-shows", Inspektion tausender Geschäfte nach deutschen Waren durch Frauengruppen, Demonstrationen, Boykott-Fonds-Sammlungen, Eröffnungen von Kampfbüros nahmen vor allem in den USA einen immer größeren Umfang an: — Samuel Untermayer arbeitete unermüdlich

! **"Monat für Monat, und in der Tat Jahr für Jahr auf den wirtschaftlichen Niedergang des Dritten Reiches hin". (S. 371)**

In feierlicher Zeremonie veranlaßte Untermayer am 6. September 1933 in New York den "Cherem", den jüdischen Bann gegenüber jedem Boykott-Verräter. (S. 350 - 351)

Der Gründer der zionistisch-"revisionistischen" Organisation "Irgun", der u.a. russische und polnische militante Wladimir Jabotinsky, setzte inzwischen seine haßgeschwängerte Agitation und Politik gegen Deutschland von Osteuropa aus fort. Beachtlich an diesem Mann ist, daß er bereits während des Ersten Weltkrieges auf britischer Seite gegen die Mittelmächte gekämpft hat, sich 1923 in Berlin niederließ, wo er die "revisionistische Bewegung der Zionisten" gründete, dann mal wieder in Polen lebte, 1933 in Wien Präsident der "Neuen Zionistischen Organisation" wurde und anschließend nach London übersiedelte. (Er verstarb 1940 in USA). — Als er jedenfalls im Januar 1934 in *Mascha Rjetsch* nachfolgende Passagen veröffentlichte, geschah dies nicht unter Hinweis auf deutsche Verbrechen oder die Nürnberger Gesetze von 1935, denn diese wurden erst 18 Monate später verkündet:

"Seit Monaten wird der Kampf gegen Deutschland von jeder jüdischen Gemeinde, auf jeder Konferenz, auf jedem Kongreß, in allen Gewerkschaften und von jedem einzelnen Juden auf der Welt geführt. Es liegen Gründe vor zu der Annahme, daß unser Anteil an diesem Kampf von allgemeiner Bedeutung ist. Wir werden einen geistigen und materiellen Krieg der ganzen Welt gegen Deutschland entfachen. Deutschland hat das Ziel, wieder eine große Nation zu werden und seine verlorenen Gebiete sowie auch seine Kolonien zurückzugewinnen. Unsere jüdischen Interessen aber verlangen die vollständige Vernichtung Deutschlands. Das deutsche Volk ist kollektiv und individuell eine Gefahr für uns Juden." [25]

Dies war die Ausgangslage, in die ein ganz anderer Zweig der Zionisten seine Politik einzubauen hatte: Jene, die bemüht waren, Juden und jüdische Vermögenswerte aus Deutschland in Richtung Palästina zu bewegen.

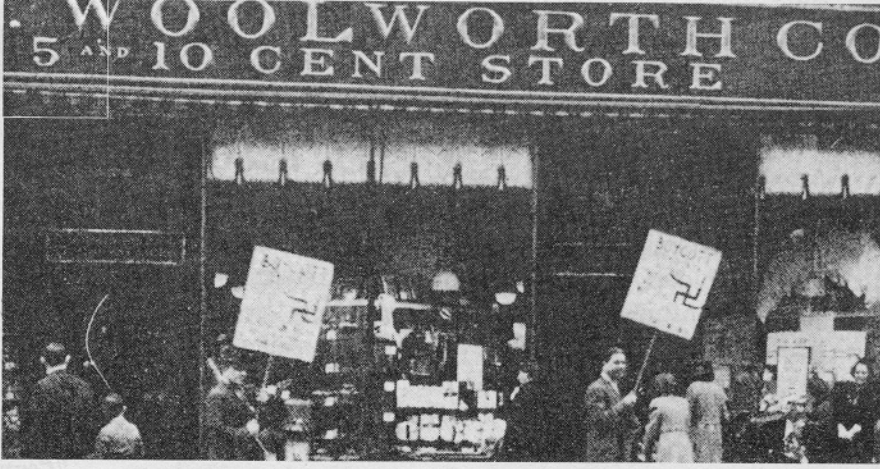
In Abwehr, um Auslandsboykott und Greuelpropaganda zu beenden = 1 Tag Boykott in Deutschland



Historische Szenen in Deutschland zum 1. April 1933



Deutscher Abwehrboykott (1. April 1933)



Jewish War Veterans picketing a store selling German goods.

Jüdische Kriegsveteranen bestreiken ein Geschäft, das deutsche Waren verkauft.

Beginn solcher Dauermaßnahmen im Februar/März 1933

---

25) J. Benoist-Mechin, "Wetterleuchten in der Weltpolitik 1937 — Geschichte der deutschen Militärmacht 1918 - 1946", Oldenburg - Hamburg 1966, S. 326

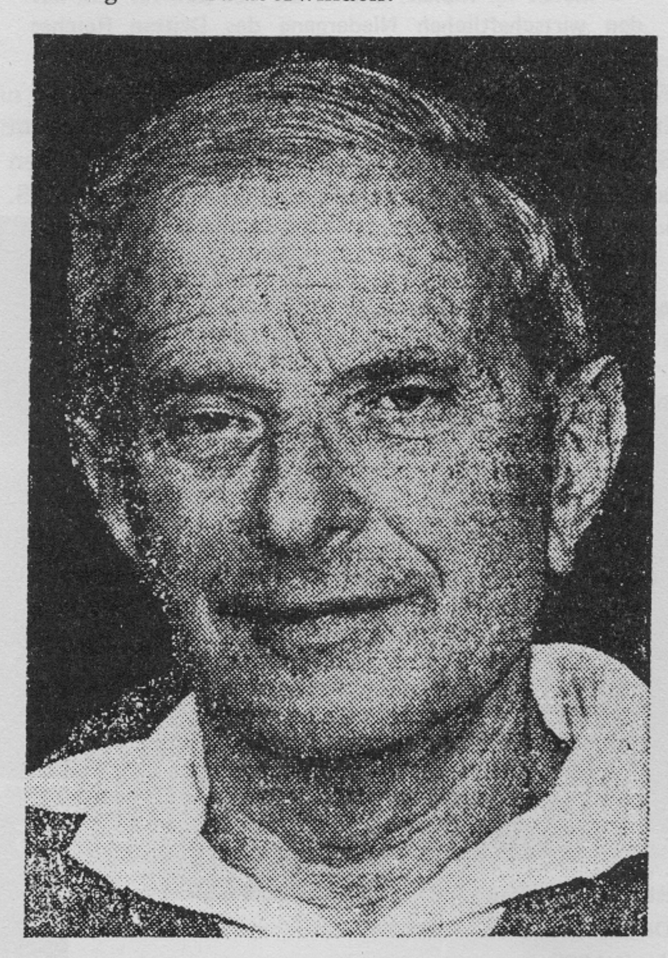
Das Transfer-Abkommen

Für die Zionisten in Deutschland (German Zionist Federation, Berlin, Direktor: Georg Landauer) war sehr schnell klargeworden, daß trotz der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus das Gros der deutschen Juden (ca. 600.000 Menschen) nicht ausreisewillig war, sich als Deutsche fühlte, nichts mit der geschilderten Auslandspropaganda und den Boykottmaßnahmen gegen Deutschland zu tun hatte und zu tun haben wollte. Ihnen wurde aber ebenso rasch deutlich, daß sie — im Gegensatz zu den "national deutschen Juden" — die einzigen waren, die über ihre internationalen Kontakte eventuell Einfluß auf die erwähnten ausländischen Aktivitäten gewinnen und insofern auch Gesprächspartner für die deutsche Regierung sein könnten, um die Auswanderung von Juden aus Deutschland mit Zielrichtung Palästina zu realisieren, einschließlich Finanzierung und Transferierung von Vermögenswerten.

Geschickte und vor allem in ausländischen jüdischen Kreisen einflußreiche Unterhändler waren nötig, um die Voraussetzungen hierfür sowohl in Deutschland als auch in Palästina zu schaffen. Sam Cohen, 1890 in Lodz geboren, Studium in Marburg, bereits in seinen zwanziger Jahren Partner einer kleinen deutschen Bank in Berlin und einer Kohlenzeche in Oberschlesien, war einer dieser ausersehenen Gesprächspartner in Deutschland. Er war gleichzeitig auch Teilhaber der in Palästina ansässigen Hanotaiah Ltd.-Gesellschaft ("Die Pflanzer"), deren Geschäftstätigkeiten im An- und Verkauf von Land, speziell Apfelsinenhainen, und deren technischer Ausrüstung bestand. Chaim Arlosoroff hatte sich in Palästina zur Verfügung gestellt. Beide fanden eine gewisse Unterstützung bei Arthur Ruppin, David Ben-Gurion, Judah Magnes und Chaim Weizmann, — international einflußreichen Männern der Zionistischen Organisation. Bereits im April 1933 versuchten sie eine Bank zu gründen, die lediglich für die Aufgaben der Emigration gedacht war.

Bei alledem ist zu beachten, daß die internationale Boykottbewegung auch in Palästina außerordentlich stark ausgeprägt war. Arlosoroff bezahlte seinen Einsatz für die Juden in Deutschland mit seinem Leben. Er wurde am 16.6.1933 nördlich Haifa ermordet. Die Jabotinsky-Revisionisten wurden für diesen Mord verantwortlich gemacht. Ben-Gurion hielt Jabotinsky persönlich für schuldig. (S. 158)

Bei der Auswanderung waren zwei wesentliche Schwierigkeiten zu überwinden:



Walter Laqueur

1921 in Breslau geboren, 1938 von Deutschland nach Palästina ausgewandert, widmete sich Walter Laqueur der historischen Forschung und politischen Schriftstellerei in Großbritannien, den USA und nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1965 ist Laqueur Herausgeber des *Journal of Contemporary History* und seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates des "Center for Strategic and International Studies" in Washington sowie Herausgeber der *Washington Papers* und des *Washington Quarterly*, die von diesem Institut veröffentlicht werden.

Besonders hervorgetreten ist er mit seinem Buch "Was niemand wissen wollte", das wir in *Historische Tatsachen* Nr. 15 "Kenntnismängel der Alliierten" eingehend besprochen haben. Auch Laqueur hat bestätigt: Die Alliierten hatten bis Kriegsende von einer millionenhaften Judenvernichtung keine Kenntnis.

1.)

Die britische Mandatsmacht in Palästina hatte nicht nur die Einwanderungsquoten außerordentlich begrenzt, sondern auch die Ansiedlung von einem 1.000 Pf.-Sterling-Vermögensnachweis pro Person abhängig gemacht.

2.)

Auf Grund der allgemein depressiven Wirtschaftslage, den Folgeerscheinungen von Reparationen und Überschuldung der öffentlichen Haushalte sowie den seit Anfang 1933 einsetzenden umfangreichen Boykottmaßnahmen war es der Reichsregierung nicht möglich, die Vermögenswerte der Juden in Devisen, also US-Dollar oder britische Pfunde zu konvertieren.

Als 3. Schwierigkeit kam freilich hinzu, daß die Juden in Deutschland — wie gesagt — kaum auswanderungswillig waren und die Zionisten als Führungsgruppe nicht anerkannten. Die Reichsregierung hingegen hatte nicht nur die Auswanderung befürwortet, **sondern den Zionisten auch einen "sichtbar geschützten politischen Status" verliehen.** (S. 174)

"Während des Jahres 1933 wurden rund 600 Zeitungen offiziell verboten. Andere wurden inoffiziell durch Straßen-Methoden zum Schweigen gebracht. Die Ausnahmen schlossen die *Jüdische Rundschau*, die Wochenzeitung des Zentralvereins für Deutschland, ein, sowie verschiedene andere jüdische Publikationen. Die deutsche zionistische Wochenzeitung hing an den Straßenecken aus und wurde von den Zeitungskiosken vertrieben.

Als Chaim Arlosoroff am 1. Juni die zionistischen Hauptquartiere in London aufsuchte, betonte er mit Nachdruck, daß 'die *Rundschau* gegenwärtig für die Zionisten von eminenter Bedeutung sei. Jeden Tag gibt es 50 bis 60 neue Abonennten.' Gegen Ende 1933 war die Auflagenhöhe der *Jüdische Rundschau* auf über 38.000 angestiegen – vier bis fünf mal höher als 1932. Obgleich viele einflußreiche arische Publikationsorgane ihren Seitenumfang einschränken mußten, war die *Jüdische Rundschau* davon nicht betroffen, bis ihr 1937 eine obligatorische Rationierung des Nachrichtendrucks auferlegt wurde.

Und während die deutschen Publikationen von Anbeginn an einer strengen Zensur unterworfen worden waren, wurden der *Jüdische Rundschau* verhältnismäßige Pressefreiheiten zugestanden. ... Die *Jüdische Rundschau* konnte frei den Zionismus als total unterschiedliche politische Philosophie predigen, – in der Tat die einzige andersartige politische Philosophie, die vom Dritten Reich genehmigt war.

Im Jahr 1933 wurde die hebräische Sprache in allen jüdischen Schulen (in Deutschland) ermutigt (encouraged). 1935 wurden Uniformen für zionistische Jugendgruppen erlaubt – die einzige in Deutschland erlaubte nicht-Nazi-Uniform. Als im Herbst 1935 die Nürnberger Gesetze die deutschen Juden ihrer Staatsbürgerschaft beraubten, wurde es für Juden illegal, die deutsche Flagge zu hissen. Dasselbe Gesetz regte jedoch an, daß die deutsche Judenheit die zionistische Flagge – den Stern Davids – hissen konnte." (S. 174 - 175)

Wir sahen uns der wichtigen historischen Sachverhalte wegen veranlaßt, dieses Zitat etwas ausführlicher wiederzugeben, obgleich uns bewußt ist, daß mit dieser Schilderung allein die Gesamtlage der Juden in Deutschland während jener Jahre nicht beschrieben sein kann. Aber es ist in heutiger Zeit einmal notwendig, auch auf die hier aus jüdischer Feder dargestellten Sachverhalte hinzuweisen, zumal sie seit Jahrzehnten von einer weltweit einheitlich ausgerichteten Medienpolitik nahzu völlig verschüttet sind.

Um trotz der Schwierigkeiten die Auswanderung nach Palästina zu verwirklichen, bedurfte es einer gründlichen, auch über die Grenzen hinweg vertrauensbegründeten Organisation. Die anfänglichen Besprechungen führten Georg Landauer, der Vorsitzende der Zionistischen Föderation in Deutschland, Sam Cohen und David Werner Senator von der Jewish Agency Executive auf der einen Seite. Die Gesprächspartner der Reichsregierung waren Hans Hartenstein, der Direktor der Währungskontrolle, sowie Sachverständige des Reichsaußenministeriums und der Reichsbank.

Eine größere deutsche Bank sollte Emigrantengelder auf Sperrkonten für deutsche Exporteure festlegen, während eine Bank in Palästina den Verkauf deutscher Waren nach Palästina regeln und auf diese Weise die Einwanderer dort mit den notwendigen Devisen versorgen sollte. Sam Cohen, Miteigentümer der großen Hanotaiah Ltd.-Gesellschaft und Initiator der Transfer-Bemühungen, geriet jedoch in langjähriges Kreuzfeuer seiner eigenen Leute und mußte zugestehen, daß ein solches Transfer-Abkommen allenfalls auf einer wesentlich höheren Ebene als auf jener einer privaten Gesellschaft, wenn auch mit eigener Bank in Palästina, abgeschlossen werden mußte — unter Einschluß der weltweit renommierten Anglo-Palestine Bank mit Hauptsitz in London. Es handelte sich hierbei um eine Filiale der Jewish Colonial Trust Company, die zu den hundert ersten in der Welt zählte und später als "Bank Leumi" die wichtigste Bank in Israel wurde. Mit Einschaltung dieses Konsortiums geriet damit das gesamte Transfer-Problem unter die Federführung der zentralen Zionistischen Organisation.

In einer Besprechung zu Berlin wurde am 7. August 1933 festgelegt:

1.)

In Berlin wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Zentralverbandes der deutschen Juden sowie der Anglo-Palestine-Trust-Company die "Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH", abgekürzt "Paltreu", gegründet.

2.)

In Tel Aviv wird eine entsprechende Treuhandstelle geschaffen, das Haavara Trust and Transfer Office Ltd. Alle Einlagen gehören zur Anglo-Palestine Bank.

3.)

Beide Banken führen zwei Grundsatz-Konten:

a) für die jeweiligen Emigranten,

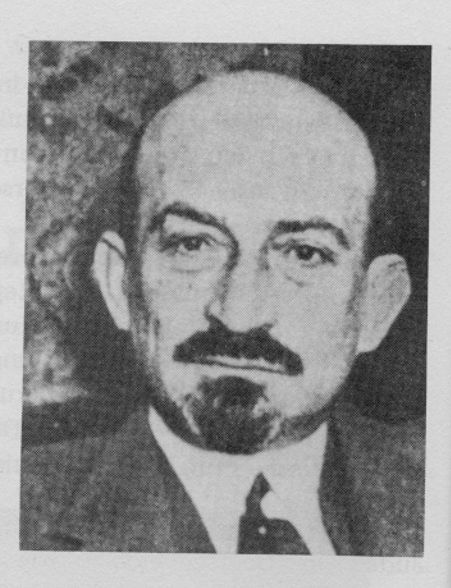
b) für Palästina-Investmittel.



Siegfried Moses, Präsident der Deutschen Zionistischen Föderation, half Sam Cohen, ein privates Abkommen mit dem Reich in die Wege zu leiten.



Georg Landauer, Direktor der Deutschen Zionistischen Föderation, war langjährig für ein Emigrationsabkommen zwischen dem Dritten Reich und der Zionistischen Organisation tätig.



Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, erster Präsident des neuen Staates Israel 1948.

4.)
In Berlin auf das "Paltreu"-Konto von Emigrationswilligen eingezahlte Gelder sollen durch Verkauf deutscher Waren in oder über Pälästina auf den Tel-Aviv-Konten mit den Lieferantenforderungen gegengerechnet und auf diese Weise "transferiert" werden.

Verschiedene ergänzende, einzelne Verfahrensregeln spezifizierende und bestätigende Briefe wurden unmittelbar im Anschluß an die Abmachungen vom 7.8.1933 zwischen E.S. Hoofien, dem Repräsentanten der Anglo-Palestine Bank in London, und H. Hartenstein, dem Beauftragten des Reichswirtschaftsministeriums für Auslandswährungskontrolle, ausgetauscht. Sie zusammen stellten das Transfer-Abkommen dar. (S. 250)

Für die Zionisten bedeutete dieses Abkommen den ersten Durchbruch zur Behebung 40-jähriger Engpässe, um ihr Ziel in Palästina zu realisieren. Stets hatten sie zu wenig Geld, zu wenig Land, zu wenig Menschen, die bereit waren, sich in Palästina anzusiedeln. Aber ein weiteres: Sie wurden daran interessiert, die deutsche Wirtschaft und Währung nicht noch mehr zu gefährden. Sie wußten im übrigen, daß Deutschland eine Ausweitung des Handels mit Palästina, insbesondere den Kauf von Zitrusfrüchten begrüßte, bislang jedoch nicht bezahlen konnte. Ein bilateraler Warenaustausch ohne Einschaltung von unzugänglichen Fremdwährungen wurde vereinbart, — unabhängig vom Transfer-Abkommen. Ein Dutzend weiterer größerer Handelsabkommen zwischen Palästina und dem Dritten Reich folgte. (S. 353)

Dem Umfang und der Bedeutung dieser Abmachungen entsprach es, daß sich der vom 21.8. - 4.9.1933 in Prag tagende 18. Zionisten-Kongreß mit dieser Angelegenheit befaßt und Chaim Weizmann, den späteren ersten Präsidenten des 1948 gegründeten Staates Israel, beauftragt hat, die Arbeiten, die mit der Ansiedlung deutscher Juden in Palästina anfallen werden, in enger Verbindung mit der Exekutive zu leiten. Mehr noch: "Das gesamte Tatsachenmaterial über die gegenwärtige Lage der Juden soll zwecks Aufstellung eines Planes für eine internationale Aktion zur Ansiedlung der Juden in Palästina in Anlehnung an frühere Repatriierungsaktionen dem Völkerbund unterbreitet werden." 26)

"Palästinas wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit verdreifachte sich, vervierfachte sich vielleicht, ungefähr innerhalb eines Jahres nach dem Transfer-Abkommen. Wirtschaftliche Chancen fanden ihr Äquivalent in einem dramatischen Anwachsen der zweimal jährlich bewilligten Einwanderungszertifikate für Arbeiter. Die meisten dieser Zertifikate wurden an von der Mapai ausgewählte junge Pioniere vergeben, die bereit waren, Plantagen anzulegen, Gräben zu graben und den Zement zu mischen. ... Die Spirale der wirtschaftlichen Expansion förderte das Hineinströmen weiterer arbeitswilliger Einwanderer von ein paar tausend jährlich vor dem Transfer-Abkommen zu mehr als 50.000 innerhalb der zwei Jahre, die diesem Abkommen folgten. ...

1935 wurde Palästinas Bedarf, deutsche Handelsgüter zu verkaufen, um jüdische Sperrkontengelder für Transfer-Maßnahmen freizusetzen, größer, als irgendjemand erwartet hatte. Der palästinensische Markt wurde schließlich saturiert. So gründete die Zionistische Organisation eine andere Transfer-Gesellschaft mit dem Namen "Near and Middle East Commercial Corporation", abgekürzt: "Nemico". Nemico baute ein regionales Verkaufsnetz in Irak, Ägypten, Syrien, Zypern und auch anderweitig auf, das hauptsächlich mit der Bank Zilkha von Beirut koordiniert wurde. So wurden die Märkte des Mittleren Ostens für eine weite Palette deutscher Schlüsselexporte, angefangen vom Volkswagen bis zu städtischen Brückenbauten eröffnet." (S. 373)

26) Keesing, "Archiv der Gegenwart", Wien, Jg. 1933, S. 1017 E

"Der größte Teil der palästinensischen Handelsbeziehungen mit Nazi-Deutschland blieb vor der jüdischen Welt ein Geheimnis, doch kamen einige Einzelheiten ans Licht. Die von den Engländern veröffentlichten Handelsstatistiken konnten das unvergleichliche Anwachsen der deutschen Exporte nach Palästina nicht verheimlichen.

Die Dritte World Jewish Conference verabschiedete 1934 in Genf eine Resolution, die den deutsch-palästinensischen Handel verurteilte und die Zionistische Organisation aufforderte, alle derartigen Kontakte abzubrechen. Der Druck innerhalb der zionistischen Welt, das Transfer-Abkommen und den gesamten Komplex hiermit verbundener Unternehmungen zu widerrufen, wurde im Sommer 1935 so intensiv, daß die Anglo-Palestine Bank bekanntgab, daß sie nicht länger willens sei, sich für die Zionistische Organisation zu exponieren." (S. 374)

Weitere Entwicklungen sind zu nennen:

1.)

Im Jahre 1937 verfügte die britische Mandatsmacht, um die arabische Opposition zu beruhigen, einen Einwanderungsstopp für jüdische Immigranten; dies wurde jedoch wieder etwas gelockert, sollte jedoch im Nov. 1938 endgültig verfügt werden.

2.)

Ein sogenanntes Stillhalte-Komitee, das mit verschiedenen Aspekten ausländischer Währungsfragen befaßt war, und eine Koordinierungsstelle zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und einem Konsortium verschiedener internationaler Banken vermittelten über sogenannte Unterstützungs-Mark, die weltweit angeboten wurde, die Möglichkeit, zusätzliche Vermögenswerte aus Deutschland nach Palästina zu überweisen.

"Auf diesem Wege wurden 71.000 Spenden aus allen Teilen der Welt erfaßt, mit denen fast 900.000 Dollar mit dem Erfolg nach Palästina transferiert wurden, daß dort jüdische Häuser gebaut werden konnten." (S. 377)

Auch wurden weitere Einwanderer damit ausgestattet.

Im Jahre 1939 haben wenigstens sechs europäische Länder das Transfer-Abkommen mit Palästina nachgeahmt. (S. 378)

"Zwischen 1933 und 1941 sind allein auf Grund des Transfer-Abkommens über 30 Millionen Dollar nach Palästina geflossen, wahrscheinlich weitere 70 Millionen Dollar durch zusätzliche Wirtschaftsvereinbarungen und spezielle internationale Banken-Transaktionen, und dies in einer Zeit, da der durchschnittliche palästinensische Jude einen Dollar pro Tag verdiente. Einige größere Industrieunternehmen wurden mit diesen Geldern gegründet, einschließlich Mekoroth, die nationalen Wasserwerke; Lodzia, eine führende Textilfirma; und Rassco, ein größeres Landentwicklungsunternehmen. Und große Mengen an Material wurden gelagert, einschließlich Kohle, Bewässerungsleitungen, Eisen- und Metallprodukte für Gesellschaften und Unternehmen, die noch im Aufbau begriffen waren.

Von 1933 bis 1941 wurden annähernd 100 Einwanderungssiedlungen entlang der strategischen Korridore in Westgaliläa, der Küstenebene und in der nördlichen Negevwüste geschaffen. Fast 60 dieser Siedlungen wurden zwischen 1936 und 1940 ins Leben gerufen. Die meisten waren nur möglich, weil Haavara- oder mit dem Transfer-Abkommen zusammenhängende Fonds den Zionistischen Agenturen zum Landkauf und zur Landentwicklung zugute kamen. ..." (S. 379)

Der Jüdische Weltkongreß nimmt in seiner amtlichen Ausgabe zu diesem Thema wie folgt Stellung:

"Die Nazi-Regierung war lediglich bereit zuzugestehen, daß die Auswanderung der deutschen Juden mit 25% der existierenden jüdischen Vermögenswerte, die in einer Treuhandstelle zusammengefaßt werden sollten, finanziert wird. Diese 25% sollten darüber hinaus aus deutschen Fabrikationsgütern wie z.B. landwirtschaftliche Maschinen, Baumaterialien und Ausrüstungen bestehen. Dieses Schema wurde von der jüdischen öffentlichen Meinung rund um die Welt unwillig zurückgewiesen als ein Versuch, die deutschen Juden zu erpressen und den deutschen Exporthandel zu fördern. So nahm das Verwaltungskomitee des Weltjudenkongresses, das im Jahre 1939 in Paris zusammentrat, eine Entschließung an, die erklärte,

'daß keine Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems für das jüdische Volk akzeptierbar sei, die das Nazi-Regime mit wirtschaftlichen Vorteilen als Ergebnis für eine gegen die Juden gerichtete Politik der Enteignung und Vertreibung ausstatte.' " [27)]

An anderer Stelle dieser amtlichen Ausgabe wird erwähnt, daß es der Mehrheit der deutschen Juden vor Kriegsausbruch gelang, Deutschland zu verlassen, wobei sich eine wesentliche Anzahl von ihnen in südamerikanischen Ländern niederließ. [28)]

Wir wollen uns weitere Kommentare hier ersparen. Doch nur so viel sei gesagt: Ein Staatsregime wie die Sowjetunion, das jeden Einwohner nicht nur total entrechtet, enteignet, geistig entmündigt und in ein ganze Völker umfassendes riesiges Konzentrationslager hineinterrorisiert hat, das bis zum Jahre 1941 unter Lenin und Stalin über 30 Millionen Menschen durch politischen Mord ausgelöscht hat (man erinnere sich der Anklagen Nikita Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956!), das seine Herrschaft auf ganz Europa auszuweiten proklamiert und begonnen hat, diesen Willen blutig durchzusetzen, — dieses Staatsregime hat seitens der in den dreißiger Jahren so nachhaltig gegen Deutschland Agierenden nicht nur keine abfälligen Kommentare erhalten, wurde keinem Boykott oder Bann unterzogen, mit keinem "heiligen Krieg" bedacht, sondern wurde sogar als Bundesgenosse zur blutigen Niederringung Deutschlands auserkoren! [29)]

Der homo sapiens hat im 20. Jahrhundert eine unwahrscheinliche Evolution hinter sich! Sollte man nicht endlich die Spruchbänder auswechseln und mit dem Psychologiestudium für Friedenspolitik beginnen?

---

27) World Jewish Congress aaO. S. 116.

28) World Jewish Congress aaO. S. 377.

29) Bezüglich der seinerzeitigen Verhältnisse sei verwiesen auf die "Memoiren" des sowjetischen Außenkommissars (-ministers) von 1930 - 1939, Maxim Litwinow alias Meer Moisejewitsch Wallach (*Der Spiegel*, 20.7.1955 S. 37), der selbst Jude war. Wir zitieren seine Darlegungen S. 24 f.

Litwinow



Maxim Maximowitsch Litwinow

"Litwinow war offenbar der geeignete Typ für die Vorbereitung einer amerikanisch-sowjetrussischen Koexistenz: Seine Laufbahn begann im internationalen Waffenschmuggel. 1908 wurde er in Paris bei dem Versuch, die von Stalin bei seinem bekannten Banküberfall in Tiflis erbeuteten 250.000 Rubel in Sicherheit zu bringen, verhaftet. Seither stand Litwinow auf der französischen Verbrecherkartei. 1919 wurde er nach einer Verhaftung auch aus England ausgewiesen. Noch 1924 hatte ihn die englische Regierung als Sowjetbotschafter abgelehnt.

Der viel-gewandte Komintern-Agent und spätere Außenminister hatte sich zu seinem ursprünglichen Namen Finkelstein die Tarnnamen Litwinow, Wallach, Meyer, Mitz, Pappascha, Graff, Poliansky zugelegt. Zehn Jahre später hielt er dann, als sowjetischer Außenminister mit Frack und Zylinder, seinen Einzug in den Genfer Klub. Er empfahl am 18. September 1934 den sowjetischen Polizeistaat als Vorbild für den Völkerbund." [30]

Der Kindler-Verlag, München, der die "Memoiren" von Maxim Litwinow herausgebracht hat, [31] weist zwar darauf hin, daß diese "Aufzeichnungen aus den geheimen Tagebüchern" erst nach dem Tod des sowjetischen Außenkommissars (von 1930 bis 1939) und Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU über verschiedene Mittelsleute der westlichen Welt zur Kenntnis gelangte und auf Grund der sowjetischen Herrschaftsordnung kein lebender Zeuge die Authentizität zu bestätigen wagte, — doch an den hier zitierten Darlegungen ist kein Zweifel angebracht.

Es handelt sich lediglich um Ausschnitte aus dem sowjetischen Alltag zu Stalins Zeiten, die das kommunistische Staatssystem auf Grund seiner leninistischen Terrorstruktur ermöglicht hat — was schon damals jeder Sachkenner wußte! —, und wie sie in unzähligen anderen Belegen historisch nachgewiesen sind.

Die "demokratischste Demokratie der friedliebenden Sowjetunion" für die Jahre 1936 bis 1938 charakterisiert der Vertreter dieses Staates auf internationaler Ebene, somit auch im Völkerbund beispielhaft wie folgt:

"Februar 1936 ....

Von allen Seiten schreckliche Nachrichten. Erschießungen in Massen. Verschiedene Gruppen im Ural. Man wütet vor allem in Leningrad. Dort herrscht ein schamloser Trunkenbold namens Sakowskij. Er erschießt die Menschen persönlich. Angeblich hat er gesagt: 'Der Chef des NKWD muß die Urteile selbst vollstrecken.' Er terrorisiert seine Untergebenen. Man behauptet, er stamme aus Odessa und sei ein früherer Sträfling aus dem Zuchthaus von Orel. Nach der Revolution sei es ihm gelungen, sich für einen politischen Häftling auszugeben und Karriere zu machen.

Begegnete einem Verwandten von Muralow. [32] Dieser befindet sich im politischen Isolierungslager von Irkutsk. Es scheint, daß er sich dem Studium der Meteorologie hingibt. Man treffe Vorbereitungen, ihn auf die Insel Bolschewik im Eismeer zu deportieren. Er habe gesagt, daß Jossif Wissarionowitsch (Stalin) diese Insel wegen ihres Namens gewählt habe. Auf die Weise werden alle Oppositionellen hundertprozentige Bolschewiken!..." (S. 199)

"April 1936 .....

Nach Moskau zurückgekehrt. Entmutigende Atmosphäre. Man spricht nur von Verhaftungen, Haussuchungen, Erschießungen. Man muß Nerven wie Stahl haben, um dabei nicht zu verzweifeln...." (S. 201)

"Februar 1937... Nach Moskau zurück. Völliger Terror, noch dazu am hellichten Tage. Jeshow und Sakowskij haben sich hinreißen lassen. Alle sind von Angst vor der Zukunft erfüllt. Man ist vor nichts mehr sicher.

Gewiß, Jossif Wissarionowitsch (Stalin) hält die Zügel der Regierung in Händen. Wenn aber Jeshow noch lange auf seinem Posten bleibt — wer weiß, wohin das Werk der Ausrottung noch führen wird.

Ich bin glücklich, durch Jossif Wissarionowitsch die Erlaubnis für die Rückkehr meiner Frau nach Moskau erlangt zu haben. [33]

Man spricht viel von der Hinrichtung Piakows, Sserebriakows und anderer. Radek und Sokolnikow sind zur allgemeinen Überraschung am Leben geblieben. Die Leute wissen nicht, warum. Für mich ist es klar, daß Jeschow noch andere Prozesse vorbereitet und daß sie als Entgelt für ihr Leben die Geheimnisse der Tätigkeit der Opposition enthüllen und andere Oppositionsführer kompromittieren sollen.

---

30) Heinrich Härtle, "Amerikas Krieg gegen Deutschland", Göttingen 1968, S. 134 - 135.

31) Maxim Litwinow, "Memoiren — Aufzeichnungen aus den geheimen Tagebüchern", München 1956

32) Einer der Urheber der bolschewistischen Revolution in Moskau.

33) Frau Litwinow war nach dem Prozeß gegen Sinowiew und Kamenew in den Ural verbannt worden.

Radek ist eine widerwärtige Kreatur. Auf ihn ist die Hinrichtung von Jasha Blumkin zurückzuführen, den er zu einer Verbindung mit Trotzkij gedrängt hat. Blumkin war ein typischer intellektueller Anarchist. Nachdem er Mirbach [34]) ermordet hatte, hielt er sich für eine historische Persönlichkeit. ..." (S. 213)

"Die Zeitungen sind angefüllt mit Bildern Jeshows. Man hat sogar einen Titel für ihn erfunden: 'Glorreicher Chef des sowjetischen Nachrichtendienstes.' Man singt sein Lob aus vollem Halse. Begreiflich: er hat alle Mitarbeiter der 'Prawda' und 'Iswestija', einschließlich Bucharins, verhaften lassen...." (S. 219)

"Juli 1937

Ich habe Sascha (Wallach) gesehen. Er erzählt schreckliche Geschichten. Jeshow ließ die Gefangenen in sein Büro führen. Er beleidigte und erniedrigte sie, spuckte ihnen ins Gesicht, schlug sie mit dem Griff seines Revolvers. Dann ließ er ihre Frauen kommen. Man zog sie aus. Man drohte, sie zu vergewaltigen. Die Tochter von ... wurde vergewaltigt – sie ist 18 Jahre alt. Er wollte nicht gestehen. Meshlauk spuckte Jeschow ins Gesicht. Er wurde auf der Stelle niedergeschossen... Ist es wirklich möglich, daß Jossif Wissarionowitsch (Stalin), Klim (Woroschilow), Molotow und die anderen nicht wissen, was da vor sich geht? Undenkbar! Die Stadt ist voll von Gerüchten. Wie kann man das dulden? Ich selbst hätte wahrscheinlich sonstwas unterschrieben, um meine Tochter zu retten. Jeshow ist ein Sadist und ein Verrückter. Er hat für diese 'Sonderaufgabe' einen teuflischen Rohling engagiert, einen bestialischen, blatternarbigen Syphilitiker. Dieser war es, der die Vergewaltigung vorgenommen hat! Sascha sagte mir, er habe einen Entschluß gefaßt. Von jetzt an trägt er Gift bei sich. Ich glaube, es ist das beste Mittel. Aber die Kinder! Jossif Wissarionowitsch hat auch welche. Er liebt sie. Wie kann er solche Greuel dulden?

Vera Moissejewna ist verhaftet worden. Den Ausländern muß gesagt werden, daß sie krank sei..." (S. 227)

"Die Zeitungen verbreiten sich über die Entdeckung von Terroristengruppen, Saboteuren, Spionen, Volksfeinden. Auf allen Seiten werden Erschießungen vorgenommen...

In Chaborowsk hat man alles, was zur Opposition gehörte, erschossen. Trotzkisten in Tschita, in Komssomolsk. Es ist furchtbar. Physische Vernichtung der Kader der Opposition und aller, die direkt oder indirekt mit ihr in Verbindung standen...." (S. 230)

"November 1937

Fürchterlich. Morgen ist der Prozeß. Die Blüte unseres Oberbefehls. Michail Tuchatschewskij. Der Stolz der Roten Armee! Der Ruhm ihrer Siege! Ein großartiger Organisator! Jakir, der Sieger über Petljura. Uborewitsch, der Held, der Denikin Odessa entriß. Eideman, der treueste Waffenfreund Frunses. Putna, der Held von Wilna. Kork... Feldman, Besieger der japanischen Militaristen. Unter den Richtern – künftige Verurteilte! Jegorow, Blücher. Ich versuche, zu begreifen und mir die geschichtliche Notwendigkeit dieses Hinmordens zu erklären. Es ist schwer. Eines Tages sagte Mechlis im Rausch, daß im Kriegsfall in der ersten Phase Mißerfolge unvermeidlich seien. Man müsse deshalb schon jetzt alle beseitigen, die versucht sein könnten, von diesen Rückschlägen zu profitieren, um einen Staatsstreich auszuführen. Aber es gibt auch noch Inseln in der Arktis... Warum also diese physische Beseitigung. Nach jedem Marschall wird man mehrere hundert Offiziere aus seiner Umgebung erschießen. Blut fordert Blut. Und wo ist die Grenze? Unsere militärische Schlagkraft könnte darunter leiden. Mechlis behauptet, daß 'die vollkommene politische Stabilisierung viel wichtiger ist, als die Frage des Oberbefehls. Generäle findet man immer'. Klim seinerseits hat gesagt, daß 'der russische Mensch den Krieg liebt und ihn zu führen versteht'. Das trifft wohl zu, aber welcher Anlaß lag vor, es zu sagen?

Die Blüte der Roten Armee ist nicht mehr!... Und schon hat Jeshow die Hälfte der Richter, die das Urteil über Michail und seine Leidensgenossen unterzeichnet haben, verhaftet. Die Hinrichtungen erfolgten im Hof des Gefängnisses von Lefortowo. Am frühen Morgen. Angebunden an Pfählen, wie Plünderer oder Deserteure. Jakir wurde verrückt. Er fluchte und schrie: 'Tod den Banditen von Petljura!' 1921 hatte er bei Novy Bazar 376 Gefangene der Abteilung Tiutiunik, des Komplicen von Petljura, erschossen. Mit Maschinengewehren.

Tuchatschewskij starb schweigend. Man hatte ihm mitgeteilt, daß es seiner Frau erlaubt worden sei, den Namen zu ändern. Persönliche Entscheidung des Gensek (Generalsekretärs = Stalin). Der letzte Wille..." (S. 246, 247)

"Schrecklicher Sommer 1938

Man hat mehrere hundert höhere Befehlshaber des Heeres und der Marine verhaftet. Die Erschießungen nehmen kein Ende. Wiktorow, Orlow, Koshjanow, Jegorow, Pawlow, Jermolajew. Die Marine ist ohne Führer, der Generalstab enthauptet..." (S. 248)

"1939

Alles ist zu Ende! Man hat mich wie einen Dienstboten, der seine Herrschaft bestohlen hat, weggejagt. Man hat mir nicht einmal meine acht Tage gegeben. Am 1. Mai war ich auf dem Roten Platz; der Gensek (Generalsekretär Stalin) lachte mich an. Man muß sich darauf einrichten. Die Kinder sind um mich besorgt. Sie haben Angst....

Übergabe der Geschäfte. Molotow ist ausersehen worden. Man hat mich rücksichtslos weggejagt. Ohne mir Zeit zu lassen, von meinen Mitarbeitern Abschied zu nehmen. 'Wie einen Dieb in der Nacht..'..." (S. 265)

"5. Mai. Traurigkeit. Mein ganzes Leben stürzt zusammen. Die Geschichte wird eines Tages ihr Urteil fällen. Über die ganze Welt...." (S. 266)

1941

"Welch bemerkenswerter Tagesbefehl Stalins an die Armee! 'Der Soldat darf nicht sterben, ohne mindestens einen deutschen Leichnam neben sich zu haben. Macht sie nieder mit dem Maschinengewehr, dem Gewehr, dem Bajonett. Wenn ihr verwundet seid, packt sie mit den Zähnen bei der Gurgel, erstickt sie wie ein wildes Tier!'

Trotz des Krieges geht der Antisemitismus bei uns weiter. Im Verlauf einer Unterhaltung zwischen Malenkow, Shdanow und Molotow über meine Ernennung hat Malenkow erklärt, daß man mich nicht lange in Washington lassen werde. Stscherbakow habe erklärt: 'Seine Aufgabe besteht darin, einige Reden auf Jiddisch zu halten und für uns alles das zu erhalten, was wir brauchen. Wenn er das getan hat, wird man ihn absägen. Litwinow ist nicht sicher. ...' Diese Naseweise! Sie vergessen alles, was ich für die Partei getan habe! Ich habe mein Leben eingesetzt, nicht einmal, hundertmal! ..." (S. 274)

"Man habe über das Duo Stalin - Mao gesprochen, mit dem Ziel, einen neuen großen Angriff gegen den kapitalistischen Block zu führen.

Gefährliche Spekulation! Wir betreiben selbst mit Eifer, daß ein mächtiger und gefährlicher Konkurrent, China, in Erscheinung tritt, und man rückt den Zeitpunkt für einen neuen Konflikt zur Teilung der Rohstoffe und Märkte näher. Der jüngste Marxist weiß, daß dies zu einem neuen Kriege führen muß. ....

Die Ärzte sind wegen eines gewissen Eingriffs pessimistisch. Um so besser. Ich habe keine Neigung, noch einen dritten Weltkrieg zu erleben. ..." (S. 278)

34) Graf Mirbach, der Botschafter des deutschen Kaiserreiches bei den Sowjets, wurde im Juli 1918 durch Jascha Blumkin ermordet.

27. Februar 1933

Der Reichstag brennt

Fanal für einen kommunistischen Umsturz in Deutschland? – Auf Grund bei der KPD vorgefundener Dokumente glaubte man es damals jedenfalls.





Willi Münzenberg, u.a. Deutscher, Franzose, Kommunist, im Lexikon des Judentums als Politiker und Verlagskonzernherr verzeichnet, nach 1919 wegen umstürzlerischer Umtriebe aus der Schweiz ausgewiesen, Begründer des Kommunistischen Jugendverbandes, baute während der Weimarer Zeit seinen "Münzenberg-Konzern" mit zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen, Filmunternehmungen und Buchgemeinschaften auf, u.a. mit *Welt am Abend, Berlin am Morgen, Arbeiter-Illustrierte*. 1933 in Paris ansässig, wurde er unter der Tarnbezeichnung "Internationales Hilfskomitee für die Opfer des Faschismus" Agitprop.-Chef der Komintern.

Zum Reichstagsbrand gab er ein auf "die Schuld der Nationalsozialisten" abgestelltes, hemmungslos verfälschendes "Braunbuch" heraus, organisierte den "Reichstags-Gegenprozeß gegen Hermann Göring", setzte eine Serie solcherart "Braunbücher" und eine Flut von ähnlichen Broschüren und Emigrantenzeitungen in die Welt.

Zumindest durch das Buch von Fritz Tobias "Der Reichstagsbrand – Legende und Wirklichkeit", Rastatt/Baden 1962 ist die hemmungslose Verlogenheit seines Tuns bloßgelegt worden.

Rk. 12380 Wienst.
Reichsbund
Jüdischer Frontsoldaten E. V.
Der Bundesvorsitzende

Berlin W 15, 19. Oktober 1933
Kurfürstendamm 200
Fernspr. J.: Bismarck .....

Vorgänge liegen Rk 6656 bei

An den
Staatssekretär der Reichskanzlei
Herrn Dr. *Lammers*
Hochwohlgeboren
Berlin

Hochverehrter Herr Staatssekretär!

Ew. Hochwohlgeboren erlaubte ich mir auf Grund der Rücksprache vom 28. April Rk 5145/33, in einem an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreiben vom 6. Mai 1933, Rk 5419/33 Wünsche und Gedanken zur Einordnung der deutschen Juden in den deutschen Staat darzulegen. Ich habe darin den ehrlichen Willen unseres Bundes, dem deutschen Volk und deutschen Staat zu dienen, zum Ausdruck gebracht und einen dahin führenden Weg zu beschreiben versucht. Angesichts der außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches, die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und durch die Rückberufung der deutschen Delegierten von der Abrüstungskonferenz hervorgerufen wurde, sehe ich mich veranlaßt, der Reichsregierung die freudige Zustimmung unseres Bundes zu dem energischen Schritt, der endlich für die deutsche Gleichberechtigung neue Möglichkeiten öffnet, zu erklären, wie ich damals erklärte, daß unser Bund der Reichsregierung seine Kräfte zur Verfügung stellt, so wollen sich auch heute die Mitglieder unseres Bundes der Reichsregierung zur Verfügung stellen. Sie wollen heute wie vor 19 Jahren ihre ganze Person für das Vaterland einsetzen, wenn die Stunde es fordert.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, den Herrn Reichskanzler von unserem Treuebekenntnis und von unserer Einsatzbereitschaft Mitteilung machen zu wollen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung empfehle ich mich als

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener
Dr. *Löwenstein*
Hauptm. d. R. a. D.
Bundesvorsitzender

Dokument E 612030, E 612031

Einheit in der Diaspora

Die Untersuchung der historisch außerordentlich bedeutsamen Dokumentation des Jüdischen Weltkongresses "Unity in dispersion — a history of the world jewish congress", herausgegeben in New York 1948, bleibt weitgehend ohne Stellungnahme des Verfassers, um den Dokumentationscharakter dieser Veröffentlichung zu unterstreichen. Seiner eigenen Aufgabenstellung gemäß hat der World Jewish Congress (WJC) seit August 1936 als ständig präsente Weltorganisation nicht nur auf die europäische, sondern sogar auf die Weltpolitik, d.h. auf das Geschick der Menschheit Einfluß zu nehmen versucht und Einfluß genommen, — ungeachtet der Tatsache, daß er keinen Nationalstaat im Sinne des Völkerrechts repräsentiert.

Eine sachliche Geschichtsschreibung kommt somit nicht umhin, diese Einflußnahme und ihre Auswirkungen zur Kenntnis zu nehmen.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Anfänge einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im 17. Jahrhundert beginnt die vorliegende Dokumentation praktisch mit dem Ersten Zionisten-Kongreß von Basel im Jahre 1897, bei dem zwei Aufgabenstellungen sichtbar wurden:

1.) Errichtung eines Staates der Juden in Palästina und

2.) Gemeinsame Anstrengungen für das Wohlergehen der Juden in der Diaspora, d.h. in den verschiedenen gegenwärtigen Heimatländern.

Auf der 1922 in Karlsbad stattfindenden zionistischen Konferenz schälte sich die Erkenntnis heraus, neben der zionistischen Organisation, die immer mehr mit den Palästina-bezogenen Aufgaben befaßt wurde, eine jüdische Weltorganisation zu schaffen, die sich der weltpolitischen Gegenwartsarbeit widmen sollte. 1932 berief man zwar die erste vorbereitende Konferenz des WJC nach Genf ein, doch waren wesentliche Voraussetzungen hierfür bereits während des Ersten Weltkrieges in den Anstrengungen und der Vereinigung der Juden vornehmlich in den USA erfüllt worden. Diese hatten bereits 1919 in Versailles die Führung in der Vertretung weltweiter jüdischer Anliegen übernommen.

"Die Juden hatten einen aktiven Anteil bei der Schaffung vieler dieser neuen Nationen, aber sie waren ebenso damit befaßt, die Anerkennung als eine nationale Minderheit zu sichern." (S. 23 - 24)

"Zur Zeit der Friedenskonferenz, die sich zu Beginn des Jahres 1919 in Paris versammelte, fand eine große Zahl jüdischer Delegierter von vielen Ländern ihren Weg in die französische Hauptstadt. Es wurde den verantwortlichen jüdischen Staatsmännern klar, daß ihre erste Aufgabe darin bestand, die Aktivitäten dieser Delegationen zu koordinieren.

Am 25. März 1919 wurde das Komitee der Jüdischen Delegationen bei der Friedenskonferenz begründet, das sich aus Delegierten aus Palästina, den USA, Kanada, Rußland, der Ukraine, Polen, Ostgalizien, Rumänien, Transylvanien, Bukowina, Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien und Griechenland zusammensetzte und im Namen demokratisch gewählter jüdischer Kongresse, Ratsversammlungen oder jüdischer Gemeinschaftsverbände sprach. Zusätzlich waren die Zionistische Weltorganisation und die B'nai B'rith (Loge) im Komitee vertreten. Das Komitee der jüdischen Delegierten beanspruchte somit zu recht, der Sprecher von über 10 Millionen Juden zu sein. ...

Das Werk des Komitees der jüdischen Delegierten war zu einem wesentlichen Maße von Erfolg gekrönt." (S. 25 - 26)

Diese Maßnahmen betrafen

a) den Schutz von Minderheitenrechten und

b) Einflußnahme auf das internationale Recht dahingehend, staatliche Souveränitätsrechte einzuschränken. Dies bezieht sich offensichtlich vorwiegend auf Deutschland, wenn es in der Dokumentation auch nicht ausdrücklich genannt ist, denn nur in bezug auf dieses Land konnte man ein solches Bemühen als "von Erfolg gekrönt" definieren. Die z.B. Polen auferlegten Minderheitenschutzbestimmungen, an die es sich ohnehin kaum gehalten hat, hat Polen niemals als eine Einschränkung seiner Souveränität betrachtet, wie es die Politik Warschaus von 1919 - 1939 unter Beweis stellte. Gleiches galt für die Tschechoslowakei und Litauen (hier in bezug auf das deutsche Memelgebiet).

Gegen Ende der "Friedenskonferenz" löste sich das Komitee nicht auf, sondern beschloß, seine Arbeit als ständiges Gremium unter der Führerschaft von Dr. Leo Motzkin fortzusetzen. (S. 27) So wurden wichtige Einflüsse in der Interparlamentarischen Union, den Internationalen Minderheitenkongressen und in den Gremien des Völkerbundes ausgeübt. (S. 28)

Im Jahre 1932 berief Dr. Nahum Goldmann im Auftrag des American Jewish Congress die erste vorbereitende World Jewish Conference nach Genf ein. Sie tagte vom 14. bis 17. August. Neben dem Zentralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens verweigerten auch einige andere Organisationen ihre Teilnahme.

Dr. Nahum Goldmann definierte als Zweck des WJC:

"Es soll eine ständige Adresse des Jüdischen Volkes geschaffen werden. Inmitten des zerstückelten und atomisierten jüdischen Lebens und jüdischer Gemeinschaft muß eine reale, legitimierte, kollektive Repräsentation der Judenheit begründet werden, die bevollmächtigt ist, im Namen der 16 Millionen Juden sowohl die Nationen und Regierungen der Welt als auch die Juden selbst anzusprechen." (S. 33)

Die Konferenz wählte ein Exekutiv-Komitee, in dem Dr. Stefen Wise und Dr. Nahum Goldmann führende Positionen erhielten. 1933 (vom 5. - 8. Sept.) und 1934 (vom 20. - 23. Aug.) fand die zweite und dritte vorbereitende Konferenz statt. Inzwischen war die Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland tragendes Thema geworden. Kompromißlosigkeit, Boykottaufrufe, verweigerte Koexistenzbereitschaft wurden aus Behauptungen gefolgert wie z.B.: "Das Weltjudentum, nicht die deutschen Juden, ist dem Angriff ausgesetzt (is under attack)", und daher handele es sich um "einen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit für alle Rassen, Religionen und Völker". (S. 38) — Dr. Nahum Goldmann wurde zum Präsidenten des Exekutiv-Komitees gewählt.

Auf der Versammlung vom 8. - 15. August 1936 in Genf wurde der WJC begründet. Von Deutschland und der UdSSR waren keine Vertreter erschienen, hingegen 180 Delegierte aus 32 Ländern. Dr. Nahum Goldmann trug eine Analyse der Weltsituation vor und folgerte daraus, das Konzept von der Souveränität der Staaten für überlebt anzusehen, hingegen die Völkerbundsidee zu verstärken, um die Interessen der Schwachen (Minderheiten) in der Welt zu gewährleisten.

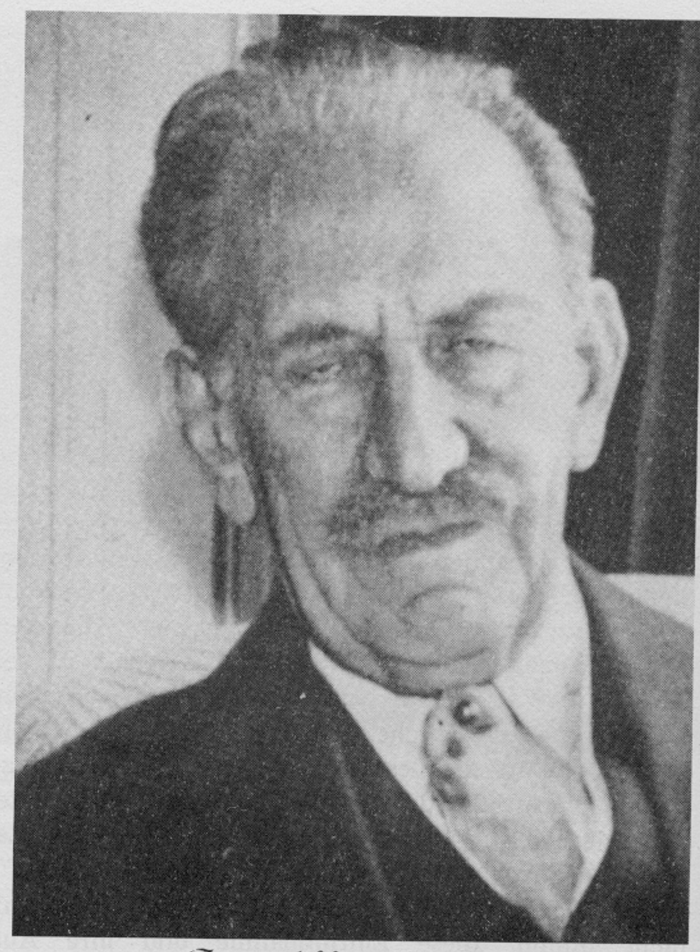
"Millionen Juden in Osteuropa sind wirtschaftlich ausgebeutet, politisch der bürgerlichen Freiheiten beraubt und physisch im Namen der Oberhoheit des Staates und der dominierenden Nation terrorisiert. ... (S. 49)

Wo die Gleichheit der Rechte einer jüdischen Gemeinschaft in Frage gestellt ist, sind wir nicht weiter mit einer regionalen Jüdischen Frage befaßt, sondern mit der Jüdischen Frage schlechthin, mit einem gemeinsamen, weltweiten jüdischen Interesse. Die Preisgabe der Gleichheit von Juden in den Rechten irgendeines Landes würde die Preisgabe ihrer Rechtsgleichheit in der Welt allgemein bedeuten." (S. 50 - 51)

Dr. Goldmann verband abschließend das jüdische Schicksal mit der Menschheit schlechthin, die

"in ihrem eigenen Interesse gegen diese Weltgefahr kämpfen müsse — in Abwehr des Angriffs, der durch Deutschland begonnen wurde." (S. 51)

Es wurde hervorgehoben, daß "der Kampf gegen den Hitlerismus eine der wichtigsten Aufgaben" sei, "Antisemitismus als internationales Verbrechen gebrandmarkt werden müsse", daß "Propaganda gegenwärtig eines der Hauptinstrumente der Außenpolitik" sei und Boykott sowie ein vertraulicher internationaler Nachrichtendienst



Samuel Untermeyer

als politische Waffen notwendig seien. (S. 56 - 57) — Dr. Stefen Wise wurde Präsident des Exekutiv-Komitees und Dr. Nahum Goldmann des Verwaltungs-Komitees. Die Gründung des Weltkongresses beendete die Ära jüdischer Zersplitterung und unkoordinierter Aktionen. (S. 73)

Mit Kriegsbeginn wurden die Hauptquartiere des WJC nach Paris verlegt, im Juli 1940 nach New York. In Genf blieb das Büro unter Leitung von Dr. Gerhart Riegner und Dr. Abraham Silberschein bestehen; es unterhielt Kontakte zu den von Deutschland besetzten Ländern und zum Internationalen Roten Kreuz.

Die erste inter-amerikanische Konferenz trat am Vorabend des Eintritts der USA in den Krieg in Baltimore / Maryland (Nov. 1940) zusammen und befaßte sich mit Plänen zur Wiedereingliederung "of large Jewish masses" in Europa. (S. 127)

Im Jahre 1942 wurden 18 Repräsentativ-Komitees zur Vertretung der jüdischen Gemeinschaften in den einzelnen von Deutschland besetzten Ländern geschaffen, die zusammengefaßt den Beratungsstab für Europäische Jüdische Angelegenheiten bildeten. Diese Zusammenlegung fand am 6. - 7. Juni 1942 im Hotel Commodore in New York bei Anwesenheit von 300 Delegierten statt. In dieser mit dem WJC koordinierten Versammlung wurde erstmals die Forderung aufgestellt, daß keine Friedensverhandlungen mit Deutschland ohne Beteiligung von Repräsentanten des WJC durchgeführt

werden sollten. (S. 131)

Ausgehend von Vorbereitungen, die in den April 1939 zurückreichen, wurde am 1.2.1941 das "Institute of Jewish Affairs" in New York unter Leitung von Dr. Jacob Robinson ins Leben gerufen, das, gut ausgestattet mit einem Stab von Wissenschaftlern, die Aufgabe erhielt, sowohl Informationen aus allen Teilen der Welt über das Befinden der jüdischen Gemeinschaften zu sammeln und auszuwerten, als auch das jüdische Friedensprogramm auszuarbeiten. Dieses sollte bei Beendigung der Feindseligkeiten den Friedenskonferenzen vorgelegt werden. (S. 134 - 136) Das Institut wertete die Zeit von 1919 bis 1939 nicht als "Frieden", sondern als "Waffenstillstand", allenfalls als "Nachkriegssituation". (S. 136 - 137) Bereits 1942 war die "Bestrafung von Kriegsverbrechen" zu einer zentralen Frage geworden, wobei die Notwendigkeit begründet wurde, eine Basis zu strukturieren, mit der rückwirkend ab 1933 verurteilt werden könne.

Das Institut unterhielt enge Beziehungen zum Büro in Genf und zur Britischen Sektion des WJC in London, und zwar auch nachdem die Britische Sektion ihren eigenen Forschungsstab mit über 30 Experten aufgebaut hatte. Das Institut stellte beachtliches Archivmaterial zusammen, bestehend aus Sammlungen von tausenden von Dokumenten, Presseberichten und anderem Material und gliederte es nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten. In den Archiven des Instituts befinden sich hunderte Papiere, Projekte und Entwürfe bis hin zum Druck vorbereiteter Manuskripte. Ein Teil von ihnen ist vertraulichen Inhalts und wird wahrscheinlich niemals veröffentlicht werden. (S. 139)

Einige wesentliche Veröffentlichungen sind zu nennen:

Zorach Warhaftig, "Starvation over Europe" (1943),
ohne Autorennamen "Jews in Nazi Europe" (1941)
"Where shall They go? "

"Hitler's Ten Year War on the Jews" (1943) — Dieses Buch machte auf die Alliierten Regierungen einen nachhaltigen Eindruck und diente dem Nürnberger Militärtribunal als Basis-Textbuch.

Jacob Lestschinsky, "Balance Sheet of Extermination",

Jacob Robinson, "Unfinished Victory" (1946),
Zorach Warhaftig, "Uprooted" (1946).

Das wichtigste der den amerikanischen Behörden zugeleiteten Papiere war "Die Verschwörung gegen das Jüdische Volk", dessen drei Hauptgliederungspunkte lauteten:

I. Der von vornherein konzipierte Plan, das jüdische Volk auszurotten

II. Die einzelnen Etappen des Verbrechens gegen das jüdische Volk

III. Die Verantwortung von Einzelpersonen und Organisationen.

Vom 26. 30. November 1944 fand in Atlantic City die "War Emergency Conference" des WJC mit 269 Delegierten aus 40 Ländern statt, für die das Institute of Jewish Affairs wesentliches Beratungsmaterial zusammengestellt hatte. Vordringliche Themen waren:

1.)

Die jüdische Wanderungsbewegung auf dem europäischen Kontinent, die infolge des Krieges erwartet wurde. So standen die Auswanderung aus Europa und die Einwanderung in andere Teile der Welt, einschließlich einer Massenansiedlung in Palästina zur Erörterung; gleichermaßen auch die Probleme der nicht repatriierbaren Juden. (S. 146)

2.)

Der Anspruch, Eigentum von Juden, das ohne Erben verblieben ist, nicht dem jeweiligen Staat — wie normalerweise üblich — verfallen zu lassen, sondern der jüdischen Repräsentativ-Organisation.

3.)

Wiedergutmachung und Reparationen [35] sowie Beteiligung jüdischer Repräsentanten bei den großen internationalen Gremien.

4.)

Jüdische Forderungen für die zukünftigen Friedensregelungen und Beteiligung an ihnen.

"Im Dezember 1944 begab sich Dr. Kubowitzki (Vorsitzender des Department on European Jewish Affairs) in einer Mission zum europäischen Kontinent und war der erste jüdische Abgesandte aus Übersee, der sich seit Ausbruch der Feindseligkeiten nach Belgien und der Schweiz und als einer der ersten nach Frankreich begeben hat. Ein unmittelbarer Kontakt zwischen der Britischen Sektion und dem Kontinent wurde im November 1944 aufgenommen." (S. 132)

Für die alliierte Konferenz in San Franzisco im April 1945, auf der die Satzung der "Vereinten Nationen" (UNO) verabschiedet wurde, hatte der WJC den Vertretern der verschiedenen Regierungen vorbereitete Vorschläge eingereicht bis hin zur endgültigen Formulierung der Charta selbst. (S. 147)

Ein beachtliches Kapitel in der Dokumentation "Unity in dispersion" ist jenes, das sich mit den Rettungsversuchen ("Rescue Attempts") befaßt.

"Von 1939 bis zum 25. Juni 1942 waren die Juden die vergessenen Leute in der demokratischen Welt." (S. 160)

Es gab so gut wie keine Informationen über das Schicksal des osteuropäischen Judentums. Ein erster Versuch, dieses Schweigen zu durchbrechen, wurde

35) Nana Sagi, "Wiedergutmachung für Israel", Stuttgart 1981, S. 27
Professorin Frau Nana Sagi bestätigt in dieser offiziellen Untersuchung, daß die in Atlantic City gefaßte Resolution in bezug auf Reparationen den Regierungen der Alliierten am 27.10.1944 mit folgendem Text vorgelegt worden war:
"Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, daß die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören."

während der St. James Konferenz im Januar 1942 in London gemacht, als 8 Exilregierungen und das National-Komitee des "Freien Frankreich" "zur Beratung über deutsche Kriegsverbrechen" zusammentraten.

"Am 13. Januar 1942 gab die Konferenz eine Erklärung heraus, die die Herrschaft des Terrors, wie sie von Deutschland in den besetzten Ländern errichtet worden war, sowie die Massenvertreibungen, die Erschießung von Geiseln und die Massaker anprangerte.

Keine Anmerkung verwies auf die Verbrechen an den Juden. ...

Am 18. Februar machte der WJC bei der Konferenz eine formelle Eingabe über diesen Sachverhalt und erbat eine spezifische Stellungnahme hinsichtlich der 'vielen und speziellen Verbrechen gegen die Juden'. Es dauerte fast drei Monate, ehe General Wladyslaw Sikorski, der Präsident der Konferenz, schließlich antwortete, daß ein spezifischer Hinweis auf die Leiden der Juden 'gleichbedeutend sei mit einer unausgesprochenen Anerkennung der rassischen Theorien, die wir alle ablehnen'." (S. 161, 261, 262)

Daraufhin organisierte die Britische Sektion des WJC am 29. Juni 1942 eine eigene "Konferenz der Presse der freien Welt" und gab dort "die Fakten der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums" bekannt. Um welche "Fakten" es sich hierbei handelte, wurde in der Dokumentation des WJC nicht erwähnt. So bleibt man auf allgemeingehaltene Pressebehauptungen ohne wissenschaftliche Nachprüfungsmöglichkeit und ohne Dokumentationswert beschränkt. - Jedenfalls die Reaktion folgte auf dem Fuße. Auch der britische Rundfunk BBC übertrug die Verlautbarungen erstmals.

Noch im Jahre 1942 und auch in den nachfolgenden Jahren wurden in den USA verschiedene Massenversammlungen veranstaltet, die sich neben der Anprangerung von Kriegsverbrechen mit der Rettung der Juden in Europa befaßten.

In einer dieser Versammlungen — dem Treffen im Madison Square Garden, New York, am 21. Juli 1942 – sandte der britische Premier Winston Churchill folgende Botschaft:

"Die Juden waren Hitlers erste Opfer und seitdem standen sie stets in der vordersten Front des Widerstandes gegen die Nazi-Aggression."

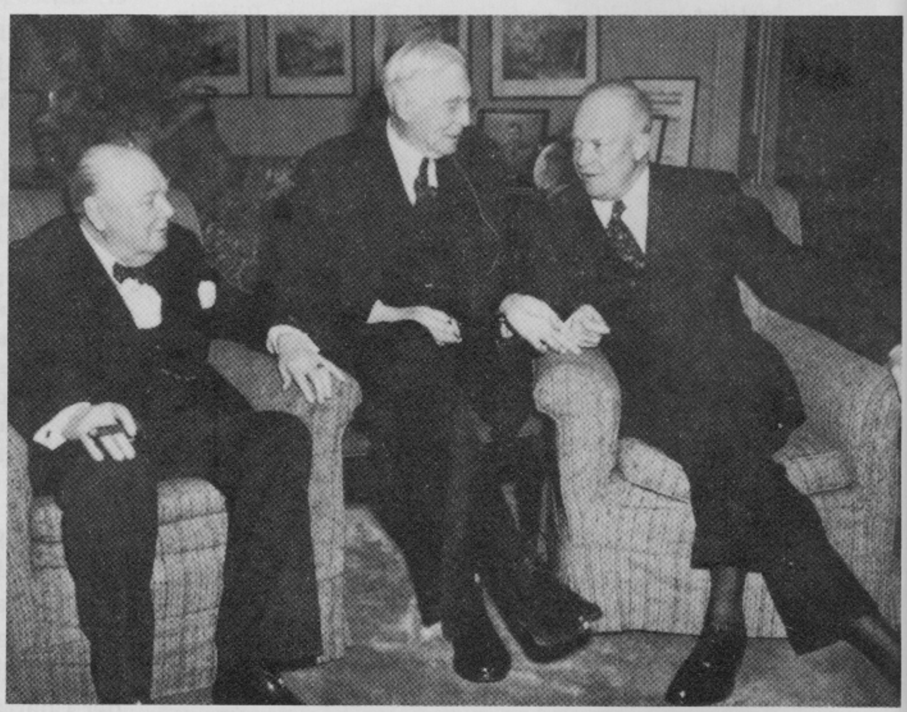
Der WJC kommentierte diese Botschaft mit den Worten:

"Dieser Satz charakterisiert die Juden richtig als ein Volk der Vereinten Nationen, ganz gleich, welcher Nationalität sie auch immer angehören." (S. 240)

Auf dem Jüdischen Weltkongreß in New York hatte der damalige Präsident dieses Kongresses, Dr. Chaim Weizmann, am 3.12.1942 ausgeführt:

"Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird. ... Stärker als alle Fronten zusammen ist unsere Front, die Front des Judentums. Wir geben diesem Krieg nicht nur unsere finanzielle Unterstützung, auf der die gesamte Kriegsproduktion basiert, wir stellen diesem Krieg nicht nur unsere volle propagandistische Macht zur Verfügung, die die moralische Triebkraft zur Aufrechterhaltung dieses Krieges ist. Die Sicherung des Sieges baut sich hauptsächlich auf der Schwächung der gegnerischen Kräfte, auf der Zerschlagung in ihrem eigenen Lande, im Innern des Widerstandes auf. Und wir sind das trojanische Pferd in der Festung des Feindes. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes. Dort ist unsere Front eine Tatsache und die wertvollste Hilfe für den Sieg." 36)

Weder hat der WJC in seiner amtlichen Dokumentation Einzelheiten über Reden oder Entschließungen jener Tagung vom Dezember 1942 erwähnt, noch überhaupt das Treffen als solches. Da aber sowohl der Tatbestand dieser Zusammenkunft aus der Presse nachweisbar ist als auch die vorgenannte Aussage von Chaim Weizmann vom Inhalt her Bestätigungen durch die vielfältigsten Faktenzusammenhänge erfährt, liegt hier ein deutliches Beispiel dafür vor, daß in der Tat jene Dokumentation nicht alles enthält, was für eine historische Forschung und sachgerechte Beurteilung notwendig wäre. Es bleibt halt eine Dokumentation in eigener



Winston S. Churchill mit seinem Freunde Bernard Baruch. Rechts: Der spätere U.S.-Präsident Dwight Eisenhower

36) Archiv Peter, Coburg. — Deutsche Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1967, Nr. 3, S. 12; Kapitel: "Die Teilnahme der Juden am Zweiten Weltkrieg und ihre Mitverantwortung an der Endlösung der Judenfrage".

Sache, die durch zahlreiche andere Dokumente — z.B. auch durch die Diplomatic Papers der amerikanischen Regierung — zu ergänzen wären.

Selbst dies freilich würde nicht ausreichen. Dr. Nahum Goldmann verweist auf weitere Zusammenhänge:

"... Diese Schwäche des Präsidenten führt dazu, daß das Weiße Haus häufig in seinen Berichten an den Senat und den Kongreß nicht alle Tatsachen berichtet und in der Darstellung der Lage nicht immer wahrheitsgetreu und absolut korrekt ist. ...

Es gab, während ich in Amerika lebte und auch noch später, jüdische Persönlichkeiten — meist reiche Spender für die Parteien —, die ohne weiteres Zugang zum Präsidenten hatten und über den Kopf des Außenministers, des Vertreters bei den UN und anderer offizieller Figuren, sich an den Präsidenten wenden und oft durch ein Telefongespräch die ganze politische Linie ändern konnten. ...

Stephen Wise ..... hatte eine einzigartige Stellung, nicht nur im amerikanischen Judentum, sondern in Amerika allgemein. ... Er war ein intimer Freund von Wilson ...; er war ein intimer Freund von Roosevelt und hatte permanenten Zugang zu ihm, was sich natürlich auf die Beziehung zu anderen Mitgliedern der amerikanischen Regierung auswirkte. ...

Gleich darauf hielt das Auto des Präsidenten vor der Veranda, und bevor wir noch etwas zum Gruße sagen konnten, bemerkte Roosevelt:

'Wie interessant! Sam Rosenman, Stephen Wise und Nahum Goldmann sitzen und beraten, welche Order sie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten geben sollen. Stellen Sie sich vor, welche Summen die Nazis zahlen würden, um ein Foto dieser Szene zu haben.'

Wir begannen zu stottern, daß wir eine dringende Meldung aus Europa zu besprechen hätten, die Rosenman ihm am Montag vorlegen würde. Roosevelt winkte ab:

'Es ist völlig in Ordnung. Montag werde ich von Sam hören, was ich zu tun habe', und er fuhr weiter." 37)

Dies sei lediglich als Beispiel dafür verstanden, was nicht in amtlichen Dokumentationen steht, jedoch von weltgeschichtlicher Bedeutung sein kann.

So ist es auch nicht unwichtig zu wissen, daß der 1933 zum "heiligen Krieg" gegen Deutschland aufrufende Samuel Untermayer

"Roosevelt immerhin so nahe stand, daß sein Neffe Laurence Steinhardt im Herbst 1938 als Nachfolger des Präsidenten-Freundes Joseph Davies neuer US-Botschafter in Moskau wurde. Nach den Usancen der amerikanischen Politik werden mit so wichtigen Posten in der Regel nur die engsten Freunde des Präsidenten beehrt." 38)

Gleichermaßen politisch bedeutsam, jedoch in den Diplomatic Papers nicht erwähnt, dürfte die Konstituierung des "Anti-Nazi-Weltrats zum Kampf für die Menschenrechte" sein. Dieser wurde von Samuel Untermayer 1936 gemeinsam mit dem britischen Gewerkschaftsführer und Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sir Walter Critine, als ein grenzüberschreitendes zentrales Instrument zur "psychologischen Kriegführung" gegründet und — verborgen vor der Öffentlichkeit — vom Jewish Defence Funds finanziert. Winston Churchill wurde einer seiner Aktivisten. Und die Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt — bereits Jahre vor dem eigentlichen Kriegsbeginn! — von einer Seeblockade und "Quarantäne" gegen "die Diktatoren" (allerdings nur gemünzt auf Deutschland und Japan) in Zusammenarbeit mit England, das um dieser Aktionen willen unter Druck gesetzt werden müsse, offenbart die weltpolitischen Dimensionen eines solchen Engagements nicht gewählter "pressure groups". Auch das Schlagwort von der "verweigerten Koexistenz" hatte Roosevelt bereits Jahre vor Kriegsausbruch übernommen. 38)

Doch zurück zur WJC-Dokumentation:

Angeregt von diesen Maßnahmen beriefen Großbritannien und die USA im April 1943 die sogenannte Bermuda Flüchtlings-Konferenz ein. Sehr bald hatte sich jedoch herausgestellt, daß diese Konferenz mit dem "Flüchtlingsproblem" befaßt wurde und nicht mit der Rettung der Juden. Den Vertretern der jüdischen Organisationen wurde sogar die Teilnahme verwehrt. (S. 164) Weder wurden die vom WJC beantragten Lebensmittelsendungen in die Ghettos noch eine Liberalisierung der USA- oder Palästina-Einwanderungspolitik einer Erörterung unterzogen.

Erst am 22. Januar 1944 war eine erste Reaktion neuer Art zu vernehmen: Präsident F.D. Roosevelt schuf den "War Refugee Board", den "Kriegsflüchtlingsrat". Er setzte sich aus dem Secretary of State (Außenminister), dem Schatz- und Kriegsminister zusammen. Direktor dieses Gremiums wurde der Stellvertreter von Henry Morgenthau jr., John W. Pehle. Der War Refugee Board war ein Ergebnis der ständigen Einwirkung auf die amerikanische Regierung durch den WJC. Beide hielten auch anschließend engen Kontakt, wie überhaupt auch die Beziehungen des WJC mit den militärischen Kommandostäben gut waren.



Henry Morgenthau jr.
US-Finanzminister, der bereits vor Kriegsbeginn nachhaltig für ein kriegerisches Engagement der Vereinigten Staaten eingetreten ist.

"Jedoch war es vergeblich, als er (der WJC) sich seit Juni 1944 bemühte, die Instrumente der Vernichtung — die Gaskammern, die Gaswagen, die Todes-Bäder, die Krematorien — mit Gewalt angreifen zu lassen entweder durch Untergrundkämpfer oder alliierte Fallschirmjäger. Weder hatte der Congress (WJC) in dieser Hinsicht besseren Erfolg in seinen Unterhandlungen mit der

---

37) Nahum Goldmann, "Mein Leben — USA, Europa, Israel", München 1981, S. 53, 66 - 67, 116.

38) Dirk Bavendamm, "Roosevelts Weg zum Krieg", München - Berlin 1983, S. 310.

"Sowjetbotschaft, noch waren E. Frischer, A. Reiss und Dr. J. Schwarzbart in ihren Unterredungen mit der tschechischen oder der polnischen Regierung erfolgreicher." (S. 167)

In London verliefen Besprechungen hinsichtlich der Bombardierung der "Vernichtungskammern" ebenso erfolglos. Diesbezügliche schriftliche Belege oder nähere Einzelheiten, die den damaligen Kenntnisstand dokumentieren könnten, sind ebenso wenig genannt wie Namen, Zeitpunkte oder Besprechungsorte. Dies ist um so bedauerlicher, als selbst 40 Jahre nach Kriegsende darüber noch keine Dokumentationen vorliegen.

"Das beständige Schweigen des Roten Kreuzes angesichts der verschiedenen Etappen der Vernichtungspolitik, über die es gut informiert war, wird eines der beunruhigenden und erschütternden Rätsel des Zweiten Weltkrieges bleiben". (S. 168)

— obgleich auf das IRK (Internationale Rote Kreuz) "größter Druck" ausgeübt wurde. (S. 200)

Verschiedene Hilfsmaßnahmen hat der WJC selbst in die Hand genommen:

"Am 14. Juni 1940 wurden 14 große Konvois mit medizinischen Hilfsgütern, die ersten ihrer Art, von Genf in die jüdische Gemeinde nach Warschau geschickt. Nahrungsmittelpakete folgten, und über 50.000 solcher Pakete wurden vom Genfer Komitee an Einzelpersonen verschickt. Beträchtliche Geldbeträge wurden ebenfalls während dieser ersten Periode in die von deutschen und sowjetischen Truppen besetzten Gebiete überwiesen und erreichten ihre Empfänger." (S. 202)

Auf den großen alliierten Kriegskonferenzen, auf denen die Kriegsziele der UdSSR, USA und Großbritanniens von Stalin, Roosevelt und Churchill im Allleingang abgesprochen und schließlich durchgesetzt wurden (Teheran im Okt./Nov. 1943, Jalta im Februar 1945 und Potsdam im Juli/August 1945) wurde weder ein jüdisches Thema erörtert, noch waren an ihnen jüdische Organisationen gehört oder beteiligt worden.

Starker Einwirkung auf die US-Regierung bedurfte es, um wenigstens von der Pariser Reparationskonferenz am 21.12.1945 einen Fonds für jene Personen angewiesen zu erhalten, "die ernsthaft unter den Deutschen gelitten haben". Juden als besondere oder gar alleinige Empfangsberechtigte waren nicht genannt. Die Höhe dieses Fonds betrug 25 Millionen Dollar und sollte von deutschen Vermögenswerten aus neutralen Ländern aufgebracht werden sowie von den in Deutschland aufgefundenen Goldbeständen, sofern sie nicht in Verbindung mit dem Geldsystem stünden. Erst nach intensiven Bemühungen gelang es, in einer Schlußvereinbarung am 14.6.1946 zu erreichen, daß aus dem 25-Millionen-Fonds sowie den aufgefundenen Goldbeständen 90% und aus den hinterlassenen Vermögen ohne Erben 95% für Juden zur Verfügung gestellt wurden. Doch auch dies blieb gebunden an praktikable Vorschläge jüdischer Landagenturen zur Umsiedlung jüdischer Kriegsopfer. (S. 272 - 273)

Die Friedenskonferenz, die im August 1946 in Paris eröffnet wurde und am 10.2.1947 mit Friedensverträgen für Bulgarien, Finnland, Ungarn, Italien und Rumänien ihre Zusammenkunft abschloß, hatte zahlreiche jüdische Organisationen angezogen. Der WJC überreichte am 20.8.1946 eine Erklärung, in der er die Sicherstellung zahlreicher jüdischer Ansprüche verlangte. Zwar anerkannten die Großmächte, daß "Juden Opfer rassischer und religiöser Verfolgung waren", doch ließen sie jüdische Delegationen auf der Friedenskonferenz nicht zu. (S. 257)

"Es herrschte ein allgemeiner Mangel an Interesse seitens der Nicht-Juden in bezug auf jene Aspekte des jüdischen Problems, welche sich auf den internationalen Schutz jüdischer Rechte in den Friedensverträgen bezogen." (S. 258)

Und dies, obgleich Dr. Stefen Wise in einem eindringlichen Schreiben darauf hingewiesen hatte, daß in Versailles 1919 dem Komitee jüdischer Delegationen seitens der Friedenskonferenz-Gremien Gehör geschenkt worden war und "eine nunmehrige Nicht-Zulassung einen ernsthaften Bruch mit einer langen Tradition bedeute". (S. 258)

Abschließend ist noch ein Kapitel der vorliegenden Dokumentation bedeutsam, das sich mit der Suchdienstabteilung — dem Location Service — des WJC befaßt: Sie wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 in New York gegründet und mit ähnlichen Einrichtungen in Buenos Aires, Genf und Stockholm koordiniert. Das Search Department in London begann seine Arbeit erst am 1. März 1945.

Ab 1942 hat der Location Service in New York ungefähr 25.000 Familien wieder zusammengeführt und über 150.000 anfragende Briefe erhalten. Das Londoner Büro machte in der Zeit vom 1.3.1945 bis 31.12.1947 = 24.629 Personen ausfindig und tauschte über 200.000 Briefe aus, zu denen sicherlich auch die täglich eintreffenden Dank- und Wertschätzungsschreiben zu zählen sein mögen sowie die Mehrfachanfragen auf Grund vielfacher Ortswechsel oder Nachfragen der einzelnen Personen.

"Faßt man die Arbeit des Kongresses (WJC) auf diesem Gebiet zusammen, so kann gesagt werden, daß seine Büros (offices) mehr als 275.000 Anfragen über vermißte Juden bearbeitet haben. Annähernd 85.000 wurden aufgespürt (traced) und ungefähr 50.000 Überlebende wurden mit Mitgliedern ihrer Familien in allen Teilen der Welt wieder zusammengeführt." (S. 298)

Da Suchanfragen dieser Art bei jüdischen Organisationen der einzelnen Länder meist nicht beantwortet wurden oder beantwortet werden konnten und nichtjüdische Organisationen wie z.B. auch die Rote-Kreuz-Gesellschaften nicht entsprechend ausgerüstet waren (S. 299), mußte sich notwendigerweise diese Suchforschung bei den Büros des WJC konzentrieren. Der WJC hat mit den hier genannten Zahlen dokumentiert, daß bei ihm zwischen den Jahren 1942 und 1948 nicht mehr Vermißtenmeldungen eingegangen sind.

Bereits 1936 waren es "6 Millionen"

Der langjährige Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, der spätere Präsident des Staates Israel, hatte bereits am 25. November 1936 in einer Rede vor der Königlichen Kommission in Jerusalem die Zahl "6 Millionen" zur Symbolzahl für jüdisches Schicksal festgeschrieben.[39]

"Die Welt ist verschlossen, und erst neulich hörten wir den polnischen Außenminister, Oberst Beck, in Genf und in seinem eigenen Land und in England in zahlreichen Interviews erklären, daß es in Polen eine Million Juden zuviel gäbe....

Ich will bei diesem Punkte nicht länger verweilen. Ich werde die Zeit der Kommission nicht unnütz in Anspruch nehmen, um irgendwie zu beschreiben, was sich in Deutschland ereignet. Es ist zu gut bekannt, als daß ich genauer darauf eingehen müßte. Damit haben Sie die Lage von etwa 3.600.000 Juden. In Polen leben etwas über drei Millionen Juden; in Deutschland gab es 1932 gegen 600.000, aber diese Zahl hat sich seitdem vermindert.

Gehen wir weiter und nehmen die Judenheiten von Rumänien, Lettland, Litauen und Österreich, so haben wir praktisch das gleiche Bild, und es ist deshalb durchaus keine Übertreibung, wenn ich sage, daß heute sechs Millionen – ich spreche dabei nicht von den Juden in Persien und Marokko und solchen Ländern, die nur sehr unbestimmte Kunde von sich geben können, von denen man wenig hört – daß in diesem Teil der Welt sechs Millionen Menschen dazu verurteilt sind, in Orte gepfercht zu sein, an denen sie nicht erwünscht sind, Menschen, für die die Welt geteilt ist in Länder, in denen sie nicht leben können, und in Länder, in die sie nicht hineindürfen.

Ein Wort nur über Rußland: In Rußland gibt es um drei Millionen Juden. Wir haben nur sehr geringen Kontakt mit ihnen. Rußland ist gegenwärtig ein abgeschlossenes Land. Die Lage dort hat sich, glaube ich, materiell gebessert, und zwar dadurch, daß viele, die in den gegenwärtigen Gesellschaftsbau Rußlands nicht einbezogen werden konnten, im Verschwinden begriffen sind. ... (S. 272)

Aber in dem Sinn, in dem wir Judentum verstehen, ist es in Rußland im Verschwinden.

Der Zionismis ist in Rußland nicht gestattet, er wird als eine konterrevolutionäre Bewegung angesehen, als Handlanger des britischen Imperialismus. Von Zeit zu Zeit entschlüpft ein Zionist aus Rußland – jüngere Leute, und vielleicht wird die Kommission Gelegenheit haben, einige Gruppen dieser jungen russischen Männer und Frauen zu sehen, die unter großen Opfern und unter großer Lebensgefahr aus Rußland kamen. Aber eine reguläre Einwanderung von Juden aus Rußland nach Palästina existiert nicht.

Unter großen Mühen ist es uns gelungen, tausend oder zwölfhundert zionistische Familien herauszubekommen, die dort verhaftet wurden und in sibirischen Gefängnissen saßen. Wir versuchen immer wieder unter großen Schwierigkeiten, sie von dort heraus- und nach Palästina zu bringen, aber praktisch genommen, ist die russische Judenheit als Glied der Weltjudenheit nicht vorhanden.... (S. 273)

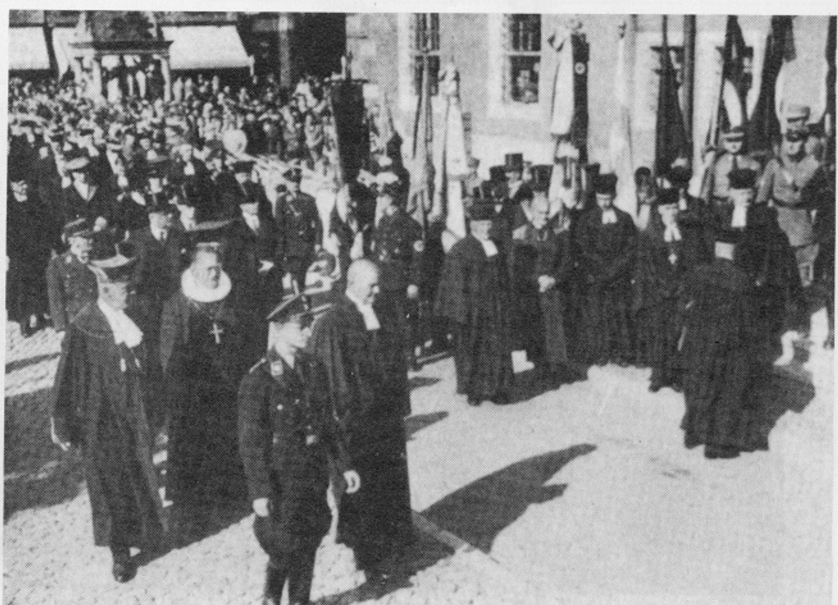
Die sechs Millionen Juden, über die ich gesprochen habe, sind dazu verurteilt, von der Hand in den Mund zu leben, sie wissen heute nicht, was morgen sein wird – ich spreche dabei jetzt gar nicht vom organisierten Antisemitismus und will einmal annehmen, die Wirtsvölker verhielten sich ganz freundlich – aber es gibt objektive Gründe, rein objektive Gründe, die in jenen Teilen der Welt dahin führen, die jüdische Gemeinschaft zu zermalmen und die Juden zum Strandgut der Welt zu machen, sie sozusagen ökonomisch zu Staub zu zerreiben.

Indem ich dies sage, liegt es mir völlig fern, Ihre Gefühle belasten zu wollen, aber es ist zu wenig bekannt. Obwohl es allgemein bekannt ist, daß die Lage des jüdischen Volkes keine

Unser Faksimile zeigt eine Meldung der „Frankfurter Zeitung" vom 23. September 1933.

Detmold, 23. September.

Der Landeskirchenrat hat für die Lippische Landeskirche folgendes angeordnet: Sämtliche Pfarrer, Beamte, Angestellte der Landeskirche sowie der Kirchengemeinden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes. Es wird von allen erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen. Wenn Geistliche Talar und Barett tragen, empfiehlt es sich, bei der herkömmlichen Art des Grußes zu bleiben.



Auch dies geschah in jenem September 1933, als Samuel Untermayer in New York "die Stunde der Abrechnung" für gekommen proklamierte und Stefen Wise "die ewig leidenden Diener Gottes" in die "Frontlinie" gegen Deutschland verwies: Eröffnung der Nationalsynode zu Wittenberg am 27.9.1933 in Eintracht mit der NSDAP.

39) Chaim Weizmann, "Reden + Aufsätze 1901 - 1936", jüd. Buchverlag Erwin Löwe, Berlin 1937.

sehr glückliche ist, versteht man, glaube ich, zu wenig, was ein Elend ist, und deshalb habe ich mir gestattet, etwas ausführlich bei diesem Thema zu verweilen. Es handelt sich schließlich um das Schicksal von sechs Millionen Menschen! ..." (S. 274)

Derselbe Mann überreichte der britischen Regierung am 25.8.1939 — also vor Beginn des Krieges — die militärische Kriegserklärung des Jüdischen Weltkongresses an Deutschland. In seinen Worten lautet das etwas harmlos klingend so:

"Ich übernahm es, den Beschluß einer Beistanderklärung des Kongresses in Genf der englischen Regierung schriftlich und mündlich zu übermitteln."... (S. 610) [40]

Zu Beginn des Krieges im Jahre 1939 berichtet er von einem Gespräch mit Winston Churchill:

"Er empfing mich nicht nur herzlich, er war auch voller Zuversicht in bezug auf den Krieg. Ungefähr seine ersten Worte, nachdem er mich begrüßt hatte, waren:

'Also, Dr. Weizmann, wir haben sie schon so gut wie geschlagen.'

Ich war nun nicht ganz seiner Meinung und sagte auch nichts dergleichen. Ich wechselte das Thema, sprach von unseren eigenen Angelegenheiten und dankte ihm für sein unentwegtes Eintreten für die zionistische Sache. 'Sie haben an der Wiege dieses Unternehmens gestanden', sagte ich zu ihm, 'und ich hoffe, Sie werden erleben, daß es gelingt.' Ich fügte hinzu, wir wollten nach dem Krieg einen Staat von drei bis vier Millionen Juden in Palästina aufbauen, worauf er antwortete: 'Ja, tun Sie das, ich bin ganz damit einverstanden.' " (S. 611)

Vom November 1945 weiß er folgendes:

"Die englische Regierung wollte sich die Auffassung nicht zu eigen machen, daß sechs Millionen Juden in Europa getötet worden waren." (S. 642)

Noch im November 1945 !

Es war das einzige Mal in seinen dicken Memoiren, also "Lebenserinnerungen", da er sich überhaupt zum Thema der "Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler-Deutschland" äußerte. Ebenso wie in den Memoiren-Bänden Nahum Goldmanns, des langjährigen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses und Vorsitzenden der Amerikanischen Sektion der Jewish Agency, findet sich auch bei Chaim Weizmann keinerlei Einzelheit über den sogenannten "Holocaust", nichts davon, was die jüdischen Weltorganisationen während des Krieges davon erfahren haben, wie sie auf welche Informationen hin reagiert haben. Noch im November 1945 wußte die britische Regierung davon auch nichts. Erst später hielt man es für machtpolitisch zweckmäßig, sich dem Chor der übrigen Agitatoren anzuschließen bzw. nicht zu widersprechen. Das totale Schweigen der beiden maßgebenden Repräsentanten des internationalen Judentums in ihren Erinnerungswerken zu diesen unerhörten Vorwürfen gegenüber dem deutschen Volk hat welthistorische Beweiskraft!



Peres, Brandt in Israel*: „Wer aus Deutschland hierherkommt, hat zu wissen, worum es sich handelt"

Der Spiegel, 11.2.1985, S. 24.

40) Chaim Weizmann, "Memoiren — Das Werden des Staates Israel", Zürich 1953.

Die Originale dieser historischen Dokumente lagen unserem Verlag vor. Sie beweisen, daß die Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V. noch Ende November 1942 mit Hypothekenverwaltung befaßt war und ihren Klienten einen außerordentlich niedrigen Zins berechnen konnte. Herr Hans Fuchs wandte sich für einen bombengeschädigten – offensichtlich ebenfalls jüdischen – Landsmann an die Berliner Behörden und erhielt die nachstehende Antwort. Beide befanden sich im September/Oktober 1943 in Berlin. – Zweifellos gab es auch andere Fälle, was hiermit nicht bestritten sein soll. Doch diese Dokumente sind nicht wegzuleugnen.

Als Gegenbeispiel: Weitab vom Geschehen in Europa und in keinem Zusammenhang hiermit stehend wurden die deutschen Männer in Südwestafrika unmittelbar nach Kriegsbeginn 1939 bis über das Kriegsende 1945 hinaus in Konzentrationslagern interniert, nur weil sie Deutsche waren.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Berlin N 4, den 25.November 1942
Oranienburger Str. 29
Fernsprecher: 42 59 21

Der Vorstand III A 181/37 Dr.R./Br.

Eingegangen 27 Nov. 1942 Erledigt:

Herrn
Hans Fuchs
Berlin NW 40.
Kirchstrasse 22.

Betrifft: Hypothek Neue Friedrichstr.22.

In Bestätigung Ihres Schreibens vom 20.Oktober 1942 bedauern wir, mitteilen zu müssen, dass wir in eine Zinsherabsetzung nicht einwilligen können, da ja der Zinssatz nur 3½ % beträgt.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand
I.A.
(Dr.jur.Ernst Israel Rosenthal)

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin
Hauptplanungsamt

Stralauerstr.47

Berlin C2, den 27.Sept. 1943.
Stadthaus, Zimmer 64
Fernruf: 51 00 14 oder Stadtverw. 45 34

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Mein Zeichen Pla VI C 3 b | Tag

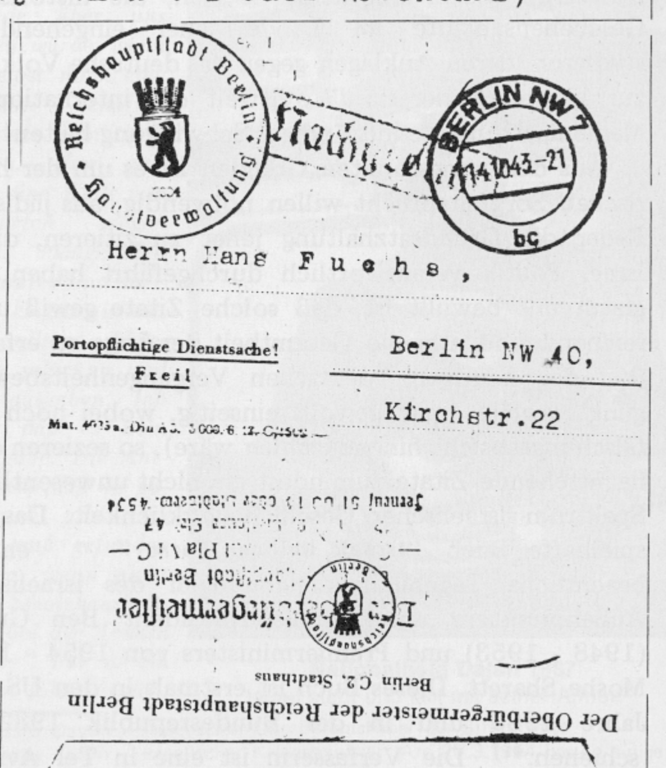
Eingegangen 16. Okt. 1943 Erledigt:

Herrn
Hans Fuchs,
Berlin NW 40,
Kirchstr.22

Die Unterbringung der Bombengeschädigten erfolgt nicht durch das Hauptplanungsamt sondern ausschließlich durch das Quartier- und Wehrleistungsamt im Einvernehmen mit dem örtlichen Wohnungsamt. Ich stelle Ihnen anheim, die Familie Kieckhöfer zu veranlassen, einen Unterbringungsantrag bei dem zuständigen Quartier- und Wehrleistungsamt Steglitz zu stellen.

Im Auftrage
gez.: Nieke
Begl. durch:

Erledigt: An Kieckhöfer mitgeteilt. f. 16/10



Herrn Hans Fuchs,
Berlin NW 40,
Kirchstr.22

Portopflichtige Dienstsache!
Frei!

ISRAEL = VORBILD ?


Moshe Sharett

Israel hatte 1948 die Chance, einen Staat zu gründen, der alle Vorzüge der von den Zionisten seit 1933 gepriesenen und von den "bösen Nazis verletzten" humanitären Verhaltensweisen zivilisierter Menschen aufweist. Wir wollen gar nicht davon reden — obgleich es bei einem solchen Vergleich dazugehören würde —, daß selbstverständlich weder ein Deutscher noch ein anderer Ausländer sich in Israel niederlassen, assimilieren, einheiraten oder gar in die Positionen von führenden Ministern oder Polizeipräsidenten oder Bankiers aufsteigen, Pressekonzerne besitzen oder in den öffentlichen Medien tätig sein könnte. — Diese Maßstäbe waren es doch, die Samuel Untermayer und Stefen Wise von einem fremden Kontinent aus tätig werden ließen, um zum "heiligen Krieg" in die "vordersten Schützengräben der Frontlinie" aufzurufen. Wie gesagt, kein anderes Volk, schon gar nicht das deutsche, hat je einen solchen Anspruch für Wohn- und Betätigungsrecht in Israel erhoben und hat dies gewiß auch für die Zukunft nicht vor. Da wir Deutsche, wie sicher auch die Menschheit insgesamt fortschrittliche Lernprozesse begierig aufgreifen und an plastischen Beispielen erfahren wollen, wie man die humanitären Prinzipien sowohl im Innern eines Landes als auch gegenüber den Nachbarn politisch realisieren sollte, empfiehlt es sich, die historischen Geschehensabläufe im Lande jener eingehend zu studieren, deren Anklagen gegen das deutsche Volk "bis zur letzten Generation" weltweit die internationalen Medieninstrumente in ständiger Schwingung halten.

Aus den vorgenannten Gründen ist es um der historischen Sorgfaltspflicht willen notwendig, aus jüdischer Feder die Grundsatzhaltung jener zu zitieren, die in Israel Politik verantwortlich durchgeführt haben. Obgleich uns bewußt ist, daß solche Zitate gewiß unzureichend sind, um die Gesamtheit der Lage zu erfassen (bei der heutigen "deutschen Vergangenheitsbewältigung" verfährt man gewollt einseitig, wobei noch Verfälschungsabsicht hinzuzuzählen wäre), so sezieren doch nachstehende Zitate zumindest ein nicht unwesentliches Spektrum israelischer Geschichtswirklichkeit. Das beispielhafte Buch **"Israels heiliger Terror"** enthält beachtliche Tagebuchaufzeichnungen des israelischen Außenministers unter Ministerpräsident Ben Gurion (1948 - 1953) und Premierministers von 1954 - 1955, Moshe Sharett. Dieses Buch ist erstmals in den USA im Jahre 1980 und in der Bundesrepublik 1982 erschienen.[41] Die Verfasserin ist eine in Tel Aviv geborene ehemalige Korrespondentin des israelischen Rundfunks: [42]

1.)

"Die Tagebücher Moshe Sharetts belegen unzweifelhaft, daß es von Anfang an zur Strategie des sogenannten 'Sicherheits-Establishments' des Staates Israel gehörte, bewußt arabische Staaten durch militärische und terroristische Aktionen zu kriegerischen Auseinandersetzungen zu provozieren. Dadurch konnte Israel, vor der Weltöffentlichkeit als Angegriffener und im Bewußtsein der militärischen Überlegenheit, sein Staatsgebiet permanent ausdehnen.

Ben Gurion selbst sagte, daß es sich lohnen würde, einem Araber eine Million Pfund zu zahlen, damit dieser einen Krieg anfängt." (Aus der Tagebuchaufzeichnung vom 26.5.1955)

"Livia Rokach zeigt in der hier in deutscher Sprache vorgelegten Studie, daß bereits zu Beginn der fünfziger Jahre der Plan Israels existierte, sich den Süd-Libanon, Gaza und das Westjordanland anzueignen."

"Es wird immer offensichtlicher, daß die außerordentlichen sozio-kulturellen und geographischen Veränderungen in der israelischen Gesellschaft im Laufe dieser Generation Folge einer 'Lebensraum'-Politik sind und tatsächlich keine zufälligen Ergebnisse der Bemühungen, 'Israels Sicherheit' gegen eine 'arabische Bedrohung' zu schützen. Die territoriale Ausdehnung wurde durch Provokationen Israels gefördert, die zu arabischer Feindschaft führten und Vorwände für Interventionen schafften. Diese Politik wird ausführlich von Moshe Sharett dokumentiert, der unter David Ben Gurion Außenminister und danach Israels Premier war (1954 - 1955). Moshe Sharetts 'Persönliches Tagebuch' dokumentiert Israels 'Heiligen Terror' und enthüllt die Mythen, die als offenkundige Wahrheiten behandelt wurden, von Israels Gründung bis in die Gegenwart, in der der israelische Terror gegen Palästinenser im Westjordanland, in Gaza und im Südlibanon ein nicht mehr zu duldendes Ausmaß erreicht hat.....

Wir halten es für die Pflicht .... der aufmerksamen Öffentlichkeit, die vielen dokumentierten Vorfälle zu untersuchen, die ausführlich von einem bestürzten israelischen Premierminister notiert wurden, der sich um die moralische Verwilderung einer Gesellschaft sorgte, in der Rache als 'heiliges Prinzip' gefördert wurde.

In einer von Livia Rokach zitierten Passage schrieb Sharett:

"In den 30er Jahren haben wir Rachegefühle zurückgehalten ... jetzt rechtfertigen wir im Gegensatz dazu das System der Vergeltung... Wir haben die geistige und moralische Hemmschwelle dieser Instinkte vernichtet und es möglich gemacht ..., Rache als moralischen Wert, als heiliges Prinzip anzusehen." (S. 6 - 7)

Die Befriedigung unter vielen jüdischen Siedlern über den An-

41) Livia Rokach, "Israels Heiliger Terror", Pfungstadt 1982, Minotaurus Projekt Nr. 23

42) Nachfolgende Zitat-type fett = Aussage von Livia Rokach, Zitattype schräg = Moshe Sharett.

schlag auf die zwei palästinensischen Bürgermeister im Westjordanland erinnert an das Gefühl in Israel in den 50er Jahren, das Sharett als so quälend empfand und das eine Herausforderung für sein Gewissen war. Tatsächlich haben die Privatarmeen, die jetzt von jüdischen Wachkomitees organisiert werden, um das Westjordanland und Gaza unter ständiger israelischer Kontrolle zu halten, offen die Entfernung aller Araber aus dem besetzten Palästina gefordert. Diese Ultra-Nationalisten betrachten Premierminister Menahem Begin und Außenminister Yitzhak Shamir (ehemalige Mitglieder der terroristischen 'Irgun'- bzw. 'Stern'-Banden) als Weichlinge, Narren und Verräter, und obwohl Begin die Angriffe auf die palästinensischen Bürgermeister als 'Verbrechen übelster Art' verurteilt, bleibt doch die Tatsache, daß die Siedler von Gush Emunim und Kach die Siedlungspolitik der Begin-Regierung ausführen. Diese Regierung liefert ihnen Schutz und ökonomische Vergünstigungen und legalisiert ihr Vorgehen. Gleichzeitig stellt sie sicher, daß ihre Opfer macht- und verteidigungslos sind. Das Massaker von Deir Yassin 1948 – von Begins Irgun Zvei Leumi verübt – und die Bomben vom 2. Juni 1980 – von einer unbekannten Wachtruppe geworfen – sind Bestandteile derselben Art von 'Heiligem Terror'. .... (S. 7)

Zwischen 1933 und 1948 leitete Sharett die Auslandsbeziehungen der zionistischen Bewegung –, als Vorsitzender des 'Jewish Agency's Political Department' –, von 1948 - 1956 war er Israels Außenminister, 1954 und 1955 Premierminister. .... (S. 18)

Sharett schreibt, daß ein großer Krieg gegen Ägypten, der auf die Eroberung von Gaza und des Sinai abzielte, zumindest schon im Herbst 1953 auf der Tagesordnung der israelischen Führer stand – fast ein Jahr, bevor Nasser Neguib seines Amtes enthob und seine Führerschaft festigte. Man einigte sich damals darauf, daß die internationalen Bedingungen für einen derartigen Krieg ungefähr innerhalb der nächsten 3 Jahre reif wären. ..." (S. 21)

Tagebuchzitate:

"Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindseligkeiten, die wir erfunden haben, nachgedacht; über die vielen Zusammenstöße, die wir provoziert haben, die uns so viel Blut kosten; über die Rechtsverletzungen unserer Männer – die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen." ... (S. 22)

"Die Aktionen (Angriffe, die unter dem beschönigenden Namen 'Vergeltungsschläge' liefen) ... sind unser Lebensnerv. Sie ... helfen uns, in der Bevölkerung und der Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten ..., um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinausschreien, daß er in Gefahr ist." ... (S. 23)

"In der Kabinetts-Sitzung verurteilte ich die Kibya-Affäre, die uns vor der ganzen Welt als Bande von Blutsaugern hinstellte, fähig zu Massenmord, scheinbar ohne Rücksicht darauf, ob ihre Aktionen zu Krieg führen oder nicht. Ich warnte, daß dieser Blutfleck für viele zukünftige Jahre an uns kleben und nicht wegzuwaschen sein wird. ... Es wurde beschlossen, daß ein Kommunique zu Kibya veröffentlicht wird und daß Ben Gurion es schreiben sollte. Ich bestand darauf, einen Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen. Ben Gurion bestand darauf, jede Verantwortung der Armee auszuschließen: Die Zivilbevölkerung der Grenzgebiete, durch die ständigen Morde wütend gemacht, habe die Gerechtigkeit in ihre eigenen Hände genommen. Überdies (sagte er) sind die Grenzsiedlungen voller Waffen und die Siedler ehemalige Soldaten. ... Ich sagte, daß niemand in der Welt solch eine Geschichte glauben würde und wir uns nur selbst als Lügner bloßstellen würden. Aber ich konnte nicht ernsthaft verlangen, daß das Kommunique explizit die Verantwortung der Armee bejahte, weil es dadurch unmöglich geworden wäre, die Aktion zu verurteilen, und wir am Ende noch dieses monströse Blutbad gebilligt hätten." (18.10.1953, S. 51) (S. 36 - 37)

"Erstens betrachtet die Armee die gegenwärtige Grenze mit Jordanien als absolut unakzeptabel. Zweitens plant die Armee einen Krieg, um den Rest des Westens von Eretz Israel zu besetzen." (26.10.1953, S. 81) (S. 38)

"Moshe Dayan[43] zog einen Plan nach dem anderen für 'direkte Aktionen' hervor. Der erste: was getan werden sollte, um die Blockade der Straße von Eilat zu beenden. Ein Schiff unter israelischer Flagge sollte losgeschickt werden, und falls die Ägypter es bombardieren, sollten wir den ägyptischen Stützpunkt aus der Luft bombardieren, oder (wir sollten) Ras-e Naqueb erobern oder uns den Weg von Süden her zum Gaza-Streifen bis zur Küste hinauf bahnen. Es gab einen allgemeinen Tumult. Ich fragte ihn: Bist du dir klar, daß das Krieg mit Ägypten bedeuten würde? Er antwortete: natürlich..." (31.01.1954; S. 331) (S. 39)

"Nach dem Essen nahm Lavon[44] mich zur Seite und versuchte, mich zu überreden: Dies ist der richtige Moment zu handeln – dies ist der Zeitpunkt, vorwärts zu marschieren und syrische Grenzpositionen jenseits der entmilitarisierten Zone zu besetzen. Syrien ist am zerfallen. Ein Staat, mit dem wir ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen haben, existiert nicht mehr. Seine Regierung ist im Begriff, gestürzt zu werden und keine andere Macht ist in Sicht. Zudem ist der Irak praktisch in Syrien einmarschiert. Dies ist eine historische Gelegenheit, die wir nicht vorübergehen lassen sollten.

Ich zögerte, solch einen Blitz-Plan zu billigen und sah uns am Rande des Abgrundes eines katastrophalen Abenteuers. Ich fragte, ob er vorschlägt, sofort zu handeln, und ich war schockiert, als mir klar wurde, daß er es tat."... (S. 40)

"... was mich schockiert, ist die Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit unserer militärischen Führer. Sie scheinen anzunehmen, daß der Staat Israel sich auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen nach den Gesetzen des Dschungels benehmen darf – oder sogar muß."... (22.12.1954; S. 607) S. 43)

"Dann ging er (Ben Gurion) zu einem anderen Thema über. Jetzt ist es Zeit, sagte er, den Libanon zu drängen – und das heißt, die Maroniten im Land –, einen christlichen Staat auszurufen. Ich sagte, daß das Unsinn wäre.... Ich erklärte, daß es keinen Faktor gäbe, um solch eine Situation herzustellen und daß wir uns auf ein Abenteuer einließen, das Schande über uns bringen würde, wenn wir selbst noch eine Situation schaffen und dazu ermutigen würden. Hier entstand eine Welle von Vorwürfen wegen meines mangelnden Wagemutes und meiner Engstirnigkeit. Wir sollten Abgesandte schicken und Geld ausgeben. Ich sagte, daß es kein Geld gäbe. Die Antwort war, daß es sowas nicht gibt. Das Geld muß gefunden werden, wenn nicht beim Staatshaushalt, dann bei der 'Jewish Agency'! Für so ein Projekt lohnt es sich,



Nationalheld Dajan 1967
„Israel steht und fällt mit seiner Armee"

43) Moshe Dayan – israelischer Oberbefehlshaber der Streitkräfte
44) Pinhas Lavon – israelischer Kriegsminister. Am 25.3.1954 hatten einige syrische Truppenverbände gemeutert.

Hunderttausend, eine Halbe Million, eine Million Dollar fortzuwerfen. Wenn das passiert, wird ein endgültiger Wechsel im Nahen Osten stattfinden, wird eine neue Ära beginnen. Ich wurde es müde, gegen einen Wirbelwind anzukämpfen." (27.2.1954; S. 377)... (S. 47 - 48)

Am 16. Mai 1954 verlangte Ben Gurion während eines gemeinsamen Treffens mit älteren Beamten des Verteidigungs- und Außenministeriums, daß Israel in Bezug auf den Libanon etwas unternehmen solle. Aufgrund neuerlicher Spannungen zwischen Syrien und dem Irak und innerer Unruhen in Syrien sei der Moment besonders günstig, behauptete er. Dayan drückte sofort seine begeisterte Zustimmung aus:

16. Mai 1956:

"Nach seiner (Dayans) Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbünden wird. Das Gebiet südlich des Litani(-Flusses) wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung. Wenn wir den Ratschlag des Oberbefehlshabers akzeptieren sollten, würden wir morgen anfangen, ohne ein Signal aus Bagdad abzuwarten. ...

... Vor seinen Offizieren wollte ich mich nicht mit Ben Gurion streiten und beschränkte mich auf den Hinweis, daß dies ... Krieg zwischen Israel und Syrien bedeuten könnte....." (S. 54)

"Das ist vielleicht der endgültige Beweis, daß wir entschieden haben, zu einer allgemeinen blutigen Offensive an allen Fronten überzugehen: gestern Gaza, heute an der jordanischen Grenze, morgen die syrische DMZ (entmilitarisierte Zone), und so weiter. Morgen werde ich auf der Kabinettssitzung verlangen, daß die Killer als Kriminelle vor Gericht gestellt werden." (5.3.1955; S. 816)... (S. 62)

"Ich hätte mir nie vorstellen können, daß wir solch einen schrecklichen Zustand von vergifteten Beziehungen erreichen, den Ausbruch der niedrigsten Instinkte von Haß und Rache und gegenseitigem Betrug an der Spitze unseres berühmten (Verteidigungs-) Ministeriums.

Ich gehe umher wie ein Geisteskranker, von Entsetzen befallen und verloren, völlig hilflos... was soll ich machen? Was soll ich machen?" (10.1.1954; S. 639)... (S. 72)

"Für die nächsten 8 - 10 Jahre sehen wir überhaupt keine Gefahr einer arabischen militärischen Übermacht für uns. Selbst wenn sie vom Westen massive militärische Hilfe erhalten, werden wir dank unserer eindeutig größeren Fähigkeit, neue Waffensysteme aufzunehmen, unser militärisches Übergewicht wahren.

Der Sicherheitspakt wird uns die Hände binden und uns die Aktionsfreiheit nehmen, die wir in den kommenden Jahren brauchen. Vergeltungsschläge, die wir an einen Sicherheitspakt gebunden nicht durchführen könnten, sind unser Lebensnerv. Erstens verpflichten sie die arabischen Regierungen, strenge Maßnahmen zur Sicherung ihrer Grenzen zu unternehmen. Zweitens – und das ist die Hauptsache – ermöglichen sie es uns, in unserer Bevölkerung und der Armee eine hochgradige Spannung aufrechtzuerhalten. Ohne diese Aktionen wären wir kein kämpferisches Volk mehr, und ohne die Disziplin eines kämpferischen Volkes sind wir verloren...." (S. 78)

"Die Schlußfolgerungen aus Dayans Worten sind klar: dieser Staat hat keine internationalen Sorgen, keine wirtschaftlichen Probleme, die Frage des Friedens existiert nicht... Er muß seine Schritte engstirnig planen und mit dem Schwert leben. Er muß das Schwert als das hauptsächliche, wenn nicht das einzige Instrument ansehen, mit dem er seine Moral hochhalten und seine moralische Spannung bewahren kann. Gegenüber diesem Ziel darf er – nein muß er – Gefahren erfinden, und um das zu tun, muß er die Methode von Provokation-und-Rache anwenden.

... Und als Krönung: Hoffentlich gibt es einen neuen Krieg mit den arabischen Ländern, so daß wir vielleicht endlich unsere Sorgen loswerden und unseren Lebensraum erwerben. (Welch ein Versprecher: Ben Gurion selbst sagte, daß es sich lohnen würde, einem Araber 1 Million Pfund zu bezahlen, damit er einen Krieg anfängt." (26.5.1955; S. 1021)... (S. 78)

"Ben Gurions Rede war... voller Zorn auf diejenigen, die mit ihm nicht einverstanden sind und die seiner Meinung nach unfähig sind, die düsteren Prognosen zu sehen, und die nicht verstehen, daß wir nur dann durch waghalsige Aktionen zu retten sind, wenn sie rechtzeitig durchgeführt werden, ehe die Gelegenheit verpaßt ist...

Die Frage der Flüchtlinge ist in der Tat ein Ärgernis, aber nichtsdestotrotz werden wir sie nach Jordanien jagen..." (29.3.1955; S. 874 - 875)... (S. 84)

"... Unsere Stärke liegt darin, Tatsachen zu schaffen – dies ist der einzige Weg für uns, ein politischer Faktor zu werden, mit dem man rechnen muß. Jetzt ist der richtige Moment, weil die arabische Welt gespalten ist und Ägypten mit den USA oder England noch keine Vereinbarungen unterzeichnet hat..." (29.3.1955; S. 874 - 875)... (S. 85)

2.)

Greifen wir ein anderes Buch heraus: Erich Follath "Das Auge Davids": [45]

"Jabotinsky und Stern schrecken vor keiner Brutalität zurück. Sie wollen Terror verbreiten. Terror gegen die Briten, damit diese aus Palästina weggehen, Terror gegen die Araber, damit diese eingeschüchtert im Land bleiben oder ebenfalls fliehen.

Jabotinsky ist einer der glänzendsten Köpfe des Zionismus. Er organisierte als Jugendlicher in Odessa den Widerstand gegen russische Willkürakte, reiste nach Deutschland, in die Türkei und nach Polen. Er schuf die jüdische 'Legion', eine eher symbolische Truppe, die 1920 an der Seite der Engländer bei der Eroberung Jerusalems dabei war – das erste jüdische Bataillon seit Jesu Zeiten. Jabotinsky, ein glänzender Redner, gründete in Polen eine Jugendgruppe, zu deren begeistertsten Anhängern ein blasser, bebrillter Junge namens Menachem Begin gehörte. Als Jabotinsky sah, daß die Briten den Juden ihren Staat nicht ohne Vorbedingung überlassen wollten, predigte er einen 'Kampf bis aufs Messer' gegen die Mandatsmacht! Von seinen gemäßigten Gegnern, wie dem späteren Premierminister Ben Gurion, wegen seiner Radikalität als 'Hitlero-Zionist' beschimpft, starb Jabotinsky 1940 auf einer Auslandsreise durch die Vereinigten Staaten.

Menachim Begin, 1942 über Polen und ein sowjetisches Konzentrationslager ins 'Gelobte Land' gekommen, wird bald darauf neuer 'Irgun'-Führer. Er läßt das 'King David Hotel' in Jerusalem, wo sich das britische Hauptquartier befindet, in die Luft sprengen und nimmt den Tod von 92 Menschen in Kauf. Nach Begin und seinen Leuten wird von der britischen Mandatsverwaltung bald steckbrieflich gefahndet. Auf Begins Kopf sind 20.000 Mark ausgesetzt.

Abraham Stern geht mit seiner Untergrund-Gruppe noch radikaler vor – er predigt den individuellen Terror. Er nimmt nicht nur in Kauf, daß unschuldige Zivilisten getötet werden, er läßt sie über eine 'Todesliste' von seinen Leuten jagen und hinterrücks abknallen. Im Februar 1942 wird Stern selbst von der Polizei in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. Doch sein Tod ist nicht das Ende der Killer-Gruppe. Unter dem Vorsitz von Itzhak

45) Erich Follath, "Das Auge Davids – Die geheimen Kommandounternehmen der Israelis", Goldmann-Sternbücher, Hamburg 1980, S. 58 - 59.

Shamir, Israels langjährigem Parlamentspräsidenten und heutigem Außenminister, verurteilt die Stern-Bande 1943 Lord Moyne, den neuen Nahost-Beauftragten der britischen Regierung zum Tod — und führt das Urteil auch durch. Historiker halten es für wahrscheinlich, daß auch der Mord an dem UNO-Beauftragten, Graf Bernadotte, auf das Konto der Bande geht.

Am 18. Juni 1945 — es ist gerade zwei Monate her, daß die Konzentrationslager der Nazis entdeckt und ihre unvorstellbaren Greuel weltweit bekannt wurden und gerade 40 Tage, daß das Deutsche Reich kapituliert hat — bittet die 'Jewish Agency' die britischen Mandatsbehörden um die Einreisegenehmigungen für 100.000 Menschen, die die KZs überlebt haben. Doch der neue britische Premierminister Clement Attlee läßt sich durch den Holocaust nicht erweichen und erklärt sich erst im November bereit, 1.500 Menschen pro Monat einreisen zu lassen — aber keinen mehr.

Jetzt kämpft auch die 'Haganah' mit Terror-Methoden. Bei einem Überfall auf ein Camp, in dem die Briten Hunderte 'illegaler Immigranten' festhalten und wieder abschieben wollen, kommen auch englische Soldaten ums Leben. Die Briten sind gezwungen, Truppen nach Palästina zu schicken. Die im Untergrund arbeitende Einwanderungsbehörde Mossad schafft jetzt nicht nur Flüchtlinge ins Land, sondern auch Waffen.

Der Kampf um einen unabhängigen Staat Israel spitzt sich zu. Terror und Gegenterror schaffen einen Zustand der Rechtlosigkeit." ... (S. 58 - 59)

3.) 1938

Vergleichen wir als drittes Beispiel die Reaktion der Staatsführung auf den Mord an einem eigenen Botschafter im Ausland: Hier 1938 — dort 1982.

Mord an dem deutschen Botschaftsrat vom Rath in Paris am 7. November 1938 durch Herschel Grünspan. Die am Abend des 9. November 1938 zum "Gedenken der Gefallenen der Bewegung" in München nahezu vollzählig versammelte NSDAP-Führerschaft war, wie historisch unstrittig belegt ist, einschließlich Adolf Hitler total überrascht und konsterniert über die ausgerechnet an diesem Abend im gesamten Reichsgebiet sich vollziehenden Brandlegungen an Synagogen unter dem Motto der Volksempörung über jenen Mord. Ein Befehlsgeber für jene Aktionen ist bis heute nicht ermittelt. Die Unterstellung, Dr. Goebbels als Reichspropagandaminister sei hierfür verantwortlich, hält einer sachlichen Prüfung nicht stand.[46] Die Zahl der Opfer an Menschenleben, an unberechtigten zeitweiligen Einweisungen in Konzentrationslager, an Vermögensschäden ist bis heute außerordentlich schwierig zu ermitteln. Reaktion der Staatsführung: Sofortiges Fernschreiben und wiederholendes Schreiben vom Stab des "Stellvertreter des Führers" am 10. Nov. 1938 mit dem Text an alle Gauleitungen zur sofortigen Veranlassung:

"Auf ausdrücklichen Befehl allerhöchster Stelle dürfen Brandlegungen an jüdischen Geschäften oder dergleichen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen."


Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers
Stab

München 33, den 10.November 1938

An alle Gauleitungen zur sofortigen Veranlassung!

Anordnung Nr. 174/38.

(Wiederholung des Fernschreibens vom 10.Nov.1938)

Auf ausdrücklichen Befehl allerhöchster Stelle dürfen Brandlegungen an jüdischen Geschäften oder dergleichen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen.

I.A.

(Opdenhoff)

Verteiler:
Gauleiter.

Quelle: Bundesarchiv Koblenz: AZ: NS 6/231

Die nachfolgend angeordnete Zwangseintreibung von 1 Milliarde RM (20% Vermögensabgabe in 4 Teilbeträgen, verteilt auf 1 Jahr), die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben sowie eine Reihe weiterer, rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechender Diskriminierungsmaßnahmen sind zweifellos zu verurteilende Fehlentscheidungen gewesen, die innen- wie außenpolitisch zu einer sinnlosen Verhärtung der Fronten geführt haben. Diese Maßnahmen legalisierten jedoch weder Mord noch Krieg, sondern sollten als Abschreckung vor weiteren Morden an deutschen Hoheitsträgern im Ausland dienen, nachdem Botschaftsrat vom Rath bereits das achte solcher Opfer war.

---

46) Ingrid Weckert, "Feuerzeichen", Tübingen 1981 — enthält eine umfassende, sorgfältig recherchierte Untersuchung über die Hintergründe und Folgen der "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938. Beachtlich für den vorstehenden Zusammenhang ist vor allem der Nachweis, daß selbst in Prozessen der Nachkriegsjahre die Urheberschaft für die zeitgleich im Reichsgebiet einsetzenden Brandstiftungen und Ausschreitungen nicht geklärt werden konnte. Das Oberste Parteigericht, das neben den Zivilgerichten tätig wurde, hat Straftaten im Zusammenhang mit diesen Ausschreitungen verfolgt und geahndet, wenn man auch vermied, dies an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. — Ingrid Weckert kommt zu der nicht unberechtigten Schlußfolgerung, daß jene spontane "Volksempörung" — ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da nahezu die gesamte oberste Parteiführerschaft von ihren Befehlszentralen abwesend in München zur Gedenkfeier versammelt war — von auswärtigen in Zusammenarbeit mit im inneren Widerstand tätigen Kräften geplant und angeleitet worden war, der sich auch dann aus Mißverständnis Heißsporne unterer SA-Gliederungen angeschlossen haben. — Für Anfang/Mitte November 1938 war eine britische Regierungsankündigung erwartet worden, die einen Einwanderungsstopp für Palästina beinhalten sollte. Es gab machtvolle Interessenten, die gerade dies, auch bei Inkaufnahme großer Opfer, zu verhindern suchten. — Vgl.: *Historische Tatsachen* Nr. 10, S. 21 f.



So wüteten die „christlichen" Kumpane der Israelis in Beirut: Ermordete palästinensische Frauen und Kinder, im Hintergrund libanesische Helfer, die sich gegen den Verwesungsgestank mit Gasmasken schützen.

Massaker an über 1.000 wehrlosen Libanesen und Palästinensern am 16. - 18.9.1982 in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Shatila. Augenzeugen belasten Israel schwer, die Aktion der Christlichen Milizen in der Vorbereitungsphase unterstützt, bei der Ausführung geduldet und bei der "Spurenbeseitigung" nebst Einebnung von Unterkunftstätten mit Bulldozern selbst Hand angelegt zu haben. — Ministerpräsident Begin weigerte sich, einen offiziellen Untersuchungsausschuß über das Massaker einzusetzen. Über die schließlich erzwungene Untersuchung breitete sich ein seltsames Schweigen und schließliches Vergessen — wie über vieles andere auch.

1982

Die *Bildzeitung* am 7. Juni 1982:

"Vergeltung für den Anschlag auf den israelischen Botschafter in London, Shlomo Argov. Israel marschiert im Libanon ein. 20.000 Mann. 400 Panzer. — Ihren Vergeltungsschlag haben die Israelis mit ihrer Luftwaffe vorbereitet. In immer neuen Wellen bombardieren die Piloten Flüchtlingslager und Palästinenser-Bunker rund um Beirut und Tyrus."

Die *Allgemeine jüdische Wochenzeitung* vom 11. Juni 1982:

"Die Kugel palästinensischer Terroristen, die in der vergangenen Woche den israelischen Botschafter Shlomo Argov im Herzen Londons niederstreckte, löste also die erwartete Explosion im Nahen Osten aus. ...

Den Drahtziehern des Londoner Mordanschlags muß klar gewesen sein, daß Israel diesmal seine Zurückhaltung aufgeben und losschlagen würde, wenn es seine Glaubwürdigkeit und Abschreckungskraft nicht einbüßen und die Terroristen zu weiteren Untaten anspornen wollte. Sie müssen aber auch über die seit Wochen tobenden Fraktionskämpfe in Israel informiert gewesen sein, wo Verteidigungsminister Sharon und Generalstabschef Eytan für eine militärische Großaktion gegen die PLO im Libanon plädierten, um ihren Einfluß auszuschalten. ...

Am Freitag vergangener Woche (am 4. Juni 1982), als das israelische Kabinett zu einer Sondersitzung über den Mordanschlag auf Botschafter Argov in London zusammentrat, gab es keinen Widerstand mehr gegen eine massive Vergeltungsaktion der Luftwaffe, die sich gegen zwei PLO-Stützpunkte in Beirut richtete. Die PLO reagierte darauf mit dem Beschuß israelischer Grenzorte, was zusätzliche Luftwaffeneinsätze gegen die Palästinenser im Libanon zur Folge hatte. Die Eskalation war unaufhaltsam. ...

In London herrsche die Überzeugung, daß Israels Ministerpräsident Begin mit der Operation gegen die PLO-Stellungen im Libanon den Falschen angreift. Ohne es direkt zu sagen, ließ selbst Londons Premierministerin Margaret Thatcher diese Meinung durchblicken, als sie öffentlich bestritt, daß der Mordanschlag auf Shlomo Argov die Ursache für Israels neue Offensive, wohl aber das auslösende Moment sei. Dabei wies Margaret Thatcher gleichzeitig darauf hin, daß auf der von der britischen Anti-Terrorpolizei, C 13, nach dem Attentat gefundenen Attentatsliste prominenter Politiker und Israelis auch der PLO-Vertreter in London, Nabil Ramlawi steht. ...

Unter diesem Gesichtspunkt erhält die Behauptung des Londoner PLO-Vertreters Ramlawi, dessen Vorgänger Said Hammami wegen dessen 'versöhnlicher Haltung gegenüber Israel' 1978 in London ermordet wurde, daß die PLO nicht für das Attentat auf Argov verantwortlich sei, größeres Gewicht. Ramlawi erklärte, daß der israelische Diplomat 'ein Opfer einer entschlossenen Kampagne' sei, 'die gegenwärtig in europäischen Hauptstädten durchgeführt wird, um die PLO zu diskreditieren und die Freundschaft zu unterminieren, die sich inzwischen zwischen den Palästinensern und EG-Regierungen entwickelte' ..."

Die *Frankfurter Allgemeine* am 14. Juli 1982:

"Daß die PLO ihrem Ziel internationaler Anerkennung in geheimen Verhandlungen mit europäischen Regierungen und in direkten Kontakten mit Washington (über Tunis) von Januar bis Juni dieses Jahres nähergekommen sei. ...

Die Regierung Begin wollte die Anerkennung der PLO dagegen mit allen Mitteln verhindern. Sie habe die diplomatische Offensive der PLO durch Desinformation, Terroraktionen und schließlich durch ihren Angriff im Libanon zunichte machen wollen. ... Das Kriegsziel der israelischen Regierung sei es, die 'Palästinensische Befreiungsorganisation' militärisch und politisch zu vernichten.

Die schweren israelischen Luftangriffe im April und Mai seien die Vorbereitung gewesen. Mit der einseitigen Ausweitung des Waffenstillstands auf israelische Einrichtungen auch im Ausland habe die israelische Regierung sodann die rechtlichen Voraussetzungen für ihre Offensive geschaffen. Zum Erstaunen der PLO war diese israelische Interpretation (des Waffenstillstands) von den Vereinigten Staaten übernommen worden. Der Anschlag auf den israelischen Botschafter habe schließlich den gewünschten Vorwand geliefert.

Nach Informationen der PLO ist die für den Anschlag verantwortliche Terrorgruppe Abu Nidal vom israelischen Geheimdienst manipuliert. ..."

Der Krieg, dessen ungeheure Zahl an Opfern und dessen Elend bis heute nicht gezählt und summiert worden ist, und der die gesamte libanesische Staatsordnung in ein permanentes Chaos stürzte, dauert gegenwärtig – 1985, nach 7 Jahren — noch an.